

3/2013

ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG
Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer
Städtebund



MITBESTIMMUNG UND NEUE MEDIEN

Jugend in Städten

GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION

Jugendliche im öffentlichen Raum

GENERALSEKRETÄR



Individualisierte Mitbestimmung

Junge Menschen interessieren sich vor allem für Zukunftsthemen wie Ausbildung, Jobchancen, Gleichberechtigung oder andere gesellschaftliche Herausforderungen. Interessant dabei ist das Mitbestimmungsverständnis der heutigen Jugend: Es wird immer häufiger außerhalb gesellschaftlicher Institutionen, also vielmehr in einem individualisierten Kontext verstanden. Partizipation unter Jugendlichen bezieht sich meist auf das persönliche soziale Umfeld. „Neue Medien“ spielen dabei eine entscheidende Rolle. Via Handy und Internet werden soziale Kontakte geschlossen und gepflegt, Meinungen gebildet und Treffen organisiert. Gut vernetzt, verlagert sich das Freizeit- und Konsumleben zunehmend in den öffentlichen Raum. Parks und andere zentrale Plätze dienen als Bühne, um sich selbst zu präsentieren, auszutauschen und Grenzen auszuloten. Ein Ort, an dem Jugendliche wichtige Erfahrungen machen, diese sind wiederum eine wichtige Voraussetzung für ein aktives Mitwirken in unserer Gesellschaft. Die Erschließung und Nutzung des öffentlichen Raums durch Jugendliche sollte von Eltern, PädagogInnen und Verantwortlichen daher als Chance gesehen werden: Letztlich stärken diese Erfahrungen die gesellschaftliche Integration und die Kompetenzen für demokratische Beteiligung.

Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

- 2 *Generalsekretär Thomas Weninger*
Individualisierte Mitbestimmung
Editorial des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes
- 3 *Bürgermeister Michael Häupl*
Jugendliche brauchen Perspektiven
Vorwort des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes
- 4 *Aktuelle Meldungen*
Städtebund Aktuell & Kommunalnews
Kurzberichte aus den Bundesländern
- 8 *Sabine Liebentritt*
Das Leben eines jungen Menschen in der Stadt
Entscheidungsprozesse betreffen auch die Jugendlichen
- 10 *Maria Lettner*
Jugendbeteiligung findet Stadt!
Was bedeutet Jugendbeteiligung in der Praxis?
- 12 *Maria Lettner*
Fakten und Mythen zum Thema JungwählerInnen
Sind Jugendliche „politikverdrossen“ oder nicht?
- 13 *Jochen Höfferer*
Salzburg: Zehn Jahre gelebte Mitbestimmung
2002 startete die Stadt Salzburg das Experiment „Jugendkongress“
- 14 *Bundesminister Reinhold Mitterlehner*
Eine neue Strategie für die Jugend
Die Jugend sichtbarer machen und stärker berücksichtigen
- 15 *Birgit Klausser*
Europaweite Jugendhauptstädte
Jugendhauptstädte bieten Jugendlichen und Verwaltungen Vorteile
- 16 *Interview mit Or Bigar*
Parent Patrols in Israel
Wir können helfen!
- 18 *Vasiliki Argyropoulos*
proAct in Graz
Gemeinsam mit jungen Menschen Freiräume schaffen
- 19 *Gert Christian Sturm*
Jugendrat der Stadt Villach
Jugendliche sollen mitreden, mitgestalten und mitbestimmen
- 20
Jugend in Aktion
Das EU-Programm JUGEND IN AKTION fördert Jugendprojekte
- 22 *Elli Scambor*
Stadt und soziale Praxis
Die Lebensverhältnisse der jungen StadtbewohnerInnen

- 24 *Jutta Kleedorfer*
Vermittlung findet Stadt!
Über die effiziente Verwendung der bestehenden Ressourcen
- 26 „§-OIDA“-Kampagne in Graz
Die Initiative der Stadt Graz gegen Gewalt an Jugendlichen
- 27 *Birgit Vouk*
Ideen für den Umgang mit „Neuen Medien“
Medienkompetenz wird für Kinder und Jugendliche immer wichtiger
- 28 *Jochen Höfferer*
„Salzburg 5020“ – Diskutiere den Jugendplan mit!
Der „Vertrag“ zwischen den jungen SalzburgerInnen und der Stadt
- 29 Die Welser Erwachsenen von morgen
Die Jugendarbeit in Wels ist bewusst breit angelegt
- 30 *Brigitta Schmidsberger*
move – Junge Mütter
Ein Projekt der Stadt Linz für junge Frauen, die Mütter sind
- 31 „hinschauen statt wegschauen“
Eine Initiative der Stadt Innsbruck für Kinder und Jugendliche
- 32 *Karl Cepiak*
20 Jahre Wiener Parkbetreuung
Ein attraktives Freizeitangebot im öffentlichen Raum
- 34 *Philipp Ikrath*
Jugend im öffentlichen Raum
Partizipationsangebote für Jugendliche machen Sinn
- 40 Magazin

PRÄSIDENT



Jugendliche brauchen Perspektiven

Die europaweit rasant ansteigende Jugendarbeitslosigkeit ist eine große Bedrohung für eine ganze Generation. Zu Jahresende 2012 waren in den 27 EU-Ländern 5,7 Millionen Menschen unter 25 Jahren ohne Arbeit, das sind laut EU-Statistikbehörde Eurostat im Durchschnitt mehr als 23 Prozent. Während Österreich mit einer Quote von 8,5 Prozent vergleichsweise gut dasteht, droht jungen Menschen in Griechenland und Spanien die Perspektivlosigkeit – dort haben mehr als die Hälfte der Jugendlichen keinen Job. Armut und sozialer Abstieg sind eine große Bedrohung für unsere Gesellschaft und den sozialen Frieden. In Österreich arbeiten städtische Einrichtungen unermüdlich daran, die sozialen Rechte der Jugendlichen abzusichern und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Bis dato ist es Städten und ihrem Umland gelungen, die Auswirkungen der Krise abzufedern. In Zukunft müssen jedoch noch mehr Anstrengungen unternommen werden, um jungen Menschen Chancen und Beschäftigung zu bieten. Das sind wir der Jugend schuldig.



Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes

IMPRESSUM: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Ausgabe Nr. 3/2013 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr.ⁱⁿ Gabriele Ambros, Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag.^a Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Redaktion: Mag. Michael Krause, Mag. Roland Preiss, Grafik: Martin Hampejs, Lektorat: Mag. Bernhard Plos, Fotoredaktion: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges. m. b. H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2013: 10 Ausgaben • Cover: Markus Wache, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache in allen Artikeln und Beiträgen. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.



GEHBEHINDERTENAUSWEIS: STÄDTEBUND FORDERT BEFRISTUNG

Die in der Nationalratssitzung am 31. Jänner 2013 zur Abstimmung eingebrachte Novelle der Straßenverkehrsordnung bringt – neben positiven Neuregelungen für den Radverkehr und der Einführung von Begegnungszonen – auch eine Neuregelung zum Gehbehindertenausweis (§ 29 Abs. 1 StVO). Diese Neuregelung wird vom Österreichischen Städtebund massiv kritisiert: „In Österreich werden, als einziges Land innerhalb der EU, Behindertenausweise entgegen der Empfehlung des Rates (vom 4. Juni 1998) unbefristet ausgestellt. Die vorliegende Novelle unterlässt es, trotz mehrfacher geäußelter Bedenken des Österreichischen Städtebundes und auch anderer Interessenvertretungen – wie beispielsweise dem Gehbehindertenverband –, die Rechtslage der Empfehlung des Rates anzupassen und eine Befristung einzuführen“, sagte im Vorfeld Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes.

Bereits bisher wurden die begehrten Gehbehindertenausweise von Angehörigen verwendet, oft noch Jahre nach dem Tod der Berechtigten. Nun soll der Kreis der Berechtigten ausgeweitet werden und die Zuständigkeit von den Bezirksbehörden auf das Bundessozialamt übergehen. Statt einer „dauernden starken Gehbehinderung“ wird künftig ausreichen, wenn das Amt wegen „dauerhafter Mobilitätseinschränkung aufgrund einer Behinderung“ die „Unzumutbarkeit der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel“ feststellt.

Eine Übermittlung der Personendaten ist ebenso wenig vorgesehen wie eine Befristung der Ausweise. Auch die seit 2001 ausgestellten Ausweise sollen weiter gelten. Somit wird es bei den künftigen Ausweisen keine Möglichkeit für die Polizei oder die Aufsichtsorgane der Gemeinden geben, Missbrauch festzustellen, weil außer dem Bundessozialamt niemand weiß, wem ein Ausweis gehört.

Das schmerzt mehrfach: Ohne geeignete Daten kann nicht kontrolliert werden, ob die Ausweise korrekt verwendet werden. Dauernd parken darf damit z.B. nur, wer als Berechtigter selbst fährt, nicht aber die Personen, die Behinderte nur transportieren. Natürlich kann ohne Personendaten auch nicht entdeckt werden, wer Ausweise von Verstorbenen verwendet. Zu erwarten ist demnach, dass die bestehenden Behindertenparkplätze deutlich stärker genutzt werden – zum Nachteil der Gehbehinderten – und in der Folge in großer Zahl neue geschaffen werden müssen, zulasten der Parkplatzsuchenden ohne Ausweis.

GEGEN KONZESSIONSRICHTLINIE UND PRIVATISIERUNG DURCH DIE HINTERTÜR

Der Österreichische Städtebund bekräftigte anlässlich der aktuellen Diskussionen einmal mehr seine Kritik an der geplanten EU-Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen: „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse müssen aus dem Wirkungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden. Diese Richtlinie verkompliziert die Vergabe von Konzessionen ungeheuer und entspricht nicht den Intentionen der Europäischen Kommission von einem ‚schlanken‘ Regime. Sie stellt zusätzliche Hürden auf und geht völlig an der kommunalen Realität vorbei“, sagte Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes.

Er forderte spezielle Ausnahmen für die folgenden Bereiche: Kommunaler Wassersektor, Abwassersektor, Abfallbeseitigungsleistungen, Energie, Rettungsdienstleistungen sowie Sozialdienstleistungen.



„Was die Privatisierung von Trinkwasser bewirken kann, sieht man beispielsweise in London: Dort profitieren von der Privatisierung der Wasserversorgung nur die Manager der beauftragten Firma. Für alle EndverbraucherInnen hingegen ist das Wasser teurer geworden. Nicht umsonst entscheiden viele Kommunen, wieder zu re-kommunalisieren“, so Weninger.

„Es ist wichtig, dass öffentliche Aufgaben auch in öffentlicher Hand bleiben. Nur so ist garantiert, dass die Serviceleistungen auf hohem Niveau zu sozial verträglichen Preisen bestehen bleiben und alle Bevölkerungsgruppen Zugang zu diesen Leistungen haben. Kommunale Leistungen sichern Arbeitsplätze und stärken die lokale Wirtschaft. Daher muss die Daseinsvorsorge als kommunale Grundversorgung in der Verantwortung der Städte und Gemeinden bleiben“, so Weninger abschließend.

FACHKOMPETENZEN VON MIGRANTINNEN BESSER NUTZEN

17,8 Prozent der Wohnbevölkerung in Österreich, das sind 1,46 Millionen Menschen, haben sogenannten „Migrationshintergrund“, das bedeutet: entweder sie oder ihre Eltern wurden außerhalb des Bundesgebietes als „Nicht-ÖsterreicherInnen“ geboren (Quelle: Statistik Austria). „Erfolgreiche Integration entscheidet sich jeden Tag vor Ort – also in Österreichs Städten und Gemeinden. Vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen gewinnt die kommunale Integrationspolitik sowohl in Großstädten als auch in kleineren Städten und Gemeinden an Bedeutung“, sagte Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger anlässlich der gemeinsamen Pressekonferenz mit Stadträtin Sandra Frauenberger am 25. Jänner 2013.

„Um die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration vor Ort zu verbessern, haben Städte und Gemeinden in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Und das, obwohl die finanziellen Mittel immer restriktiver werden“, betont Weninger. Um die Anforderungen der Zukunft besser abschätzen zu können, hat der Österreichische Städtebund mittels zweier Studien die Situation in den Mitgliedstädten genauer untersuchen lassen und die Ergebnisse nun präsentiert: Die Themen der Studien lauteten „Kosten unzureichender sozialer Integration im Allgemeinen und besonders der EinwanderInnen“ und „Qualifikationsstand und Qualifikationsbedarf der Integrationsverantwortlichen österreichischer Städte“. „Die jeweiligen Schlussfolgerungen bringen wertvolle Anregungen für bessere Teilhabechancen für Menschen mit Migrationshintergrund“, so Thomas Weninger.

Nostrifikationssystem verbessern

Sandra Frauenberger, Integrationsstadträtin und stellvertretende Vorsitzende des Städtebund-Fachausschusses für Integration, stellte die Eckpunkte des Wiener Integrationskonzeptes dar: „Schon lange wissen wir, dass nicht die örtliche, sondern die soziale Herkunft für die Zukunft jedes und jeder Einzelnen zentral ist. Erklärtes Ziel ist daher der soziale Aufstieg für alle. Um das zu erreichen, setzen wir den Hebel bei Chancengerechtigkeit an, die mit gerechterem Zugang zu Bildung und Arbeit garantiert werden soll.“ Dabei stützt sich die Integrationspolitikerin auf die zahlreichen Maßnahmen der Stadt Wien. „Berufliche Erstinformation für Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer, gezielte berufliche Weiterbildung und die damit verbundene Erhöhung von Jobchancen sowie Beratungsangebote zur Anerkennung von mitgebrachten Ausbildungen sind einige unserer Projekte. Wir garantieren in diesem Bereich eine breite Palette an Maßnahmen, die für alle zugänglich sind und auf verschiedene Bedürfnisse abzielen“, erklärt Frauenberger.

In diesem Zusammenhang ortet die Stadträtin weiteren Verbesserungsbedarf bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen: „Es geht nicht nur um Ausbildung. Es geht auch darum, mitgebrachte Qualifikationen anzuerkennen. Das passiert in Wien seit Jahren mit umfassender Beratung und Niederlassungsbegleitung. Es freut mich, dass sich der Sozialminister mit unserem Modell auch im Bund durchsetzen konnte und zentrale Anlaufstellen in mehreren Städten angeboten werden können. Um Anerken-

nungen zu erleichtern, muss darüber hinaus aber auch die gesetzliche Situation verbessert werden.“

Dazu Studienautor August Gächter vom Zentrum für soziale Innovation (ZSI): „Eine gelernte Krankenpflegerin als Raumpflegerin arbeiten zu sehen, ist frustrierend. Wäre im Ausland erworbene Bildung gleich viel wert wie jene im Inland erworbene, wäre die Beschäftigungswahrscheinlichkeit der Frauen um 16 und die der Männer um 10 Prozentpunkte höher. Das Hauptproblem ist nicht, dass Einwanderinnen und Einwanderer zu wenig Bildung haben, sondern dass ihre Bildung am Arbeitsmarkt nicht honoriert wird.“

Was können Städte und Gemeinden tun?

Nicht nur Betriebe, auch Kommunen wissen zu wenig über die Qualifikationen und beruflichen Erfahrungen ihrer eingewanderten Bevölkerung Bescheid. Städte und Gemeinden sind auf lokaler Ebene wichtige ArbeitgeberInnen, daher sollten sie die Qualifikationen der EinwanderInnen in ihrer Beschäftigtenstruktur adäquat repräsentieren.

„Ein geeignetes Instrument könnten auch lokale Beschäftigungspakte sein“, so Studienautor Gächter: „Einen territorialen Beschäftigungspakt gibt es zwar in jedem Bundesland, aber lokale Pakte hat es bisher in Österreich nicht gegeben. Für eine ambitionierte Kommune wäre dies ein gut geeigneter Ansatzpunkt, um an der Gestaltung des örtlichen Beschäftigungswesens vermehrt teilnehmen zu können.“

Zweite Studie:

Qualifikation von Integrationsverantwortlichen

„Im Zuge unserer Untersuchung haben wir den Ausbildungsstand von Integrationsbeauftragten sowie das Wissen über Integrationsleitbilder und -strategien vertieft“, sagt Tom Schmid, Sozialökonomische Forschungsstelle (SFS), und meint weiter: „Es gibt in fast allen untersuchten Städten Maßnahmen – wie z.B. Integrationsleitbilder, Integrationsbeiräte bzw. Integrationsbeauftragte –, die wichtige Impulse für das Zusammenleben geben.“

Die wesentlichste Stärke der Integrationsfachkräfte besteht in ihrer Pioniersituation – da ihr Aufgabengebiet überwiegend erst in den letzten zehn Jahren entwickelt wurde –, in ihrer hohen, aber sehr ausdifferenzierten Qualifikation und in der Heterogenität ihres Aufgabengebietes, was gleichzeitig aber auch eine Schwäche ausmacht, denn sie erschwert Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung für die kommunale Integrationsarbeit.



ERFAHRUNGSAUSTAUSCH FÜR HOCHWASSERSCHUTZ

Der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) veranstaltet am 25. und 26. April in Kirchdorf in Tirol den 6. österreichweiten Erfahrungsaustausch für Hochwasserschutz- und Erhaltungsverbände (mit Unterstützung des Landes Tirol und in Kooperation mit dem Lebensministerium).
Infos: www.oewav.at

EHRENZEICHEN VERLIEHEN

Bundespräsident Heinz Fischer hat Herbert Katzengruber, ehemaliger Bürgermeister von Amstetten, das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Der längstdienende Bürgermeister Amstettens legte sein Amt am 30. September 2011 nach mehr als 23 Jahren zurück. Seine Nachfolge trat Ursula Puchebner an.



WIENER NEUSTADT: JÜDISCHER FRIEDHOF WIRD SANIERT

Vor Kurzem wurde ein Übereinkommen zwischen der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) und der Stadt Wiener Neustadt unterzeichnet. Nach zahlreichen Verhandlungen zwischen der Stadt Wiener Neustadt bzw. dem Österreichischen Städtebund und der Israelitischen Kultusgemeinde lag dem Gemeinderat am 26. September 2012 die Instandhaltungsvereinbarung für den jüdischen Friedhof Wiener Neustadt vor.

Die Israelitische Kultusgemeinde wird nun nach Vorliegen dieser Vereinbarung beim Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich um finanzielle Mittel für die Sanierung des Friedhofes ansuchen und diese Arbeiten beauftragen. Es ist dafür ein Zeitrahmen von ca. drei Jahren vorgesehen.

Seitens der IKG unterschrieben Präsident Oskar Deutsch und Generalsekretär Raimund Fastenbauer die Vereinbarung, anschließend trugen sie sich auch ins Steinerne Buch der Stadt Wiener Neustadt ein.

Die Geschichte der jüdischen Gemeinde Wiener Neustadts wurde von Historiker Werner Sulzgruber dokumentiert. Ein wichtiger Teil seiner Bemühungen kreist um die Instandhaltung des jüdischen Friedhofes, auf dem über 250 Personen bestattet wurden.

OBERWART: BESUCH DES UNGARISCHEN VERTEIDIGUNGSMINISTERS

Auf Einladung der Vereinigung Österreichischer Peacekeeper hat der ungarische Verteidigungsminister Csaba Hende vor Kurzem eines der monatlichen Treffen in Oberwart besucht. Bürgermeister Georg Rosner, Vizebürgermeister Dietmar Misik und Landtagsabgeordneter Gerhard Pongracz haben den Gast herzlich willkommen geheißen.
www.austrian-peacekeepers.at



MEINUNGSAUSTAUSCH MIT PETR SCHLESINGER

In Tschechien soll eine kommunalpolitische Vereinigung sozialdemokratischer BürgermeisterInnen entstehen. Am 19. November war Petr Schlesinger aus Prag zu Besuch bei KPZ-Vorsitzenden Bernhard Müller. Der engagierte Politikexperte ist zurzeit damit beschäftigt, in Tschechien einen kommunalpolitischen Verein von sozialdemokratischen BürgermeisterInnen – ähnlich dem Kommunalpolitischen Zentrum – aufzubauen. Da dies ein gänzlich neuer Vorstoß in unserem nördlichen Nachbarland ist, war der Gast aus Tschechien dankbar für den wertvollen Meinungsaustausch. Es wurde vereinbart, den Kontakt weiter auszubauen. Zudem wird nächstes Jahr eine Abordnung tschechischer PolitikerInnen nach Wiener Neustadt kommen.



Viele Gemeinden
haben ähnliche Probleme.



Wir helfen, sie
zu meistern.

Die Bank Austria steht Ihnen zur Seite. Mit einem eigenen Beratungsteam, das sich auf die Anforderungen des öffentlichen Sektors spezialisiert hat. Deshalb kennen wir die aktuellen Herausforderungen genau und bieten Ihnen bedürfnisorientierte Lösungen und Finanzierungen.

publicsector.bankaustria.at

Das Leben ist voller Höhen
und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der
Bank Austria
Member of **UniCredit**

Das Leben eines jungen Menschen in der Stadt

Jugendpolitik ist als sogenannte Querschnittmaterie definiert. Das bedeutet: es gibt kaum einen Politikbereich, der nicht auch jugendliche Lebenswelten bzw. jugendliche Anliegen berührt oder mit der sich keine Verbindung mit Themen rund um das Jungsein herstellen lässt. Dies kommt insbesondere auf kommunaler Ebene entsprechend zum Tragen. Stadtpolitische Planungs- und Entscheidungsprozesse berühren stets auch die Interessen und den Entfaltungsraum (real und ideell) der jugendlichen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Sabine Liebentritt, bundesweites Netzwerk offene Jugendarbeit

Junge Menschen wachsen heute unter den vielfältigsten Rahmenbedingungen heran. Auch wenn eine Auflistung von Aspekten, Berührungspunkten, Themenstellungen, Fragestellungen eine unendliche Aneinanderreihung von Schlagworten wäre, so lassen sich konkret vier Herausforderungen ableiten, mit welchen Jugendliche in der heutigen Zeit konfrontiert sind:

„Vor allem Kinder und Jugendliche brauchen Räume, vor allem FREIRäume, in denen sie ihre Selbstbestimmtheit testen und ausprobieren können, um ihre Eigenständigkeit, Verantwortungsfähigkeit und Kreativität entwickeln zu können. Diese Entwicklung darf keine Frage des Eltern-Einkommens sein und sollte für alle zugänglich gemacht werden.“

*Schriftstellerin Julia Rabinowich
(in einem für bOJA zur Verfügung gestellten Zitat)*

1. „Jugendlich sein“ ist ein absoluter Wert in der westlichen Gesellschaft. Heute will jeder erwachsene Mensch jung und fit sein – egal, ob es ihm zusteht oder nicht. Demgegenüber stehen Jugendliche – denen dieses Jungsein eigentlich zustehen würde – als „Un-Personen“, als SchulschwänzerIn, Kriminelle, GewalttäterIn, Übergewichtige und vieles mehr ... was beispielsweise Zeitungen so alles zu berichten wissen. Jugendlich zu sein, ist positiv – Jugendliche/r zu sein, ist eher negativ. Das Attribut zählt

mehr als der Mensch. Was soll ein junger Mensch davon halten?

2. Leistung zu erbringen und funktionsfähig zu sein: das ist es, was junge Menschen in ihrer jugendlichen Reifungsphase zu erlernen haben – so wird es ihnen vielfach vermittelt. Auf der anderen Seite wird jungen Menschen wenig vertraut und zugetraut. Wie kann diesen widersprüchlichen Signalen Rechnung getragen werden?

3. Das Jugendalter lässt sich skizzieren mit Schlagworten wie Freude, Hoffnung, Optimismus, Mut, Lebensfreude oder jugendlicher Tatendrang. Es gibt keinen Lebensabschnitt, in dem so viel Energie und körperlicher Reichtum zur Verfügung stehen. Demgegenüber stehen Perspektivenlosigkeit und Angst, die insbesondere durch wirtschaftliche Prognosen, Umweltverschmutzung, Atomkraft

und allgemeine Zukunftsratlosigkeit genährt werden. Was ist schlussendlich stärker – der Optimismus oder die Angst?

4. Unendlich viele vermeintliche Wahlmöglichkeiten! Ein junger Mensch hat heute theoretisch alle Chancen. Zumindest bekommt er dies häufig von einer meist älteren Generation signalisiert: „Deine Chancen möchte ich nur annähernd gehabt haben.“

Und dennoch scheint er oder sie oft verloren in dieser vermeintlichen Pluralität. Es geht also verstärkt darum, Orientierung im Chaos zu bieten, ohne dabei für den anderen zu entscheiden. Es geht um ein Zeit nehmen, Zeit haben, Zeit geben. Was nützt es, theoretisch alle Möglichkeiten zu haben, wenn der junge Mensch nicht imstande ist, sie für sich nutzbar zu machen?





boja

Junge Menschen dürfen experimentieren und Fehler machen – PolitikerInnen sollten ihnen dafür den Raum verschaffen.

Junge Menschen brauchen also Orientierungs-Macht! Wichtig ist bei all diesen Betrachtungen allerdings nicht, in die Nostalgie zu verfallen „früher war alles besser“. Das nützt den jungen Menschen in den österreichischen Kommunen gar nichts, denn es ist ihr Jetzt und ihre Zukunft, um die es geht.

Offene Jugendarbeit tut gut

Erfahrungen aus der Offenen Jugendarbeit zeigen, dass es Folgendes ist, das junge Menschen brauchen, suchen, nutzen und sich wünschen: Freiräume, Wahlmöglichkeiten, Experimentierfelder!

Offene Jugendarbeit bedeutet FREIRäume, Wahlmöglichkeiten und Experimentierfelder: Jugendlicher FREIRAUM für Gedanken, Ideen, Entwicklung, für individuelles Jungsein. Weiters werden fachlich fundierte, lebensweltorientierte Angebote gemeinsam mit jungen Menschen entwickelt und umgesetzt. Die FREIRäume der offenen Jugendarbeit stehen in Form von Jungentreffs, Jugendzentren und mobiler Jugendarbeit unterschiedlichsten jungen Menschen in ganz Österreich offen.

Offene Jugendarbeit bietet Freiräume an: sie offenbart Wahlmöglichkeiten und sie ermöglicht unzensurierte Experimentierfelder. Offene Jugendarbeit lässt den jungen Menschen Macht zu Teil werden und ermöglicht das Lernen, mit sich, dem Leben und der Gesellschaft trotz Pluralität und Widersprüchlichkeiten gut umzugehen. Das stärkt die individuelle Ermächtigung.

Hier dürfen junge Menschen auch Fehler machen, um zu erfahren und im Erfahren zu erkennen: „Meine Zukunft kann ich mitgestalten.“

Diese Erfahrung zu ermöglichen, ist in urbanen Lebensumgebungen besonders wichtig, denn gerade im städtischen Gebiet prallen die Vielfalt an Möglichkeiten und die durch Größe und Fülle bedingte Begrenztheit stark aufeinander.

Die Expertise, dieses Wissen aus der unmittelbaren, fachlich fundierten, tagtäglichen Arbeit mit den jungen Menschen in den Jungentreffs, Jugendzentren und im Kontext der mobilen Jugendarbeit kann im Zusammenhang mit politischen Fragestellungen und den genannten vier Herausforderungen in den Kommunen sichtbar gemacht und berücksichtigt werden, denn gerade Offene Jugendarbeit hat in vielen aktuellen politischen Fragestellungen bereits innovative, teils unkonventionelle aber funktionierende Konzepte, Projekte und Lösungsansätze. Dieses Wissen kann in der jugendpolitischen Gestaltung vor Ort sicher teilweise noch besser genutzt werden.

Zeitgemäße kommunale Jugendpolitik

Offene Jugendarbeit ist also ein modernes Konzept im Kontext von Jugendpolitik, insbesondere auf Gemeindeebene, und eine wertvolle Methode für eine zeitgemäße Jugendarbeit innerhalb einer Gemeinde bzw. in einer Region bzw. in ei-

nem sozialen Lebensraum. Offene Jugendarbeit sollte parteiübergreifend politisch verankert sein und darf nicht von der momentanen Befindlichkeit und dem Verständnis einzelner politisch Verantwortlicher abhängig sein. Jede Kommune tut gut daran, Offene Jugendarbeit in ihren Konzepten von Lebenswelten, Lebensraumgestaltung und bedarfsorientierter Politik mitzudenken.

Dies bedeutet mehr FREIRAUM für junge Menschen und führt schlussendlich zu mehr Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger. ■

INFOS: www.boja.at

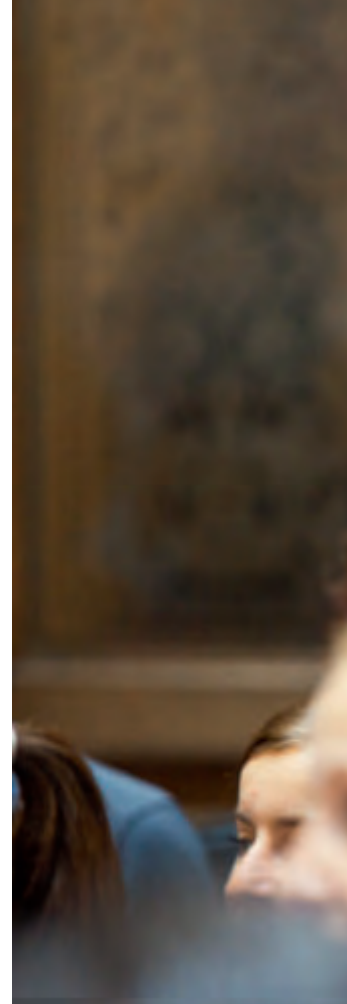
ZUR PERSON:

Sabine Liebenritt ist seit 2009 Geschäftsführerin von „boJA - Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit“. Davor war sie Geschäftsführerin von „koje - Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung in Vorarlberg“. Liebenritt ist Psychologin, PR-Fachwirtin (BAW) und akademisch geprüfte politische Bildnerin. Sie verantwortet zahlreiche Projektkonzeptionen und Projektumsetzungen im Bereich der Offenen Jugendarbeit und hat die Projektleitung beim Aufbau des bundesweiten Vereins boJA in Österreich inne. Diverse Fachvorträge und Veröffentlichungen, unter anderem „Das ist Offene Jugendarbeit“, erschienen im Bucher Verlag Hohenems.

Jugendbeteiligung findet Stadt!

Österreich ist das erste und einzige Land in Europa, in dem seit 2007 Jugendliche bereits ab 16 Jahren auf allen Ebenen wahlberechtigt sind. Jugendbeteiligung bedeutet aber wesentlich mehr, als dieses verbriefte Recht auf Mitbestimmung im Rahmen von Wahlen.

Maria Lettner, Bundesjugendvertretung



Aus konkreten Projekterfahrungen lässt sich ableiten, dass die ersten fünf Faktoren dieser Spirale durch entsprechende Rahmenbedingungen unmittelbar beeinflussbar sind (die letzten beiden Faktoren nur mittelbar).



Quelle: www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xber/SID-492F68DF-40208114/bst/Partizipationsspirale_neu.pdf

Vielmehr gilt es, nachhaltige Partizipationsangebote für junge Menschen zu schaffen, um sie adäquat und konsequent in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden. Dabei muss Jugendlichen mehr Entscheidungskompetenz zugestanden werden, als ein bloßes Vorschlagsrecht oder das Abnicken von bereits getroffenen Entscheidungen. Ist dies nicht der Fall, wird jede auch noch so große Motivation der Jugendlichen untergraben. Die Kommune ist in Sachen Beteiligung als konkretes Lebensumfeld ein wichtiger gesellschaftlich-politischer Lernort für junge Menschen. Die Argumente, die für eine (verstärkte) Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene sprechen, liegen auf der Hand:

- **Gute Lösungen:** Jugendbeteiligung trägt wesentlich dazu bei, nicht an den Bedürfnissen der Zielgruppe vorbei zu planen und somit qualifizierte Entscheidungen treffen zu können.
- **Demokratiebewusstsein:** Jugendliche können durch auf sie maßgeschneiderte Partizipationsangebote zu MultiplikatorInnen für ein positives Verhältnis zu Demokratie werden.
- **Bildungschancen:** Neben dem kommunikativen Austausch von Ideen ermöglicht Jugendbeteiligung auch wesentlich den Erwerb verschiedener Kompetenzen und das Entwickeln von Verantwortungsbewusstsein (umso mehr je höher der Grad der Beteiligung ist). Wie andere Bevölkerungsgruppen auch müssen Jugendliche zur Partizipation motiviert und befähigt werden. Studien belegen, dass mehrere Faktoren dafür ausschlaggebend sind, ob sich Jugendliche in Beteiligungsprojekte einbringen (können). Im Zuge eines Projekts der Bertelsmann-Stiftung wurde dafür das grafische Modell der „Partizipationsspirale“ geschaffen.
- **Lebensraum Stadt/Gemeinde:** Jugendliche, die sich mit dem eigenen Lebensumfeld auseinandersetzen, identifizieren sich stärker mit ihrer Stadt/Gemeinde.
- **Soziale Integration:** Jugendbeteiligung fördert den Dialog zwischen den Generationen sowie den Abbau von Klischees und gesellschaftlichen Vorurteilen und stärkt den Zusammenhalt in der Stadt bzw. im Stadtteil.

Jugendliche wollen und können mitentscheiden – wenn man sie lässt.



Maly/BJV

Konkret bedeutet dies, dass zur Förderung von Jugendbeteiligung ein Bündel an Maßnahmen notwendig ist:

- eine **gut abgestimmte Angebotsvielfalt**, die den unterschiedlichen Interessen, Bedürfnissen und Lebenslagen der Jugendlichen gerecht wird. Verschiedene Formen der Beteiligung sollten gut aufeinander abgestimmt werden.
- **funktionierende Vernetzungsstrukturen** mit Schule und außerschulischer Jugendarbeit und verstärkte Kooperation (vgl. „Vereinsbedeutung“)

- die Durchführung von **Trainings und Workshops**, in denen Jugendliche beim Erwerb von Beteiligungskompetenzen unterstützt werden (vgl. „Qualifikationsempfinden“) sowie die Aus- und Weiterbildung von AkteurInnen (bspw. schulische und außerschulische Bildung, StadtplanerInnen, politische EntscheidungsträgerInnen). Die Grundlage für ein solches Maßnahmenpaket ist ein klares Bekenntnis der Kommunalpolitik, die die Jugendbeteiligung nicht nur als eine Herausforderung, sondern vor allem als große Chance betrachtet. ■

INFOS:

Mehr Informationen und Unterstützung finden Kommunen bspw. im „Leitfaden zur nachhaltigen Beteiligung von jungen Menschen im städtischen Bereich“ der ARGE Partizipation: www.jugendbeteiligung.cc/fileadmin/downloads/leitfaden_Stadt.pdf oder auf der Website der Bertelsmann-Stiftung www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-51FC9947-6668455F/bst/hs.xml/29854_29906.htm.

Bundesjugendvertretung:

Die Bundesjugendvertretung (BJV) ist die gesetzliche Interessenvertretung aller jungen Menschen in Österreich. Gemeinsam mit ihren 52 Mitgliedsorganisationen macht sie sich für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen stark. Die BJV vertritt 2,9 Millionen junge Menschen und hat sozialpartnerschaftlichen Status. Mehr Informationen zur Arbeit der BJV sowie das „Positionspapier für mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ (2006) sind unter www.jugendvertretung.at zu finden.

Zur Autorin: Maria Lettner arbeitet als Referentin für Jugendpolitik und Internationales im Büro der Bundesjugendvertretung.



Shutterstock

Fakten und Mythen zum Thema JungwählerInnen

Sind Jugendliche „politikverdrossen“ oder nicht?
Wissenschaftliche Analysen beantworten diese Frage eindeutig.

Maria Lettner, Bundesjugendvertretung

Mythos: WählerInnen ab 16 Jahren gehen seltener zur Wahl als andere Bevölkerungsgruppen.

Fakt: WählerInnen ab 16 Jahren machen von ihrem Wahlrecht genauso zahlreich Gebrauch wie ältere WählerInnen. Ein Beispiel: Bei der Wiener Landtagswahl 2005 haben 59 Prozent der Jugendlichen (das sind in absoluten Zahlen rund 23.500 von ca. 39.800 wahlberechtigten 16- bis 18-Jährigen) ihre Stimme abgegeben.

Doch dem ist nicht genug: Die Analyse zeigt auch, dass 41 Prozent der Wiener Jugendlichen selbst jemanden aufgefordert haben, an der Wahl teilzunehmen. Damit konnten sie selbst eine informelle Opinion-Leader-Rolle übernehmen. Bei den AHS-SchülerInnen war sogar jede/r Zweite (49 Prozent) aktiv, um andere zur Wahlteilnahme zu aktivieren.

Mythos: WählerInnen ab 16 Jahren interessieren sich überhaupt nicht für Politik.

Fakt: WählerInnen ab 16 Jahren gehen zur Wahl, weil ihnen die Möglichkeit zur Mitbestimmung und ihr Wahlrecht wichtig sind. (Ihre Zweifel beziehen sich eher auf das Angebot der Parteien, nicht auf die Wahl an sich.) Sie sind nicht „politikverdrossen“, sondern sie gehen auf Distanz zu Parteien und politischen Institutionen. JungwählerInnen interessieren sich vor allem für die „Zukunftsthemen“ Ausbildung/Bildung, Jugendarbeitslosigkeit, Gleichberechtigung und Armut.

Mythos: WählerInnen ab 16 Jahren sind in ihrer Meinung leichter zu manipulieren.

Fakt: WählerInnen ab 16 Jahren treffen ihre Wahlentscheidung aufgrund von Informationen. Die Analyse der National-



ratswahl 2008 von SORA, ISA und Dr.ⁱⁿ Ulrike Kozeluh ergab deutlich, dass bspw. drei Viertel der jungen Menschen zumindest ein- bis zweimal pro Woche oder öfter politische Themen verfolgen und selbstkritisch genug sind, ihr politisches Wissen zu hinterfragen. JungwählerInnen artikulieren auch dezidiert den Wunsch nach mehr Information und weniger inhaltsleeren Wahlkampf-Slogans.

Mythos: WählerInnen ab 16 Jahren wählen radikaler als andere Wahlberechtigte.

Fakt: WählerInnen ab 16 Jahren steht es durch das Wahlrecht (genauso wie anderen WählerInnen auch) völlig frei, welche Partei sie wählen wollen – das Wahlrecht ist auch sonst nicht an politische Präferenzen gekoppelt. JungwählerInnen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung (genauso wie andere WählerInnen auch) wesentlich nach ihrem sozio-ökonomischen Hintergrund und der Tat-

sache, ob sie sich noch in Ausbildung oder bereits in Beschäftigung befinden. Wie Studien belegen, sprechen Parteien, die radikale und/oder autoritäre Einstellungen vertreten, junge Menschen nicht bzw. in sehr geringem Maße an. ■

INFOS:

Weiterführende Studien:
Jugendwertestudie 2011,
<http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d174/Jugendwertestudie.pdf>
Kurzbericht zur Pilotstudie: Jugend und politische Bildung. Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-Jährigen (2007), http://www.eduhi.at/dl/pilotstudie_jugend_polbil.pdf
Nachwahlanalyse Nationalratswahl 2008,
www.sora.at/themen/wahlverhalten/waehlen-mit-16.html
Nachwahlanalyse Landtagswahl Wien 2005,
www.sora.at/hc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/waehlen-mit-16-in-wien-2005-117.html

Salzburg: Zehn Jahre gelebte Mitbestimmung

Zehn Jahre sind seit dem 1. Jugendkongress in Salzburg vergangen. Eine Zeit, in der sich einiges getan hat. Erstmals im Jahr 2002 startete die Stadt Salzburg das Experiment „Jugendkongress“.

Jochen Höfferer, Jugendbeauftragter der Stadt Salzburg

Ziel war die Schaffung einer Plattform, auf der Jugendliche aus der Stadt ihre Wünsche, Anliegen, ihre Sorgen und ihre Kritik platzieren können. Die Stadt Salzburg setzte bei den Veranstaltungen, die im Zweijahres-Takt stattfinden, verschiedene Schwerpunkte. Die Kongresse „erzwingen“ einen Dialog zwischen Jugend, der Kommunalpolitik und diversen anderen gesellschaftlichen Gruppierungen. Wichtig war stets eine gewisse Verbindlichkeit – die Jugendlichen sollten merken, dass ihre Anregungen auch rasch und zeitnah umgesetzt werden. Wenn schon eine mächtige Institution wie die Stadt daherkommt und die Jugendlichen zum Dialog einlädt, dann erwarten diese sich vor allem Verlässlichkeit. Ein hohler Diskutierklub wäre schnell unten durch. Seit 2002 konnten mit den Jugendkon-

gressen etwa 5000 bis 7000 Jugendliche zur aktiven Mitarbeit motiviert werden: die TeilnehmerInnen des Jugendkongresses 2012 waren beim ersten Jugendkongress im Jahr 2002 ca. drei Jahre alt.

Erfolgsmodell „Jugendkongress“

Man muss die jungen Leute fragen, was sie wollen, um eine erfolgreiche Jugendarbeit gestalten zu können. Über 90 Prozent der Jugendlichen geben in Jugendstudien (z.B. Trendmonitor 2011) an, dass sie Verantwortung für ihr Lebensumfeld (hier die Stadt Salzburg) übernehmen wollen. Der Wunsch und die Bereitschaft dazu sind ein klarer Auftrag für die Stadt Salzburg, in diesen Bereich zu investieren. Der Jugendkongress steht für Dynamik, Interesse, Arbeit und vor allem für Spaß an der gemeinsamen Arbeit. ■

Einige Projekte, die beim Jugendkongress geplant und dann umgesetzt worden sind:

- Das chillige „Salzachufer“:
Das grüne Ufer entlang der Salzach lädt zum Rasten und Verweilen ein. Viele SalzburgerInnen genießen die Ruhe und das Plätschern des Flusses mitten im Zentrum von Salzburg.
- Die aufregende „Almwelle“:
Eine stehende Welle zum Surfen – das findet man im Almkanal in Salzburg Gneis. Vom Surf-Anfänger bis zum Profi können sich hier alle versuchen. Auch ZuschauerInnen kommen immer wieder gern vorbei.
- Der Stadtstrand „Salzbeach“:
SonnenanbeterInnen und StrandsportlerInnen dürfen sich auf den „SALZBEACH“ im Salzburger Volksgarten freuen.
- Die coolen Skaterparks „the cage“ und „the pool“:
Diese beiden Parks sind zwei der zuverlässigsten Spots in Salzburg zum Skaten.
- Die mobile „Radwerkstätte MIR“:
(= mein intelligentes Rad)
RadexpertInnen erklären, wie man am besten Bremsen und Schaltung einstellt oder Reifen wechselt. Alle können Radl-Bauen und TÜfteln.
- Das Jugendförderungsprojekt „Streusalz“:
Streusalz heißt mobile Jugendarbeit in den Stadtteilen in Salzburg. MitarbeiterInnen von Jugendeinrichtungen vermitteln zwischen den Jugendlichen, AnrainerInnen und der Stadt Salzburg, und dienen dabei als KonfliktlöserInnen und Sprachrohr.
- Die abenteuerlichen Kletterparks beim „Haus der Jugend“ und der „Müllner-Schanze“:
Klettern mitten in der Stadt – das ist auch in Salzburg möglich. Entweder im Kletterpark beim „Haus der Jugend“ am Kai oder direkt am Mönchsberg.
- Das Gratis-WLAN-Netz „Salzburg surft!“:
„Salzburg surft!“ ist für alle Menschen mit einem WLAN-kompatiblen Gerät (Handy, Laptop, iPad, etc.) offen und bietet Zugang zum weltweiten Netz.
- Die gemütliche DJ-Lounge „im Garten“:
(Mirabellgarten)
Einmal im Sommer wird der Mirabellgarten zur DJ-Lounge. Internationale und lokale DJs spielen gemütliche Sounds zum „Abhängen“ und Genießen.
- Die legalen Graffiti-Flächen von „SALZWAND“:
Graffiti und Streetart sind in Salzburg auf ausgesuchten Wänden erlaubt und erwünscht.



Stadt Salzburg

Eine neue Strategie für die Jugend

Das Ziel der österreichischen Jugendstrategie lautet, Jugend in allen Politikbereichen und auf allen politischen Ebenen sichtbar zu machen und stärker zu berücksichtigen. Österreichs Jugend soll sich besser denn je in die Gestaltung ihrer Zukunft einbringen können.

Reinhold Mitterlehner, Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend

Die österreichische Jugendstrategie soll die Jugendpolitik im ganzen Land unterstützen und weiterentwickeln. Damit wollen wir aus Betroffenen Beteiligte machen und nicht nur eine Politik für Jugendliche, sondern in erster Linie eine Politik mit Jugendlichen machen. Als laufender Prozess umfasst die Jugendstrategie Ziele, Visionen und konkrete Maßnahmen in allen Bereichen, die für Jugendliche wichtig sind. Ihre Handlungsfelder orientieren sich an jenen der europäischen Jugendstrategie und reichen von Bildung, Beschäftigung und Unternehmergeist über Gesundheit und Freiwilligentätigkeit bis hin zu Partizipation, Kreativität und sozialer Integration. Motor der Strategie ist das permanente Jugendscreening: Durch Vernetzung und Informationsaustausch stellen wir ein Wissen über die Situation und Bedürfnisse der jungen Menschen her. Eine konsequente Transparenz stellt sicher, dass die von den einzelnen Politik- und Verwaltungsbereichen sowie anderen Stakeholdern bereits gesetzten Maßnahmen sichtbar werden. Daraus ergibt sich ein Gestaltungsspielraum, der von den Stakeholdern im jeweils eigenen Handlungsbe- reich mit konkreten Maßnahmen gefüllt werden kann.

Neuer „Jugend-Check“ für Gesetze umgesetzt

Damit die Ergebnisse der Jugendstrategie möglichst rasch umgesetzt werden, wählt das Jugendministerium jährlich Ziele und Maßnahmen aus, die vorrangig realisiert werden. Bereits 2012 haben wir daher erste wichtige Anliegen der Jugendstrategie, wie zum Beispiel eine stärkere

Beteiligung Jugendlicher, umgesetzt: Unter dem Motto „Jugendstrategie on Tour“ wurden junge Menschen im ganzen Land befragt, welche Beteiligungsformen für sie überhaupt attraktiv und daher auszubauen sind. Darüber hinaus haben wir den „Jugend-Check“ umgesetzt, mit dem seit 1. Jänner 2013 alle Bundesgesetze auf ihre speziellen Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche geprüft werden müssen. Damit wollen wir die übliche Erwachsenenperspektive erweitern und langfristig eine noch kinder- und jugendfreundlichere Gesellschaft in Österreich ermöglichen.

Die Jugendstrategie in den Regionen

Die regionale Ebene spielt gesellschaftspolitisch eine bedeutende Rolle und soll weiter gestärkt werden. Gerade für Jugendliche sind die regionale Mobilität und die Chancen und Perspektiven in ihrer Heimatgemeinde und in der Region besonders wichtig. Im Rahmen der Jugendstrategie werden wir daher einen strukturierten Dialog auf Ebene der Städte und Gemeinden führen und gezielt weiterentwickeln. Damit wollen wir bestehende und zukünftige regionale Partizipationsprozesse – wie zum Beispiel Jugendparlamente und Jugendbeiräte in den Regionen – auf Bundesebene gesammelt darstellen und deren Ergebnisse in die Strategieentwicklung einfließen lassen. So soll auch hier durch Wissen und Transparenz ein größerer Gestaltungsspielraum geschaffen werden, um gemeinsam und auf allen Ebenen koordiniert Politik mit der und für die Jugend zu machen. ■



Shutterstock

INFOS:

Weiterführende Studien:
 Jugendwertestudie 2011,
<http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d174/Jugendwertestudie.pdf>
 Kurzbericht zur Pilotstudie: Jugend und Politische Bildung. Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-jährigen (2007), www.eduhi.at/dl/pilotstudie_jugend_polbil.pdf
 Nachwahlenanalyse Nationalratswahl 2008, www.sora.at/themen/wahlverhalten/waehlen-mit-16.html
 Nachwahlenanalyse Landtagswahl Wien 2005, www.sora.at/hc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/waehlen-mit-16-in-wien-2005-117.html

Europaweite Jugendhauptstädte

Netzwerke gibt es viele, doch die Etablierung von Europäischen Jugendhauptstädten bietet Jugendlichen und städtischen Verwaltungen gemeinsame Vorteile, die auch internationale Aufmerksamkeit erzeugen.

Birgit Klausser, Abt. Internat. Familien- und Jugendpolitik/BMWFJ

Das Betonen bereits existierender Jugendfreundlichkeit, das Verbessern der Attraktivität einer Stadt für ihre jungen EinwohnerInnen, aber auch für jugendliche TouristInnen plus der Bonuseffekt eines europäischen Labels ... mit diesem Ziele-Potpourri trat Rotterdam 2009 als erste Europäische Jugendhauptstadt an: mit einem Jugend-Partizipationsplan und der Plattform „YOUR WORLD“ wurden Jugendliche mit „Nutz dein Talent!“ ermuntert.

Kultur, Politik, Jugend- und Freiwilligen-Organisationen verketteten viele große und kleine Workshops sowie Veranstaltungen zu einem dichten Jahresprogramm. Und erreichten damit hohe überregionale Aufmerksamkeit und bunte Resultate. Rasch erwachte das Interesse anderer dynamischer Städte an dieser Win-win-Situ-

ation für Jugendliche und die städtische Verwaltung. Unter dem Motto „YOUR TIME“ übernahm Turin 2010 die Stafette ... und ein Wettbewerb um einen neuen Titel war geboren.

Wie wird man EUROPÄISCHE JUGENDHAUPTSTADT?

Ein Jugend-Entwicklungs-Plan ist Voraussetzung für die Bewerbung. Das Interesse der Städte liegt aber auch im langfristigen Nachnutzungszeitraum: von Rotterdam über Turin, Antwerpen („Room To Bloom“) und Braga verwenden alle bis heute die eingerichteten Internet-Plattformen für die Gestaltung und Bewerbung ihrer Jugend-Veranstaltungen und das weitere Leben im Netzwerk der „Jugendfreundlichen Städte“. 2013 präsentiert sich Maribor als „the place to be for

youngsters“ (<http://www.mb2013.si/en/>). Das Europäische Jugendforum sammelt und evaluiert die Bewerbungen. Eine Jury unter Beteiligung des Europäischen Kongresses für Gemeinden und Regionen, des Europäischen Parlaments und des EU-Ausschusses der Regionen wählt aus: die Bewerbung für den Titel der Europäischen Jugendhauptstadt 2016 lief bis zum 20. Februar 2013. Nächstes Jahr können sich Städte natürlich wieder bewerben: da holt den Titel „Jugendhauptstadt 2017“ vielleicht eine österreichische Stadt! ■

INFOS:

Mehr Information und die Bewerbungsunterlagen:
<http://europeanoyouthcapital.org/>
 bzw. www.youthforum.org/



Die slowenische Stadt Maribor präsentiert sich heuer als „the place to be for youngsters“.

WIR KÖNNEN HELFEN!

Parent Patrols in Israel

Lärm in der Nacht? Alkoholexzesse im Park? Brüllende Jugendliche am Stadtplatz? Was tun – braucht es eine Stadtwache oder mehr Polizei? In Israel haben die Gemeinden und Städte eine andere Lösung gefunden: die „Wachen Eltern“ oder „Parent Patrols“.

Ihre Leitmotive sind: „Das sind doch unsere Kinder“ und „Wir können helfen“. In kleinen Gruppen gehen „freiwillige Erwachsene“ im Elternalter genau dorthin, wo „das Problem“ entsteht: aber nicht, um dann zu schimpfen oder mit der Polizei zu drohen. Zu ihrer Ausrüstung gehören Kartenspiele, alkoholfreie Getränke, ein Gesprächsangebot ... und die Bereitschaft, zuzuhören. Hier einige Auszüge aus einem Interview mit Or Bigar, der Verantwortlichen für die „Parent Patrols“ der Stadtverwaltung von Tel Aviv:

ÖGZ: Was war der Auslöser für die Bildung von „Parent Patrols“?

Or Bigar: Viele Gemeinden haben ihre Hotspots, wo sich junge Menschen treffen und öffentlich Alkohol trinken. Das ist an sich schon ein Problem, aber es kann noch schlimmer kommen: wenn sie dann betrunken sind, wollen sie mit den dümmsten Ideen ihren Mut beweisen; sie setzen sich zum Beispiel betrunken ans Steuer, oder sie laden ihre jüngeren Geschwister ein, mitzumachen. Und so setzt der Konsum von Drogen immer früher ein.

ÖGZ: Was genau machen die „Parents on Patrol“? Machen sie die jungen Menschen ausfindig und rufen die Polizei?

Or Bigar: Nein, nein, sie wollen ja die

Kinder nicht verschrecken, sie wollen ihnen helfen. Wissen Sie, diese jungen Menschen mit ihrem ganzen Benehmen: das sind ja unsere Kinder, die Kinder unserer Gemeinde. Also ist die Gemeinde auch dafür verantwortlich, ihnen besseres Benehmen beizubringen – und wenn man ein Problem im Keim erfasst, braucht man auch gar keine Polizei. Die Erwachsenen gehen in diese Parks oder zu diesen Treffpunkten und setzen sich zu den Kindern; sie bringen Kartenspiele und alkoholfreie Getränke und beginnen freundliche Gespräche. Vor allem aber hören sie zu, was die jungen Leute zu sagen haben.



Shutterstock

ÖGZ: Aber hören denn diese jungen Menschen auch zu? Hat das alles einen Sinn?

Or Bigar: Nun, Sie werden vielleicht überrascht sein, aber sie hören wirklich zu und, ja, es hat einen Sinn. Wöchentlich werden wir in unserer Arbeit bestätigt: manchmal, wenn die Erwachsenen erst spät abends in den Park kommen, fragen die Kinder schon: „Wo wart ihr denn? Wir haben schon auf euch gewartet.“

ÖGZ: Warum, glauben Sie, ist das so?

Or Bigar: Ich glaube, das ist hauptsächlich deswegen, weil es viele Kinder gar nicht gewöhnt sind, dass sich Erwachsene so um sie kümmern. Die Freiwilligen, die bei „Parent Patrol“ mitmachen, werden eingeschult, damit sie genau wissen, wie sie mit den Kindern „wertschätzende“ und nicht „tu was ich dir sage“-Gespräche führen. Die jungen Menschen in den Parks rechnen gar nicht damit, dass Erwachsene so sein können – umso mehr schätzen sie das. Sie sehen, dass sich diese Erwachsenen um sie kümmern wollen und diese Aufmerksamkeit gefällt ihnen.

ÖGZ: Sind alle „Parent Patrol“-Mitglieder Freiwillige? Warum machen sie das?

Or Bigar: Viele Erwachsene machen mit, weil sie auch Kinder in diesem Alter haben und weil ihnen bewusst ist, welchen Gefahren junge Menschen während dieser Jahre ausgesetzt sind. Manche haben Bekannte, die in Unfälle mit betrunkenen Fahrern verwickelt waren, andere wohnen direkt an solchen Hotspots und haben erkannt, dass man dort die Stimmung ver-

bessern muss, bevor es schlimmer wird. Außerdem bietet die Stadtverwaltung einfache aber attraktive Angebote für die Freiwilligen – es gibt Kommunikationsseminare, sowie Workshops und Vorträge zu bestimmten Themen. Die Erwachsenen erwerben so zusätzliche Kompetenzen, die ihnen helfen, heikle Gespräche mit ihren eigenen Kindern zu bewältigen. Und sie spüren den Zusammenhalt in der Patrol Gruppe. Einigen macht es auch ganz einfach Spaß, ein paar Nächte im Monat am Nachtleben der Jungen teilzuhaben – eine Mutter zum Beispiel hat mir Folgendes erzählt: „Die Kids reden immer von ‚allen anderen‘ – ‚Mama, ich muss ganz einfach zu dieser Party, alle anderen gehen auch hin, alle anderen Eltern haben es erlaubt‘... ich habe jetzt auch meine ‚alle anderen‘, die treffe ich am Freitag Abend.“ Eines ist aber für alle wichtig, nämlich diese positive Energie, die man verspürt: nach einem erfolgreichen Gespräch mit jungen Menschen; Menschen, die es ganz einfach schätzen, dass man etwas zutiefst Menschliches tut. Man schenkt ihnen Aufmerksamkeit und macht die Welt ein bisschen besser. Jeden Abend.

ÖGZ: Und welche Rolle spielen Sie dabei?

Or Bigar: Ich bin von der Stadtverwaltung Tel Aviv eingesetzt, die Parent Patrols zu koordinieren. Die Gemeinde arbeitet mit dem Ministerium für öffentliche Sicherheit und der nationalen Behörde gegen Drogen und Alkohol zusammen. Wir sind natürlich alle sehr stolz darauf, mit so engagierten Eltern arbeiten zu dürfen. ■

INFOS:

Weitere Informationen
(andere Städte, ähnliche Schwerpunkte):

Frau Or Bigar, Bigar_o@mail.tel-aviv.gov.il

http://www.dailymotion.com/video/xed5sh_parents-patrol-assists-drunken-you_news#.UPgTX_Iz65J

<http://www.ginothair.org.il/article.php?id=129>

http://www.jewishagency.org/JewishAgency/English/Israel/Partnerships/Regions/Orakiva/News/2008/news-0108-Parents_Patrol.htm

<http://www.modiinfo.com/index.php/local-news/751-the-parent-patrol-acts-with-love-towards-the-citys-youth>



VERGABE JOUR FIXE

Mit den Top-Vergabeexperten Österreichs

Ort: Bartensteingasse 2 (3. Stock),
1010 Wien, Vortragssaal

Info & Anmeldung:
kanzlei@schramm-oehler.at
www.schramm-oehler.at

**KEINE
TEILNAHME-
GEBÜHR**

Donnerstag, 21. März 2013: „Maastricht-schonende Vergabe – Neustart für PPP in Österreich?“ mit **Thewanger** (KPMG)

Donnerstag, 18. April 2013: „Neues im Vergaberecht – Die neuesten Entwicklungen in der vergaberechtlichen Gesetzgebung“ mit **Fruhmann** (BKA)

Donnerstag, 16. Mai 2013: „Vertragsrechtliche Probleme im Vergaberecht und Nachtragsmanagement“ mit **Kropik** (TU Wien)

Donnerstag, 13. Juni 2013: „Vergabetalk – die aktuellsten Entscheidungen“ mit **Reisner** (BVA)

SCHRAMM ÖHLER
RECHTSANWÄLTE

BEZAHLTE ANZEIGE



proAct in Graz

Josip Belamarić

Das Amt für Jugend und Familie der Stadt Graz hat sich der Aufgabe verschrieben, gemeinsam mit jungen Menschen Freiräume und Möglichkeiten für ihre entwicklungsbedingten Ansprüche zu schaffen – mit dem Ziel, dass auch diese Gruppe selbstbewusst ihren Platz in der Gesellschaft einnehmen kann.

Vasiliki Argyropoulos / Amt für Jugend und Familie der Stadt Graz / Informationsmanagement und Kommunikation

ProAct gibt den Jugendlichen das Gefühl, selbst einen Hebel ansetzen zu können, um „Großes“ in der Gesellschaft zu bewegen.

Für Jugendbeteiligung gibt's auch Geld!

Junge Menschen ernst nehmen, ihnen die Chance geben, in ihrer Lebenswelt auch in Form von Kinder- und Jugendbeteiligungen mitzuzentscheiden und dafür auch noch Geld in die Hand nehmen: das ist proAct, ein Kooperationsprojekt des Referats für offene Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Graz gemeinsam mit einem freien Träger.

Das jährliche Budget von 25.000 Euro ermöglicht es, die von Jugendlichen entwickelten und von Jugendlichen gewählten Projekte professionell umzusetzen. Mittels demokratischer Abstimmung durch die Anwesenden entscheiden die Jugendlichen selbst über Sieger-Projekte und Geldvergabe.

Professionelle Begleitung

Das Besondere an proAct ist die Begleitung der Jugendlichen in allen Projektphasen durch zwei MitarbeiterInnen des Pflegeelternvereins Steiermark, jenes freien Trägers, der mit der Durchführung des Projekts von der Stadt Graz betraut wurde.

Premiere war 2011, im Jahr 2012 fand der Jugendgemeinderat zum zweiten Mal statt – und 467 Jugendliche fanden sich im April im Gemeinderatssaal des Rathauses ein, um sich und ihre Projekte zu präsentieren bzw. über die Projekte abzustimmen. So voll war dieser repräsentative Saal schon lang nicht mehr!

GewinnerInnen 2012

Gewählt und mit unterschiedlichen Summen gefördert wurden die verschiedensten Projekte von Jugendlichen, wie etwa

- „Smile for Thailand“ (Entwicklungshilfe und karitatives Engagement)
- eine Modekollektion, die auf Naturkatastrophen aufmerksam macht
- die Werkstatt für ein jugendliches KünstlerInnen-Kollektiv
- ein Talente-Workshop

Ab sofort: Ideen einreichen!

Bereits Oktober 2012 startete die neuerliche Bewerbungsphase von proAct für 2013: Ab sofort können Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren wieder ihre Ideen einreichen oder beim proAct-Info-Point über ihre Ideen sprechen und sich von Laura und Josip (Pflegeelternverein, Stockergasse 10, 8020 Graz) beraten lassen, wie sie sich am Modell beteiligen können. ■



Josip Belamarić

INFOS:

Mehr Information zu proAct 2012:
www.graz.at/cms/beitrag/10201235/313658/

Mehr Information zu proAct 2013:
www.pro-act.at/Jugendgemeinderat-Graz/

Jugendrat der Stadt Villach

Eine funktionierende Demokratie braucht Beteiligung und Mitbestimmung; und engagierte Menschen sowie Rahmenbedingungen, die dieses Engagement ermöglichen. Jugendliche zu beteiligen, heißt, dass diese bei Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, mitreden, mitgestalten und mitbestimmen können.

Gert Christian Sturm, Leiter des Jugendbüros der Stadt Villach



Jungsein in Villach heißt, ernst genommen werden

Bereits 1996 hat die Stadt Villach auf Initiative von Bürgermeister Helmut Manzenreiter begonnen, sich intensiv mit der verstärkten Einbindung junger Menschen in das Stadtgeschehen zu beschäftigen. Es gab eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema, wie junge Menschen in Zukunft nachhaltig mitgestalten und mitreden können. Bei der Entwicklung des Beteiligungsmodells war Grundvoraussetzung, die Jugend als gleichberechtigten Partner zu sehen und zu akzeptieren und ihre demokratisch gewählten VertreterInnen mit Rechten und Pflichten auszustatten.

So funktioniert Jugendbeteiligung

Die Jugendräte haben seit 1997, nach dem Villacher Stadtrecht, den Status von sachkundigen Personen und nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses für Kultur, Jugend und Frauen teil. Die Jugendräte haben außerdem im Villacher Gemeinderat das Rederecht. Der Jugendreferent und erste Vizebürgermeister Günther Albel nimmt auf Wunsch der Jugendräte an Sitzungen des Jugendrates teil und ist unmittelbare Ansprechperson der offiziellen Stadtpolitik. Der Villacher Jugendrat berichtet auch laufend dem Bürgermeister der Stadt über Entwicklungen, Ergebnisse

und Forderungen. Die laufende Betreuung der jungen Menschen erfolgt über die MitarbeiterInnen des Jugendbüros. Um den Kontakt zur Jugend zu halten, gibt es jährlich ein Jugendmitbestimmungsforum, zu welchem alle Villacher Jugendlichen eingeladen werden.

Derzeit trifft sich der Villacher Jugendrat alles zwei Wochen; die erste Sitzung im Monat ist eine öffentliche und interessierte Personen können auch daran teilnehmen.

Auch in der Realisierung von Projekten ernst nehmen

Allein die bereits erwähnte ernsthafte Einbindung der Jugendräte in die Kommunalpolitik und das Bemühen um Kontinuität der Arbeit des Jugendrates garantieren,

dass die Jugendbeteiligung in Villach nicht zur Alibi-Aktion verkommt. Wesentlich ist, dass die reiflich diskutierten, auf ihre Realisierungsreife überprüften Wünsche und Programme des Jugendrates auch tatsächlich verwirklicht werden. Im Laufe der letzten Jahre ist die Liste der umgesetzten Forderungen und Projekte der Jugendräte beachtlich angewachsen. Dazu gehörte die Einrichtung von Band-Proberäumen, der Bau von Trendsportanlagen, die Schaffung einer Villacher Jugendcard mit vielen Vorteilen und Vergünstigungen, die Einbindung von Jugend-Kulturgruppen mit Migrationshintergrund beim „Interkulturellen Straßenfest“ bis hin zu kleineren Anliegen, wie die Errichtung von Zebrastreifen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. ■

INFOS:

Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Villacher Jugendrat im Laufe der Zeit:

Wahljahr:	1997	1999	2001	2003	2005	2007	2009	2011
Wahlbeteiligung:	331	276	490	611	1161	1555	1252	1317

Der Jugendrat

- Funktionsperiode 2 Jahre
- 17 Mitglieder
- Aktives und passives Wahlrecht 14 bis 19 Jahre (für alle Villacher Jugendlichen sowie alle, die in Villach eine Schule besuchen, eine Lehre absolvieren oder einer regelmäßigen Beschäftigung nachgehen)
- Wahllokale in Schulen, Jugendzentren
- In 15 Jahren waren 128 Jugendliche als Jugendräte aktiv

Infos: www.jugendlebstadt.at

Jugend in Aktion

Das EU-Programm „Jugend in Aktion“ fördert Jugendprojekte. Im Jahr 2013 stehen in Österreich dafür rund 3,7 Millionen Euro bereit. Wels, Kirchheim im Innkreis, Schwarzenau und Wörgl waren Austragungsorte der Jugendinitiativen aus verschiedenen Ländern.



Seit mehr als zehn Jahren besteht zwischen Wels und der deutschen Stadt Straubing eine Städtepartnerschaft. Hier entstand auch die Idee, die Jugendlichen aus diesen beiden Partnerstädten zusammenzubringen und weitere Partnerstädte schlossen sich an. Im Sommer 2012 trafen sich unter dem Titel „Games without Limits“ 25 Jugendliche aus Deutschland, Tschechien, Ungarn und Frankreich mit der Welser Jugend. Finanzielle Unterstützung erhielt das Projekt durch das EU-Programm JUGEND IN AKTION.

EU-Förderung für Jugendprojekte

Mit „Jugend in Aktion“ unterstützt die EU außerschulische Projekte von und für junge Menschen zwischen 13 und 30 Jahren. Im Jahr 2013 stehen in Österreich dafür rund 3,7 Millionen Euro an Fördermitteln bereit. Begegnungen von Jugendgruppen aus verschiedenen Ländern, aber auch lokale Jugendinitiativen, der Europäische Freiwilligendienst oder Jugendbe-

teiligungsprojekte werden durch das Programm unterstützt. Drei Mal im Jahr – 1. Februar, 1. Mai und 1. Oktober – können Projektideen eingereicht werden. „Manches Mal sind es die Jugendlichen selbst, die eine Idee für ein Projekt haben. Manches Mal wird im Jugendzentrum oder in der Gemeinde eine Idee geboren. Wichtig dabei ist, dass die Jugendlichen von Anfang an aktiv in die Projektentwicklung eingebunden sind“, so Gerhard Moßhammer, Leiter des Interkulturellen Zentrums - Österreichische Nationalagentur „Jugend in Aktion“.

Wels: über eigene Grenzen hinauswachsen

Sport und erlebnispädagogische Spiele standen bei der Jugendbegegnung in Wels im Mittelpunkt. Neben lustigen Bewerben, wie z.B. Gras-Skilaufen oder Gummistiefel-Weitwerfen, gab es auch spannende Aufgaben im Hochseilgarten zu meistern. Und beim Feuerlauf konnten

eigene Grenzen und Ängste überschritten werden. Spielerisch lernten sich die Jugendlichen dabei besser kennen. Ihre soziale Kompetenz wurde gefördert und zugleich Verantwortung, Rücksichtnahme und Toleranz trainiert.

Kirchheim im Innkreis: Gemeinsam in die Zukunft schauen

„Wie muss eine Gemeinde aussehen, damit Jugendliche gerne dort leben?“ – diese Frage stellten sich 60 Jugendliche aus insgesamt elf Ländern bei einer Jugendbegegnung in Kirchheim im Innkreis. Sie beschäftigten sich mit Fragen der Nahversorgung in kleinen ländlichen Gemeinden, mit Infrastruktur und Freizeitangeboten, aber auch mit dem Thema „Landflucht“. Herausforderungen und Probleme wurden identifiziert und gemeinsam Lösungsvorschläge erarbeitet. Ihre Ergebnisse präsentierten die Jugendlichen schließlich den VertreterInnen aus

Verantwortung, Rücksichtnahme und Toleranz standen im Mittelpunkt des EU-geförderten außerschulischen Projektes, an dem junge Menschen zwischen 23 und 30 Jahren teilnehmen konnten.



Fotos: JUGEND IN AKTION

der Gemeindepolitik sowie Landesrätin Doris Hummer beim gemeinsamen Abschlussabend. Zeit zur kreativen Auseinandersetzung gab es in verschiedenen Workshops: Aus leeren Kaffeepackungen entstanden Taschen, aus alten Musikinstrumenten wurden Kochtöpfe gebastelt, T-Shirts wurden gestaltet und das Schuhplatteln gelernt.

Schwarzenau: Radeln für den Klimaschutz

Klimaschutz und Jugendkultur standen bei einer Jugendbegegnung im Sommer 2011 in der Marktgemeinde Schwarzenau im Waldviertel im Mittelpunkt. Schwarzenau liegt in einer Klima-Energie-Modellregion und so lag es auf der Hand, sich mit diesem Thema vertiefend auseinanderzusetzen. Neun Tage verbrachten 22 junge Gäste aus Irland bei ihren jungen Kollegen und Kolleginnen in Schwarzenau. Neben verschiedenen Exkursionen, z.B. zum energieautarken Biobauernhof

in Merkenbrecht oder zur Biogasanlage in Schlag, gab es auch Workshops zum Thema alternative Stromgewinnung und Energiesparen. Unterwegs waren die Jugendlichen dabei fast ausschließlich mit dem Fahrrad, insgesamt wurden damit 300 km zurückgelegt.

Wörgl: Jugendliche in die Stadtgestaltung einbinden

Auch Jugendkoordinator Klaus Ritzer aus Wörgl kennt das EU-Programm: „Lerne deine Stadt kennen und deine Stadt wird dich kennenlernen“, lautete der Titel des Jugendbeteiligungsprojektes in Wörgl, das von „Jugend in Aktion“ unterstützt wurde. Im Rahmen des Projekts wurden Jugendliche eingeladen, aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Raums in Wörgl mitzuwirken und ihre Bedürfnisse und Wünsche mit Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung zu diskutieren. Über eineinhalb Jahre lief das Projekt. In Workshops wurden Themen und Anlie-

gen der Jugendlichen gesammelt. Anschließend trafen die Jugendlichen mit VertreterInnen aus Politik und Verwaltung zusammen, um gemeinsam darüber zu diskutieren. Fünf konkrete Projekte wurden schließlich in eigenen Arbeitsgruppen weiter verfolgt und praktisch umgesetzt, wie z.B. die Errichtung von Sitzmöbeln im öffentlichen Raum oder die Gestaltung einer Wand der Volksschule Wörgl in Graffiti-Art. ■

INFOS:

Mehr Informationen zum EU-Förderprogramm auf:
www.jugendinaktion.at
sowie bei der **Österreichischen Nationalagentur**
- Interkulturelles Zentrum
„Jugend in Aktion“
Lindengasse 41/10
1070 Wien
und bei den regionalen Beratungsstellen für
JUGEND IN AKTION in Ihrem Bundesland.

Studien ergeben eine geschlechterbezogene Stadtnutzung bei Jugendlichen, wobei der Migrationshintergrund eine wesentliche Rolle spielt.



Stadt und soziale Praxis

Eine Erkundung von Graz an den Achsen Geschlecht, Migration und Jugend. Wie wird eine Stadt zu „meiner“ Stadt? Während sich die ältere Stadtsoziologie vor allem mit der Stadt als einer von Menschen unabhängigen äußeren Gegebenheit beschäftigte, hat sich die Perspektive in der Stadtforschung in den letzten Dekaden deutlich hin zu den Lebensverhältnissen ihrer BewohnerInnen verschoben.

Elli Scambor, wissenschaftliche Koordinatorin im Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark

Die Frage nach der Konstitution und Entwicklung von Städten lässt sich beantworten, wenn wir uns mit den sozialen Praktiken und Alltagsmobilitäten ihrer BewohnerInnen auseinandersetzen. Dort setzt das im Jahr 2008 in Graz durchgeführte Sozialwissenschaft- und Medienkunstprojekt „Intersectional Map“ an, dessen Ergebnisse im kürzlich erschienenen Buch „Die intersektionelle Stadt“ publiziert wurden. Das Projekt konzentrierte sich darauf, die Entstehung der Stadt aus den alltäglichen Handlungen ihrer Bewohner und Bewohnerinnen zu erfassen. Durch unsere alltäglichen Handlungen schaffen wir den Raum, der uns umgibt. Der städtische Raum ist damit zuallererst und beständig ein gesellschaftlicher Raum.

Die empirische Studie im Rahmen dieses Projekts – eine Befragung von 1650 BewohnerInnen der Stadt Graz – beschäftigt sich mit der Frage, wie die Stadt Graz für die befragten Personen zu ‚ihrer‘ Stadt wird. Aus den Ergebnissen konnten zwei Muster der Konstitution von Stadtraum deutlich herausgearbeitet werden:

(Ent)lokalisierte Netzwerke

Die Mobilitätsmuster unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen unterscheiden sich abhängig von Bezirk und Migrationshintergrund. Die vorliegenden Ergebnisse weisen in Richtung lokaler sozialräumlicher Netzwerke bei Nicht-EU-BürgerInnen im Unterschied zu entlokalisierten Netzwerken von Personen ohne Migrati-

onshintergrund. Die Bedeutung des gemeinsamen Lebensraums scheint demnach vor allem in sogenannten ‚Migrationsbezirken‘ hoch zu sein. Dabei handelt es sich um jene Bezirke, in denen Menschen zu meist in ähnlich marginalisierter sozialer Lage einander räumlich nahe stehen.

Komplexe Mobilitäten

Andererseits konnte gezeigt werden, dass die Kombination der Merkmale „Geschlecht“ und „Kinder unter 14 Jahren im gemeinsamen Haushalt“ in besonderer Weise dazu geeignet scheint, unterschiedliche Muster der Stadtnutzung zu begünstigen. Kinder unter 14 Jahren erhöhen die Mobilität im Stadtraum. Personen mit Kindern legen alltäglich mehr Wege zu-

rück und suchen mehr Orte auf als andere StadtbewohnerInnen. Interessantes Detail: Dieser Zusammenhang zeigt sich nur bei Frauen. Die Mobilitäten bei Männern mit Kindern unter 14 Jahren – vorwiegend zur Erwerbsarbeit und wieder zurück – bleiben davon weitgehend unbeeinflusst. Detaillierte Analysen komplexer Mobilitätsmuster bei Frauen mit Kindern konnten den Blick freigeben auf zusätzliche Orte und Wege, die mit Familien- und Betreuungsarbeit verbunden waren.

Jugendliche bewegen sich anders

Im Rahmen einer Folgestudie mit Jugendlichen im Stadtraum von Graz (2008 bis 2009) wurde insbesondere der Frage nachgegangen, in welcher Weise Jugendliche die Stadt erschließen, wie sich „Jugendräume“ in der Stadt konstituieren und welche Angebote der *Offenen Jugendarbeit* dabei genutzt werden.¹ Dazu wurden Jugendliche an ausgewählten Orten, sogenannten „Hot Spots“, in der Stadt Graz befragt. Kurz zu den Ergebnissen dieser Studie: Alltagsmobilitäten der befragten Jugendlichen in der Stadt Graz können als „einfach“ bezeichnet werden. Sie legen kurze alltägliche Wege zurück und suchen eine geringe Anzahl alltäglicher Orte auf. „Jugendräume“ in der Stadt Graz umfassen vorwiegend Orte wie Parks, Jugendzentren, Einkaufszentren oder andere Treffpunkte in naher Umgebung vom Zuhause. Dabei lassen sich deutliche Geschlechterunterschiede feststellen.

Geschlechterbezogene Stadtnutzung bei Jugendlichen

Beliebte Orte von Jugendlichen, die beispielsweise in Griesplatznähe (Migrationsbezirk) wohnen, umfassen vor allem den angrenzenden Augarten (Park) und den Jakominiplatz (Knotenpunkt für öffentlichen Verkehr in Graz). An diesen öffentlichen Orten der Stadt sind hauptsächlich Burschen anzutreffen. Der Augarten wird beispielsweise zu 83% von Burschen und zu 17% von Mädchen frequentiert. Der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist dabei sehr hoch, was vor allem auf die Bevölkerungsstruktur in diesem Stadtbezirk zurückzuführen ist, aber auch auf den Umstand, dass Jugendliche

vereinzelt lange Wege zurücklegen, um die Peer-Community zu treffen. Mädchen sind nachmittags deutlich häufiger als Burschen zu Hause anzutreffen. Viele Mädchen gehen morgens zur Schule und von dort nachmittags wieder nach Hause, wo sie den Rest des Tages verbringen. Auch die schulische Nachmittagsbetreuung wird häufiger von Mädchen frequentiert als von Burschen.

Nutzung betreuter Freizeitangebote durch Jugendliche

Geschlechterunterschiede zeigen sich auch in der Nutzung betreuter Freizeitangebote. Eines von drei befragten Mädchen und zwei von drei Burschen nutzen betreute Freizeitangebote. Dabei fällt auf, dass Mädchen ein breiteres Nutzungsspektrum aufweisen als Burschen. Letztere konzentrieren sich vorwiegend auf Jugendzentren und Sportangebote. Dies spiegelt sich auch in der Nennung wesentlicher Angebote im Bereich der *Offenen Jugendarbeit* wider. Gender-Themen (z.B. „dass viele Mädchen dabei sind“) und Gewaltfreiheit sind Aspekte, die hauptsächlich von den befragten Mädchen als wesentlich erachtet wurden. Dafür nennen die Burschen häufiger als Mädchen „sportliche Aktivitäten“, „Multikulturelle Angebote“ und „muttersprachliche Betreuung“ werden hingegen geschlechterübergreifend als wichtige Aspekte der Jugendarbeit betrachtet.

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass sowohl Migrationshintergrund als auch Geschlecht einen deutlichen Einfluss auf die Nutzung und damit Konstitution von Stadtraum haben. Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen nutzen die Stadt auf vielfältige Weise. Stadtplanung und Stadtentwicklung „für alle“ übersieht diese Unterschiede und Dynamiken oft und ist deshalb gut beraten, den unterschiedlichen Lebensverhältnissen der BewohnerInnen künftig mehr Aufmerksamkeit zu schenken. ■

¹ Diese Studie wurde vom Forschungsbüro des Vereins für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark durchgeführt und war Teil des Projekts „Offene Jugendarbeit und Integration in Graz“. Bestandserhebung und Planungsgrundlage 2008/2009. Das Projekt wurde vom Integrationsreferat der Stadt Graz in Auftrag gegeben und vom Dachverband für Offene Jugendarbeit koordiniert. Mehr dazu unter: http://www.dv-jugend.at/fileadmin/user_upload/Pdfs/OJA_Integration_Graz09.pdf



INFOS:

Elli Scambor, Fränk Zimmer (Hg.): *Die intersektionale Stadt. Geschlechterforschung und Medienkunst an den Achsen der Ungleichheit*. Bielefeld: transcript (2012)

Welche Muster sozialer Ungleichheit konstituieren städtischen Raum? Welche Rolle spielen soziale Kategorien wie Geschlecht und Migration dabei? Dieses Buch stellt mit dem Projekt „Intersectional Map“ und daran anknüpfenden Beiträgen von Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Disziplinen anschaulich dar, wie komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge erfasst und u.a. durch medien-künstlerische Praxis erlebbar gemacht werden können. Die multidisziplinäre Perspektive eröffnet dabei neue Wege der praktischen Umsetzung und Ausgestaltung des intersektionalen Paradigmas. Mit einem Vorwort von Carol Hagemann-White sowie Beiträgen von Katharina Walgenbach, Dörte Kuhlmann u.v.a.

Mag.^a Elli Scambor, Soziologin, Pädagogin; Lektorin an Universitäten in Graz (Soziologie, Gender Analyse, Gender und Raum) und im FH-Lehrgang für Akademische Jugendsozialarbeit; Wissenschaftliche Koordinatorin im Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark; Kritische Männerforschung und Geschlechterforschung, Resilienz- und Gewaltforschung, Diversitäts- und Intersektionalitätsforschung; Mitglied der GenderWerkstätte Graz; Managing-Diversity-Expertin.

<http://www.vmg-steiermark.at/>
<http://elliscambor.mur.at/>





Mehrfachnutzung von Schulhöfen für Events, betreute Animation und als städtischer Freiraum.



Baulücken erweitern das Freiraumangebot für die Umgebung, sei es auch nur temporär.



Für Jugendliche: „Spielraum Underground“.

Vermittlung findet Stadt!

„Einfach-Mehrfach“ ist ein strategisches Projekt der Stadt Wien. Urbaner Raum in einer wachsenden Stadt ist nicht vermehrbar und viele verschiedene Nutzungen konkurrieren um den begrenzten Platz. Wichtig daher: die effiziente Verwendung der bestehenden Ressourcen und das den Gemeinsinn fördernde Teilen als Haltung und als Zeichen für sozialen Ausgleich.

Jutta Kleedorfer, Projektkoordinatorin für Mehrfachnutzung, Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18) in Wien

Bereits 1998 wurde mit Erlass der Bau- und Betriebsdirektion Wien die Projektkoordinatorin für Mehrfachnutzung eingesetzt: „Angesichts steigender Nutzungsansprüche an begrenztem Raum und der Notwendigkeit des ressourcenschonenden und sparsamen Einsatzes von Mitteln, hält die Stadt Wien ‚Mehrfachnutzung‘ für ein geeignetes Mittel zur Vergrößerung sozialer Aktionsräume in der Stadt. Gedacht ist an eine stufenweise Erweiterung vom derzeitigen Schwerpunkt – städtische Grün- und Freiräume – auch auf umbaute Räume und andere Grundeigentümer.“ Der Projektkoordination war es immer sehr wichtig, Mehrfach- und Zwischennutzung nicht als Alternative zur öffentlichen Grünraumpolitik zu sehen, sondern als Ergänzung. Das Projekt „Einfach-Mehrfach“ kann sehr individuell lokale und nutzungsspezifische Probleme und Notwendigkeiten aufgreifen und besonderen Bedarfslagen, auch durch tempo-

räre Angebote, begegnen. Diese BürgerInnen- und KundInnenorientierung sowie die Flexibilität und Reaktionsgeschwindigkeit wurden oft als zeitgemäße Anwendung von Verwaltungsmodernisierung genannt und korrelieren positiv mit auch international beobachteten Tendenzen von Stadterneuerung und Stadtentwicklung (Zwischennutzung, kulturelle Zwischennutzung, passgenaue Lösungen für unterschiedliche Gruppen und Orte, ...).

Mehrfachnutzung von Schulen

Schulsportanlagen und Schulfreiflächen sind aus Sicht vieler Kinder und Jugendlicher, vor allem außerhalb der Schulzeiten, sehr begehrte Orte. Anders als in der Schweiz oder den Niederlanden war und ist es zum Teil in Wien noch keinesfalls selbstverständlich, diese Angebote nachmittags, an den Wochenenden oder in den Ferien allgemein zu öffnen und als Quartiersinfrastruktur zu begreifen.

Schulerhalter der städtischen Pflichtschulen sind in Wien die Bezirke, die für diese Aufgaben im Rahmen der Dezentralisierung neben Gemeindestraßen, öffentlichen Grünflächen, Kindergärten und außerschulischer Jugendarbeit auch budgetär verantwortlich sind.

Effizienz – kommunalwirtschaftlich gedacht – bedeutet, die Gesichtspunkte von Schulerhalter, Direktorium, Lehrkörper, Schularwart und Elternverein zu verlassen und an die wichtige Aufgabe der Schule, auch für die Umgebung, zu denken.

Gerade bei den ganztägigen Schulformen ist das Schularreal nicht nur der Bildungs-ort, sondern auch der Spiel- und Freizeitort, von dem aus ein Kind seine Rolle als StadtbewohnerIn definiert. Die Durchlässigkeit von „innen“ und „außen“ ist sehr wichtig und trägt zur Sozialisierung bei. Die Pädagogik hält räumliches „Aneignungsverhalten“ bei Kindern und Jugendlichen entwicklungsbedingend für not-



ÖBSS, Schwarz



MA 18

Die „Gürtel-Mittelzone“ (hier der Gaudenzdorfer Gürtel) bietet sich als Aktiv- und Sportbereich an.



MA 18

Der Gemeinschaftsgarten „Norweger Viertel“ ist ein gutes Beispiel für „gemeinsames Gärtnern“.

wendig. Von außen zugängliche Schulsportanlagen, entsprechend robust geplant und gestaltet, spielen hier eine ebenso wichtige Rolle wie „Exkursionen“ in die städtische Umgebung im Rahmen des Schulalltags. In Wien gibt es eine große Bandbreite unterschiedlicher Modelle auf Schulhöfen: von Einzelevents, über ausschließlich betreute Animation außerhalb der Schulstunden sowie regelmäßige Öffnung nachmittags, an den Wochenenden und in den Ferien, bis hin zur „Schule ohne Zäune“, dem sogenannten ACTiN Park in Hirschstetten.

Zwischennutzung

Das ist die temporäre Bespielung von Flächen, die sich überwiegend nicht im Grundbesitz der Stadt befinden. Die Zwischennutzung läuft unter dem Motto „Baulücken können mehr als nur Autoabstellplätze sein ...“.

Allerdings musste für diese Kategorie zunächst einmal die schwierige Frage der Haftung geklärt werden. Die Lösung besteht darin, dass die Wiener Städtische Versicherung bereit ist, Fremdbesitz wie stadteigene Areale ohne Mehrkosten mitzuversichern, wenn solche für einen nicht-kommerziellen Zweck bereitgestellt und von einer grundverwaltenden Dienststelle übernommen werden (meist dem Stadtgartenamt).

Beispiele für Zwischennutzungen in der Baulücke sind das Freiluftkino, ein temporärer Beachvolleyballplatz oder der Nachbarschaftstreff.

Kulturelle Zwischennutzung

Nicht nur die sogenannten „Alternativen“, sondern durchaus auch arrivierte Kunstproduktionen bis hin zu den „Wiener Festwochen“ bespielen immer wieder gerne „Off-spaces“. Eine neue Nachfragekategorie ergibt sich auch durch die Kreativwirtschaft und junge Starterökonomien, die sehr bewusst den direkten Kontakt zum öffentlichen Raum suchen und damit oft wirkungsvoll Quartiersentwicklung mitbetreiben.

Die Projektkoordination für Mehrfachnutzung unterstützt Personen, Initiativen, Institutionen, Dienststellen der Stadt Wien und Bezirke in ihren Ambitionen, neue Angebote zu setzen und vermittelt dabei zwischen AnbieterInnen und InteressentInnen. Das Projekt plant nicht, sondern greift Ideen auf und reagiert auf lokale Konflikte und Anlassfälle. Mehrfach- und Zwischennutzung ist kein exklusives Programm für „shrinking cities“ mit großen Brachen, es lässt sich auch sehr sinnvoll in wachsenden Städten anwenden.

„Der Wiener Weg“

Partizipation, Gender Mainstreaming und Diversität als ernst gemeinte Grundhaltung werden ständig mitgedacht. Jugendliche sind die ExpertInnen ihrer Lebenswelten und ergänzen mit ihren Ideen Stadtplanung und Jugendpolitik. Der Wiener Weg zur Konfliktminderung, „statt Verbote zusätzliche Angebote setzen“, ermöglicht ein „sich aus dem Weg gehen können“ und bietet damit Alternativen an.

Über die Gestaltung und Ausstattung kann die Eignung verdeutlicht und das Verhalten (dezent) gelenkt werden. Hier können Standorte mitspielen, deren Wert man auf den ersten Blick nicht sieht. So ist z.B. ein Teil des Gaudenzdorfer Gürtels heute Aktiv- und Sportbereich und unter einer Autobahnabfahrt entstand ein Raum für Jugendaktivitäten.

„Gemeinsam Gärtnern“

Nachbarschaftsgärten greifen das Thema der sich „verändernden Stadt“ und neuer BewohnerInnenansprüche der aktiven Beteiligung konstruktiv auf. Sie schaffen Atmosphäre, ermöglichen Kommunikation und fördern das Zusammenleben.

„Vermittlung findet Stadt“

Das ist das Motto der Projektkoordination für Mehrfachnutzung, die nicht Planung im üblichen Sinne betreibt, sondern sich als Strukturförderungsinstrument begreift. Die Prinzipien „networken“, „kooperieren“ sowie „Ressourcen und Leistungen austauschen oder zusammenlegen“ entsprechen dem Zeitgeist und dem Gedanken einer modernen Verwaltung. Wichtig ist es, die vielen Aufgaben einer Stadt nicht lediglich betriebswirtschaftlich einzel-optimierend, sondern vor allem auch kommunalwirtschaftlich zu betrachten. Hier gilt es, die eigenen Ressourcen auszuloten und neue Wege mit neuen KooperationspartnerInnen auszuprobieren. ■

INFO: www.einfach-mehrfach.wien.at

„§-OIDA“-Kampagne in Graz

Eine Initiative der Stadt Graz gegen sexuelle Übergriffe und Gewalt an Jugendlichen.

Sexuelle Übergriffe und Gewalt finden bedauerlicherweise täglich statt. Besonders auffallend ist in diesem Zusammenhang die steigende Anzahl von Vorfällen sexueller Belästigung bzw. sexueller Übergriffe unter Jugendlichen. Gemäß nationaler und internationaler Studien sind 40 Prozent der Opfer, aber auch der TäterInnen minderjährig, d.h. unter 18 Jahre alt. Die meisten dieser Delikte ereignen sich in der Regel im Umfeld der Jugendlichen – Schule, Disco, Jugendtreffpunkte bzw. in der Wohnung des Opfers oder des/der Täter/s/in. Die Dunkelziffer bei sexuellen Übergriffen unter Jugendlichen ist hoch, weil diese kaum Anzeige erstatten. Laut einer Schweizer Studie ist aber jedes dritte Opfer sexueller Gewalt Opfer einer/s minderjährigen Täterin bzw. Täters.

Warum werden nur so wenige Vorfälle angezeigt?

Vor allem minderjährige Mädchen nennen folgende Gründe:

- „... weil Erwachsene ihnen sowieso nicht glauben.“
- „... weil sie mit der Polizei nichts zu tun haben wollen.“
- „... weil sie das schon selber regeln.“

In diesem Zusammenhang ist auch bedeutsam, dass 50 Prozent mehr Mädchen als Burschen Opfer von sexuellen Handlungen werden. In etwa viermal so viele Mädchen wie Burschen vertrauen sich jedoch in der Folge jemandem an.

Sexuelle Gewalt ist KEIN Kavaliersdelikt!

Der Umstand, dass immer mehr minderjährige SexualtäterInnen zu verzeichnen sind, und die Tatsache, dass minderjährige Opfer beider Geschlechter in so geringem Ausmaß Hilfe bei Erwachsenen bzw. der Exekutive suchen, hat das Referat Frauen & Gleichstellung veranlasst, eine Präventi-



Verena Vlach, Leiterin der Beratungsstelle TARA, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Priska Pschaid, Leiterin Referat Frauen & Gleichstellung, Dr.ⁱⁿ Martina Schröck, Frauenstadträtin, und Yvonne Seidler, Leiterin der Beratungsstelle HAZISSA, präsentierten die „§-OIDA“-Kampagne im November 2012 der Öffentlichkeit (v.l.).

onsbroschüre für Mädchen ab 14 Jahren in Auftrag zu geben. Die fachspezifische Ausführung übernahm „HAZISSA - Fachstelle für Prävention sexualisierter Gewalt“ mit Unterstützung von „TARA - Beratung und Therapie bei sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen“.

Thematische Schwerpunkte:

- Aufklärung über die eigenen Rechte und
 - Sensibilisierung dafür, dass sexuelle Gewalt KEIN Kavaliersdelikt, sondern ein strafrechtlich verfolgter Tatbestand ist.
- Sieben unterschiedliche Foto-Sujets informieren über einzelne themenspezifische Paragraphen des Strafgesetzbuches und bieten eine umfangreiche Auflistung von Anlaufstellen und Unterstützungsangeboten für Opfer von sexueller Gewalt an. Der Informationskampagne ist eine T-Shirt-Aktion angeschlossen. Der jeweilige „§“ auf der Vorderseite und der dazugehörige Tatbestand samt Strafausmaß auf der Rückseite der T-Shirts kommen besonders

gut unter UV-Licht zur Geltung, weil die Schrift dann zu leuchten beginnt. Die gegenständliche Informationsbroschüre ist ein erster Schritt. Die Kampagne wird 2013 fortgeführt und im Sinne der Gleichstellung auch auf Burschen ausgeweitet. ■

INFOS:

Mehr zur Kampagne und fachspezifische Informationen:

- HAZISSA - Fachstelle für Prävention sexueller Gewalt
Kontakt: Mag.^a Yvonne Seidler, y.seidler@hazissa.at, www.hazissa.at
- Referat Frauen & Gleichstellung - Stadt Graz
Kontakt: frauenreferat@stadt.graz.at, www.frauen.graz.at
- TARA - Beratung und Therapie bei sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen
Kontakt: Verena Vlach, verena.vlach@taraweb.at, www.taraweb.at

Ideen für einen sorgsamem Umgang mit „Neuen Medien“

Medienkompetenz wird für Kinder und Jugendliche immer wichtiger, um sich im „World Wide Web“ nicht zu „verstricken“. Aus diesem Grund widmete sich der 12. Klagenfurter Gesundheitspreis dem Thema „Neue Medien“.

Birgit Vouk, Pressesprecherin; Vzbgm. Maria-Luise Mathiaschitz
(Referate: Gesundheit, Schulen, Kindergärten und Horte, Stadtplanung Klagenfurt)



Seit zwölf Jahren motiviert der von Vzbgm. Dr. Maria-Luise Mathiaschitz ins Leben gerufene Wettbewerb Menschen unterschiedlichster Altersklassen, in Sachen Prävention und Erhalt der Gesundheit kreativ zu werden. Als Medizinerin ist es ihr besonders wichtig, das Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung, in Kindergärten, Schulen, in Firmen und Vereinen zu stärken. Der 12. Klagenfurter Gesundheitspreis verschrieb sich dem Motto „Neue Medien“, um für Klagenfurts Kinder und Jugendliche Plattformen zu erarbeiten, bei denen ein bewusster Umgang mit Neuen Medien transportiert werden kann. Handy, Internet sowie Social Networks sind aus unserer heutigen Kommunikationswelt nicht mehr wegzudenken – genau aus diesem Grund besteht hier großer Aufklärungsbedarf. Im Rahmen eines Ideenwettbewerbes konnte jeder – egal ob Einzelperson oder Institution – mitmachen und sich aktiv und kreativ für Klagenfurts Gesundheit beteiligen. Unter den prämierten Einreichungen finden sich originelle Ideen, wie Erwachsene gemeinsam mit den Jugendlichen Medienkompetenz erarbeiten können. „Neue Medien nehmen mittlerweile einen gewichtigen Beitrag im Alltag der Jugendlichen ein. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, ein gesundes Bewusstsein für den richtigen Umgang mit den vielfältigen Angeboten zu schaffen und die Medienkompetenz zu steigern“, meint Mathiaschitz.

Die Siegerprojekte

Insgesamt wurden mehr als 30 Projekte eingereicht, welche in den drei Kategorien 5- bis 11-Jährige, 12- bis 18-Jährige und 19 Jahre und älter bewertet wurden. Die

Kriterien setzten sich zusammen aus der Einprägsamkeit, allgemeinen Verständlichkeit, dem Aufforderungs-Charakter, der Realitätsnähe, der Nachhaltigkeit, und ob das Konzept „kurz & cool“ beschrieben ist. Das Projekt „Auf den ersten Klick! Klagenfurt 4you“ vom Jugendzentrum Media Point wurde mit dem Sonderpreis des Landes Kärnten durch Gesundheitsreferent Dr. Peter Kaiser ausgezeichnet. Gemeinsam mit dem Media-Point-Team entwickelten Jugendliche ein Konzept für eine virtuelle Jugendzeitschrift mit aktuellen Beiträgen aus Klagenfurt. Als Plattform der Zeitschrift dient Facebook, was das direkte Mitwirken der LeserInnen ermöglicht.

Kategorie 5- bis 11-Jährige

„Klagenfurt ist medienkompetent“ wurde vom Pädagogen Andreas Gross konzipiert. Mittels kindgerechter Comic-Stories könnte das Thema rund um die „Neuen Medien“ von Kindern für Kinder verständlich gemacht werden. Durch die Erschaffung von Comic-Helden – dies könnte zum Beispiel der fiese Computer-User „Hacker Harry“ oder der smarte, verantwortungsbewusste „Checker-Charly“ sein – sollen auf lustige Weise Geschichten über das Internet erzählt werden, um schon die Kleinsten mit dem Thema vertraut zu machen.

Kategorie 12- bis 18-Jährige

„Bewegung und Sport mit APP“ zeigt auf, wie ein

Smartphone zielgerichtet eingesetzt werden kann, um sportliche Leistungen zu optimieren. Zwei Klassen aus der Polytechnischen Schule Klagenfurt reichten das Projekt gemeinsam mit ihren Lehrerinnen ein, das bereits erfolgreich im Unterricht umgesetzt wird.

Mit der App „Runtastic Pedometer Pro“ soll die Motivation zur Bewegung gefördert werden, was sich bereits erfolgreich in der Kondition der Schülerinnen und Schüler widerspiegelt.

Kategorie 19 Jahre und älter

„Jugend ohne Beschäftigung“ wurde von der gemeinnützigen Kommunikations GesmbH „4everyoung“ eingereicht. Zielsetzung ist es, Jugendliche weg von der Straße, hin zur Ausbildung und zu einem interessanten Job sowie geregelten Leben zu bringen. Es wird das Interesse der Jugendlichen am Computer sinnvoll eingesetzt und auf eine professionelle Ebene gehoben, um die Chancen am Arbeitsmarkt zu erhöhen. ■



Via Handy und Internet individualisieren Jugendliche ihre Kommunikation: Sie schließen soziale Kontakte und bilden sich ihre Meinung.

Shutterstock

Ganz easy: „Salzburg 5020“ – Diskutiere den Jugendplan mit!

Viele Jugendliche haben tolle Ideen, wie sie das Leben in unserer Stadt verbessern können. Sie wollen etwas bewegen und für sich und andere neue Freiräume und Möglichkeiten schaffen: das schreibt die Stadt Salzburg in einem „Vertrag“ zwischen den jungen SalzburgerInnen und der Stadtpolitik im Jugendplan „5020“ fest.

Jochen Höferrer, Jugendbeauftragter der Stadt Salzburg

Die Weltgesundheitsorganisation WHO definiert Lebensqualität als die subjektive Wahrnehmung einer Person über ihre Stellung im Leben in Relation zur Kultur und den Wertsystemen, in denen sie lebt und in Bezug auf ihre Ziele, Erwartungen, Standards und Anliegen. Dieses Verständnis von Lebensqualität auf junge Menschen in Salzburg zu übertragen, ist die Grundintention des Jugendplans „Salzburg 5020“. Faktoren, die einen Einfluss darauf haben, sind die psychosoziale Gesundheit, soziale Beziehungen sowie der Grad der (sozialen) Interdependenz einer Person. Gesundheit, Kultur, Sport, Umwelt, Freizeitmöglichkeiten und -gestaltung sind demnach zentrale Faktoren, um Lebensqualität und ein positives Miteinander der Jugendlichen in Salzburg zu garantieren.

Nach dem Jugendkongress 2012 ist für die Stadt Salzburg wieder ein Füllhorn voll Ideen da. Diese wurden ausgewertet und münden nun im großen Jugendplan „Salzburg 5020“. „5020“ steht hier nicht nur für die Postleitzahl der Stadt Salzburg, son-

dern auch für 50 Verbesserungen und 20 Projekte in den jugendlichen Lebenswelten der Stadt Salzburg. Präsentiert wurde der fertige Jugendplan mit März 2013: er steht unter „www.salzburg5020.at“ zum Download bereit. Die Stadt investiert pro Jahr rund 500.000 Euro in den Jugendfreizeitbereich.

Die Almwelle, der Salzbeach, das Movida-Festival, Skater- und Kletterparks, das Jugendförderungsprojekt „Streusalz“ oder die Ferien-Angebote des „Sommerpaß“ sind einige Beispiele dafür, wie viel sich während der letzten zwei Gemeinderatsperioden getan hat.

Was macht den Jugendplan so besonders?

Gesucht wurden Ideen für das junge Salzburg, für die Optimierung der Infrastruktur für jugendliche Bedürfnisse und für politische Bildung und Jugendbeteiligung. Aktionen wie die T-Shirt-Werkstätte „Du bist Salzburg“ holten die Jugendlichen an ihren bevorzugten Freizeit-Plätzen ab. Am Tag des Jugendkongresses fand die fast fünfmonatige Dialogphase ihren Höhepunkt. In der Tribüne Lehen wurden die Ideen zusammengeführt, geordnet und gebündelt. Ziel ist die Formulierung eines Maßnahmenpakets für



die Weiterentwicklung der Jugendstadt Salzburg.

Danach konnten alle Salzburger Jugendlichen in einem „Etherpad“ auf der Website www.salzburg5020.at den Jugendplan „ganz easy“ mitdiskutieren und ihre Ideen reinposten: ihre Meinung war nur einen Mausklick entfernt. Es ging ganz einfach: bis zum 30. November durften sie die „Beta-Version“ des Jugendplans bearbeiten. Sie schrieben über ihren „persönlichen“ Freiraum, über die Unterstützung für eigene Aktivitäten, Informationen aus Stadtverwaltung und Stadtpolitik auf „jungen“ Kommunikationsschienen und die Forderung, bei jugendrelevanten Entscheidungen gefragt zu werden. Ein wichtiges Thema war die Mobilität: vor allem günstige und gut vernetzte Verbindungen auch spät abends und zwischen Stadt und Umlandgemeinden.

Genau darum gibt es nun den Jugendplan „Salzburg5020“: damit die jungen SalzburgerInnen mitreden können, wenn es um die Anliegen von jungen Leuten geht. Die Stadt Salzburg nimmt diese Anliegen sehr ernst und wird sich um die Umsetzung dieser Wünsche bemühen!

INFOS: www.salzburg5020.at



Das „Free-concert“ zum Jugendplan war „fully booked“.



Die Welser Erwachsenen von morgen

„Die Jugendarbeit in Wels ist bewusst breit angelegt“, betont die zuständige Referentin im Stadtsenat, Stadträtin Silvia Huber. Sie wird sowohl von der Stadt selbst als auch von Vereinen und Organisationen getragen. Abgedeckt wird dabei – neben der klassischen Sozialbetreuung und Jugendfürsorge – vor allem der große Bereich der Freizeit.

Dies geschieht entweder durch direkte Beschäftigung der und mit den Jugendlichen oder durch die Schaffung von Rahmenbedingungen, in denen die jungen Welserinnen und Welser bestmöglich leben können. Faktum ist jedenfalls, dass direkte Jugendarbeit zunehmend im informellen Bereich stattfinden muss. „Denn Jugendliche sind generell immer weniger bereit, sich länger an Organisationen zu binden“, erläutert die Stadträtin.

Vier Prinzipien

Die Jugendarbeit in der Stadt Wels orientiert sich an den folgenden Prinzipien:

- **Hilfe zur Selbsthilfe:** Die Stadt unterstützt Kinder und Jugendliche bei der Selbstgestaltung ihrer Freizeit und bei der Bewältigung allfälliger Probleme.
- **Ausgewogenheit:** Die Maßnahmen richten sich grundsätzlich an alle Bevölkerungsgruppen. Besonders berücksichtigt werden allerdings natürlich sozial schwächere und berufstätige Jugendliche.
- **Beteiligung:** Alle Interessierten erhalten die Möglichkeit einer aktiven Mitgestaltung der Inhalte der Kinder- und Jugendarbeit.
- **Kooperation und Koordination:** Das stellt Effizienz sicher und vermeidet Doppelgleisigkeiten im Jugendbereich.

Ein wichtiges Mittel für den Informationsaustausch zwischen Stadt und Jugendlichen ist die Aktion „Du und Deine Stadt“. Welser SchülerInnen diskutieren dabei mit dem Bürgermeister und äußern Wünsche und Verbesserungsvorschläge. „Dies ist natürlich auch in den städtischen und nicht-städtischen Jugendtreffs möglich“, so Huber.

Die Stadt Wels betreibt selbst vier solcher Einrichtungen (Vogelweide, Pernau, Neustadt, Gartenstadt), die fünfte in der Noitzmühle ist in Planung. Auch Workshops zu aktuellen Themen und Problemen stehen dort laufend auf dem Programm. In den Schulferien bietet die Stadt sinnvolle Freizeitbeschäftigung im Zuge der Ferialaktionen und der Aktion „Youthpower 4 Wels“ an.

Viele junge Welserinnen und Welser nutzen die Skaterhalle auf dem Messegelände und die BMX-Bahn in der Freizeitanlage Wimpassing als Ergänzung zur sinnvollen Freizeitgestaltung. Beide sind übrigens gute Beispiele für eine erfolgreiche Jugendbeteiligung bereits in der Entwicklung: An der Skaterhalle wirkten 20, an der BMX-Bahn 15 junge Welserinnen und Welser mit. Eine sich für die Errichtung der Skaterhalle einsetzende Facebook-Seite erhielt innerhalb kürzester Zeit

mehrere hundert Mitglieder. Das „Medien Kultur Haus“ ist im Kreativbereich weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Im Kulturzentrum „Alter Schlachthof“ befindet sich auch die Jugendherberge der Stadt Wels. Auf diesem Areal sind zudem verschiedene soziale Projekte angesiedelt.

„In Arbeit ist darüber hinaus zur Zeit ein Jugendentwicklungsprogramm“, berichtet die Welser Jugendstadträtin. Dieses soll sich mit dem weiteren Ausbau der stadtteilbezogenen Jugendarbeit in inhaltlicher und räumlicher Hinsicht sowie der Intensivierung der offenen und mobilen Jugendarbeit auseinandersetzen. ■

Zahlen und Fakten:

Jugendtreffs: Pro Standort durchschnittlich 25 Besucherinnen und Besucher pro Öffnungstag.

Skaterhalle: Im Schnitt 30 Besucherinnen und Besucher pro Öffnungstag.
„Du und Deine Stadt“: Etwa 1000 teilnehmende Schülerinnen und Schüler pro Schuljahr.

Youthpower: Rund 150 teilnehmende Jugendliche pro Jahr.

Ferialaktion: Rund 620 teilnehmende Kinder pro Jahr.

„Man kann mit anderen reden, die das Gleiche durchmachen und auch im Bus blöd angeschaut werden.“

Brigitta Schmidberger, Magistrat der Landeshauptstadt Linz, Leiterin Amt für Soziales, Jugend und Familie (ASJF)



PhotoCase

move – Junge Mütter

Selber unter 18 und schon Mutter: das bringt Herausforderungen auf vielen Ebenen mit sich. Das Amt für Soziales, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Linz begleitet junge Mütter unter 18 Jahren bei der Aufgabe, für sich selbst und für ihr Kind ausreichend zu sorgen. Das Unterstützungsangebot ist zum Teil an den Sozialverein VSG ausgelagert. Die soziale Absicherung des Wohls von Kind und Mutter sowie die soziale Integration beider ist vordergründiges Ziel. Das Projekt bewegt sich an mehreren Schnittstellen: Jugendwohlfahrt – Soziales, Prävention – Jugendwohlfahrtsmaßnahmen, Kindeswohl – Unterstützung der Eltern, Frauenförderung – Gleichberechtigung, Gemeinwesen – Integration.

Akutabsicherung und Entwicklung einer selbstbestimmten Lebensperspektive

Inhalt der Begleitung ist einerseits das akute Meistern der Herausforderungen der neuen Lebenssituation. Dazu gehören Themen wie: das Zurechtkommen mit der neuen Mutter- bzw. Elternrolle, die finanzielle Absicherung, die Klärung der Wohnsituation, das Organisieren der Kinderbetreuung und das Wohlergehen des Babys bzw. Kleinkindes.

Andererseits ist auch die Arbeit an der eigenen zukunftsorientierten Existenzsicherung von großer Wichtigkeit. Diese umfasst Themen wie Schulabschluss, Abschluss einer Ausbildung, Berufsorientie-

rung und Jobsuche. Dadurch wird der Weg zur Gestaltung einer selbstbestimmten und gesellschaftlich integrierten Lebensperspektive eröffnet.

Ein unterstützendes Netzwerk aufbauen

Ziel des Hilfsangebotes ist es auch, den jungen Müttern die Chance zu bieten, ein eigenes unterstützendes Netzwerk aufzubauen. Unter Gleichbetroffenen gelingt dies eher als in anderen Zusammenhängen. Sozialpädagogische Aktivitäten ermöglichen ein Kennenlernen, einen intensiven Austausch und den Aufbau von unterstützenden Beziehungen.

Beziehung zu eigenen Eltern und Kindsvater

Mädchen unter 18 sind sich oftmals der Bedeutung der eigenen Eltern (Großelternrolle) und der Rolle des Kindsvaters für die Entwicklung ihres Kindes nicht bewusst. Daher ist es auch ein Teil des Unterstützungsangebotes, die Fähigkeit der Auseinandersetzung und der Beziehung mit den eigenen Eltern und dem Kindsvater zu fördern.

Zukunftsthema: junge Väter

Als Zukunftsthema sehen wir die Unterstützung auch von jungen Vätern, die zum Teil in ähnlicher Weise ein Beratungsangebot benötigen würden, um ihrer wichtigen Aufgabe – ein engagierter, liebevoller Vater zu sein, der ein männliches Vorbild für das Kind darstellt – gerecht zu werden.

Was uns die betreuten jungen Mütter rückmelden:

Nachfolgend präsentieren wir ausschnittsweise mündlich und schriftlich eingeholte Rückmeldungen sechs junger Mütter aus dem Jahr 2011:

„Sie haben mir bei so vielen Sachen geholfen und mir einiges beigebracht, auch um erwachsener zu werden.“

„Hier lernen wir gleichaltrige Mütter kennen und können uns austauschen. Wir lernen voneinander.“

„Sie helfen uns bei Amtswegen.“

„Am besten fand ich den Tragetuch-Kurs.“

„Ich liebe die Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit, das Verständnis und die Geduld, die meine Betreuerin mir gibt und natürlich auch den nötigen Respekt trotz meines Alters.“

„Schön wäre es, mehr gemeinsame Unternehmungen zu machen, weil viele junge Mütter viel zuhause sitzen und nicht rauskommen.“

FAZIT

Das Projekt „move – Junge Mütter“ ist ein Projekt, mit dem die Stadt Linz versucht, jungen Frauen bzw. Mädchen, die Mütter sind, eine gute Lebensperspektive zu eröffnen, ein Gleichgewicht zu finden zwischen den Bedürfnissen ihrer Babies und den eigenen Entwicklungsmöglichkeiten in ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben, und gleichzeitig für die Sicherheit der Kinder zu sorgen. ■

„hinschauen statt wegschauen“

Unter dem Motto „hinschauen statt wegschauen“ wurde auf Initiative der Stadt Innsbruck ein Netzwerk der Solidarität für die Kinder dieser Stadt geknüpft.

Die Geschichte

Peterle ist der gute Geist der Innsbrucker Kinder, der im Stadtturm wohnt. Von dort aus hat er ein wachsames Auge auf die Kinder in unserer Stadt. Bei vielen Innsbrucker Kaufleuten, Institutionen und Organisationen hat Peterle Freunde gefunden, die ihn bei seiner schwierigen Aufgabe unterstützen. Diese Freunde erkennt man an einem kleinen Aufkleber an ihrer Eingangstüre, der den Kindern unserer Stadt signalisiert: „Hier findest du Menschen, die dir mit Rat und Tat zur Seite stehen!“

Die Initiative

Im Jahr 2006 wurde von der Stadt Innsbruck die Initiative „Peterle hilft“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, zum einen die Menschlichkeit und Wärme, die unser Innsbruck seit jeher auszeichnet und oft im Verborgenen blüht, nach außen zu tragen und zum anderen den Kindern und Familien in Innsbruck ein wenig mehr an Sicherheit zu geben.

Die PartnerInnen

Nur mit Unterstützung zahlreicher Innsbruckerinnen und Innsbruckern, den Innsbrucker Kaufleuten und öffentlichen Einrichtungen wird die Initiative „Peterle hilft“ zu einem Erfolg. Derzeit sind es rund 270 Partnerinnen und Partner, die bei Bedarf für die Kinder da sind und bei Sorgen, kleinen Problemen und Nöten rasch und einfach helfen. Ein tröstendes Wort, ein kurzes Telefonat nach Hause oder ein Schluck Wasser: es sind die kleinen Gesten, die den Kindern die Sicherheit einer vertrauten Umgebung geben. Wo Peterle auf Eingangstüren oder Schau fenstern zu sehen ist, da sind Menschen, die aktiv mithelfen, Menschlichkeit und Wärme in unseren Alltag zu bringen. So wird ein soziales Netzwerk über die Stadt gespannt, das durch Peterle auf den ersten Blick erkennbar wird.

Das Fest

Einmal im Jahr lädt Peterle alle Innsbrucker Kindergarten- und Volksschulkinder zum großen Kindersicherheitsfest in und um den Stadtturm. Gemeinsam mit Peterles Freunden von Polizei, Berufsfeuerwehr, Rotem Kreuz, Bergrettung u.a. werden kindgerecht wichtige Sicherheitstipps vermittelt. Eine abwechslungsreiche Rätselrallye führt bis hoch in den Stadtturm hinauf und Spiel- und Malstationen sorgen für kreative Abwechslung.

„Dank der Unterstützung von Wirtschaft, Gewerbetreibenden und Institutionen können wir mit der Initiative ‚Peterle hilft‘ ein Netzwerk der Solidarität mit den Innsbrucker Kindern über die ganze Stadt ausbreiten. So wird Kindern und ihren Eltern, ganz im Sinne der familienfreundlichen Stadt, ein Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit in unserer Stadt vermittelt“, ist Vizebürgermeister und Familienreferent Christoph Kaufmann von der Initiative überzeugt. „Mit dem ‚Peterle hilft‘-Fest, das bereits zu einer lieben Tradition geworden ist, können wir uns gemeinsam mit Expertinnen und Experten einmal im Jahr direkt an die Kinder wenden und mit Spiel und Spaß wertvolle Sicherheitsaspekte weitergeben.“

Mag.^a Patricia Niederwieser, Obfrau der Innenstadtkaufleute, ist selbst seit Beginn eine begeisterte Peterle-Partnerin: „Mit Peterle hat die Hilfsbereitschaft gegenüber den Kindern ein Gesicht bekommen. Wie bei uns im Geschäft haben sich zahlreiche Wirtschaftstreibende schon immer als Stützpunkt für Kinder engagiert, doch durch die Initiative zieht sich nun ein echtes Netzwerk über unsere Stadt.“



Impression vom „Peterle hilft“-Fest.



Fotos: Stadt Innsbruck

Ein neuer „Peterle hilft“-Partner: Friseur Werner Degler, Bezirksobfrau der Wirtschaftskammer Regina Stanger, Vizebürgermeister Christoph Kaufmann und das „Peterle hilft“-Team.



INFOS:

Stadtmagistrat Innsbruck

Referat Frauenförderung, Familien und Senioren

Referatsleiterin Mag.^a Uschi Klee

Tel.: 0512/5360-4202

E-Mail: post.frau.familie.senioren@innsbruck.gv.at

ACTION, SPIEL UND SPASS:

20 Jahre Wiener Parkb

Wien hat viele gepflegte Parks und öffentliche Plätze, wo Menschen aller Altersgruppen den Grünerholungsraum genießen und ihre Freizeit verbringen. Seit 1993 gibt es speziell für Kinder und Jugendliche ein attraktives kostenloses Freizeitangebot im öffentlichen Raum: die Wiener Parkbetreuung – ein europaweit einzigartiges Angebot!

Karl Ceplak – Wiener Landesjugendreferent



Die Stadt Wien hat im Jahr 1993 auf subjektive Unsicherheitsgefühle, Devastierungen und Konflikte in Parkanlagen nicht mit Verboten und Parksheriffs reagiert, sondern mit Animationsangeboten für ParknutzerInnen, die zur Identitätsstiftung beitragen sollten.

Die positiven Auswirkungen dieser präventiven, freizeitpädagogischen Betreuung im Park wurden von den Bezirken sehr rasch erkannt und mit immer höheren Budgets, ermöglicht durch eine Dezentralisierungsverordnung, finanziert. Parkbetreuung hat sich als pädagogische Alternative zur Parküberwachung bis heute bewährt. Daher hält die Stadt Wien an der politischen Entscheidung von 1993 zu Gunsten dieser freizeitpädagogischen Maßnahme nach wie vor fest: die Bezirke steuern derzeit sieben Millionen Euro bei.

Auch im Winter

In rund 130 Parks, Wohnhausanlagen und auf Plätzen in den 23 Bezirken bieten geschulte MitarbeiterInnen zahlreicher Vereine regelmäßig freizeitpädagogische Betreuung. Kinder und Jugendliche können gemeinsam sporteln, spielen und Spaß haben. Das Mitmachen ist freiwillig, unverbindlich und kostenlos. Ursprünglich als saisonales Angebot in der warmen Jahreszeit gestartet, findet die Wiener Parkbetreuung inzwischen in den meisten Bezirken auch während der Wintermonate in geeigneten Räumen statt.

Für viele Kinder und Jugendliche der Stadt sind Parkanlagen die wichtigsten Lebens- und Sozialräume in ihrem nahen Wohnumfeld; manche kommen während der Sommermonate sogar täglich in ihren

betreuung

Nach dem Motto „mitmachen-mitreden-mitbestimmen“ werden Kinder und Jugendliche dazu angeregt, ihre Lebensbereiche selbst zu gestalten.

*Karl Ceplak,
Wiener Landesjugendreferent*



Park. Ziel der Parkbetreuung ist es, die gemeinsame interkulturelle und intergenerative Nutzung öffentlicher Freiflächen zu fördern sowie Kindern und Jugendlichen zu einer selbstbestimmten, sinnvollen Freizeitgestaltung zu verhelfen. Auch die Lebensqualität der jungen Menschen soll dadurch verbessert und ihre aktive, gleichberechtigte Teilnahme an der Gesellschaft unterstützt werden. Gemeinsam feiern sie Feste, halten – manchmal sogar bezirksübergreifende – sportliche Turniere ab, unternehmen auch Ausflüge in den Wienerwald oder besuchen Bäder und Museen.

„mitmachen-mitreden-mitbestimmen“

Diese Angebote ermöglichen es vielen Kindern und Jugendlichen, ihre Mobilität über das eigene Grätzl hinweg zu erwei-

tern. So lernen sie spielerisch gegenseitige Akzeptanz und vorurteilsfreies Miteinander, Konfliktlösungskompetenz und Umweltbewusstsein. Wichtige Arbeitsprinzipien der Parkbetreuung sind Gender Mainstreaming, Diversität und Partizipation. Die geschlechtssensible Haltung der BetreuerInnen macht Chancengleichheit für Mädchen und Burschen im Alltag erlebbar. Bei Problemen bieten die ParkbetreuerInnen Konfliktlösung ebenso wie Vermittlung zu anderen Institutionen und Einrichtungen an. Die MitarbeiterInnen stehen auch erwachsenen NutzerInnen der Parkanlagen für Fragen zur Verfügung und laden diese – je nach Anlass – auch zur Teilnahme an Aktionen ein.

Nach dem Motto „mitmachen-mitreden-mitbestimmen“ werden Kinder und Jugendliche dazu angeregt, ihre Lebensberei-

che selbst zu gestalten und sich mit ihren Ideen und Wünschen einzubringen. Damit unterstützt die Parkbetreuung auch das Recht auf öffentlichen Raum und dessen vielfältige Nutzung.

Dezentrale Schwerpunktsetzung

Die Wiener Parkbetreuung wird von rund 20 Vereinen mit ihren rund 400 MitarbeiterInnen umgesetzt und von den Bezirken der Stadt finanziert. Die dezentrale Struktur macht eine bezirksspezifische Schwerpunktsetzung bei den Angeboten möglich. „20 Jahre Parkbetreuung“ wird am 23. Mai bei einer Festveranstaltung in der TU-Wien und am 24. Mai am Karlsplatz mit einem „Mitmachfest für alle“ würdig gefeiert. ■

INFOS: www.wien.gv.at/freizeit/bildungjugend/jugend/park.html



Jugend im öffentlichen Raum

Jugendliche werden im öffentlichen Raum und in der Politik nur dann akzeptiert, wenn sie sich den Spiel- und Verfahrensregeln der Erwachsenen unterordnen. Unter diesen Voraussetzungen muss jugendliche Partizipation scheitern.

*Philipp Ikrath, Institut für Jugendkulturforschung,
Leiter des Departments Hamburg*



Jugendliche in der Öffentlichkeit: Ein Ärgernis

Über das Thema der Inszenierung von Jugendlichen in öffentlichen Räumen wird seit einiger Zeit wieder kontrovers diskutiert, wobei vor allem die Komplexe des öffentlichen Alkoholkonsums und der Gewalt im Zentrum der Debatte stehen. Und genau dort werden sie wohl auch noch für eine Weile verbleiben, eignen sich doch gerade diese beiden Aspekte gut für eine sensationelle mediale Aufbereitung. Das Studium der zahlreichen Kolportagen über Exzesse der Gewalt und der Trunksucht lassen uns mit einem wohligen Schauer und der Erkenntnis, dass diese Generation nun wohl endgültig die schlimmste oder verlorenste aller Zeiten ist, zurück.

Keine Gleichberechtigung im öffentlichen Raum

Über die Frage, inwieweit Jugendliche heute als gleichberechtigte NutzerInnen des öffentlichen Raumes teilhaben können, wird – jenseits von SpezialistInnenkreisen – kaum diskutiert. Das trifft vor allem dann zu, wenn es um spezifisch ju-

gendkulturelle Äußerungen in der Öffentlichkeit geht. Denn üblicherweise geht es ja nicht darum, Jugendliche hier generell auszuschließen, sondern nur in den Fällen, wenn sie sich außerhalb der von der Erwachsenengesellschaft vorgegebenen Spielregeln inszenieren. Selbst wenn es um generell konfliktträchtige Themen wie Alkoholkonsum geht, wird dieser meist stillschweigend geduldet, wenn er auf traditionellen Veranstaltungen wie Feuerwehrfesten stattfindet. Schließlich verhalten sich Erwachsene hier kaum anders als die jugendlichen TeilnehmerInnen.

Jugendkulturen im Stadtzentrum? Unmöglich!

Sobald sich Jugendliche in der Öffentlichkeit aber jugendkultureller Inszenierungsformen bedienen, sind Konflikte programmiert. Um welche spezifischen Äußerungen es sich dabei handelt, bleibt dabei zweitrangig: Seien es Skater, die die städtische Architektur des Hauptplatzes für ihre Tricks nutzen, seien es Punks oder Emos, die sich vor dem Bahnhof versammeln, um dort „abzuhängen“. Diese Jugendlichen

werden als Sicherheitsrisiko, als Störung der öffentlichen Ordnung oder einfach nur als Belästigung empfunden. Die einzige Alternative besteht folglich darin, sie an periphere Orte abzuschieben. Ein typisches Beispiel für den Umgang von Kommunen mit Jugendkulturen ist der Skaterpark im Gewerbegebiet. Man meint, damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können: erstens sollen die öffentlichen Plätze befriedet, zweitens den Jugendlichen ein Ort geschaffen werden, an dem sie die zum Skaten notwendigen Einrichtungen vorfinden. Entsprechend groß ist dann die Verwunderung, wenn der Park nicht genutzt wird. Am Ende stehen die Jugendlichen als die Undankbaren da, die die eigens für sie geschaffene Einrichtung nicht in Anspruch nehmen wollen. Diese Herangehensweise blendet aber die Tatsache aus, dass die Nutzung öffentlicher Räume zum Skaten ein integraler Bestandteil dieser Szene ist. Niemand würde auf die Idee kommen, Feuerwehrfest oder Sonntagsmesse im Gewerbegebiet abzuhalten, denn beide haben ihre angestammten Plätze im Zentrum des Ortes, nicht an dessen Peripherie. Dass



aber auch Jugendliche für ihre kulturellen Aktivitäten solche typischen Orte brauchen, wird nicht wahrgenommen. Stattdessen werden ihnen mehr oder weniger willkürlich Plätze zugeteilt, an denen sie vor allem möglichst nicht auffallen. Die Frage, ob sich diese nun im Zentrum oder am Ortsrand befinden sollten, hat neben der praktischen auch eine symbolische Dimension: Werden Jugendliche und deren Kultur als gleichwertig mit der traditionellen und der Erwachsenenkultur wahrgenommen? Hier gibt es die Chance, Jugendliche nicht mehr nur gebetsmühlenartig zur Partizipation aufzufordern, sondern ihnen endlich auch ernst zu nehmende Angebote zu machen.

Junge Partizipationsangebote in alten Formen

Es hat sich herausgestellt, dass man das Gros der Jugendlichen mit traditionellen Partizipationsangeboten wie Jugendparlamenten oder -gemeinderäten heute kaum mehr erreicht. Solche Angebote sind zu formalisiert, fordern ein allzu langfristiges Engagement und sind zu wenig flexibel,

sodass sie Jugendliche kaum mit ihren Lebenswirklichkeiten in Übereinstimmung bringen können. Zudem kommt es in der Praxis dazu, dass tendenziell politiknahe Jugendliche, die auch in anderen politischen Kontexten tätig sind, in solchen Gremien zu stark bevorteilt sind, da sie die Verfahrensregeln besser kennen als nicht-engagierte Mitglieder. Außerdem sind, wie empirische Studien beweisen, Frauen und jüngere Jugendliche hier strukturell benachteiligt, womit deren Interessen weniger stark repräsentiert werden.

Anforderungen an Partizipationsangebote

Sinnvoller ist es, jungen Menschen Partizipationsangebote zu machen, die die folgenden Eigenschaften aufweisen:

- Konzentration auf konkrete Projekte: Die Jugendphase ist keine der Stetigkeit. Die Interessen und Anliegen von Jugendlichen verändern sich schnell, deswegen sind sie kaum dazu bereit, sich längerfristig und ohne konkrete Ziele zu engagieren. Zudem erfahren sie in einem solchen

Zusammenhang ganz unmittelbar die Konsequenzen ihres Engagements.

Daraus folgt die

- Kurz- bzw. mittelfristige Projektdauer: Jugendliche sind motivierter, wenn sie ein konkretes und erreichbares Ziel vor Augen haben.
- So wenig Bürokratie wie möglich: Jugendliche wollen sich nicht mit Verfahrensregeln beschäftigen, sondern gestaltend tätig sein.
- Konkrete Machtbefugnisse: Setzen Sie Jugendliche nicht nur in beratender Funktion ein, sondern gewähren Sie ihnen reale Befugnisse in puncto Budget sowie Entscheidungsfreiheit. ■

INFOS:

Philipp Ikrath betreut seit 2007 die geschäftsführenden Belange von „jugendkulturforschung.de e.V.“. Er studierte an der Fachhochschule für Marketing und Sales in Wien und ist seit 2005 als Research-Mitarbeiter für das Institut für Jugendkulturforschung tätig. Außerdem ist er in der Geschäftsleitung der tfactory GmbH Hamburg.

Kinderbetreuung in Österreich

Der massive Ausbau der letzten Jahre belastet die Gemeinden finanziell stark.

Mag. Peter Biwald, Geschäftsführer des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

In den letzten Jahren ist die Kinderbetreuung in den Gemeinden massiv ausgebaut worden. Ursachen dafür liegen in der stärkeren Nachfrage nach Betreuungsplätzen, in einem stärkeren Ausbau der Kinderbetreuung in den meisten Bundesländern sowie in der Einführung des verpflichtenden Kinderbetreuungsjahres für 5-Jährige. Aktuell werden auf Basis einer 15a-Vereinbarung von Bund und Ländern jeweils 55 Mio. Euro an Ko-Finanzierungsmittel für neue Betreuungsplätze für unter 3-Jährige und die Ausweitung der Öffnungszeiten bereitgestellt. Davon entfallen in Summe auf die Jahre 2012 bis 2014 jährlich 30 Mio. Euro, das Jahr 2011 wurde um insgesamt 20 Mio. Euro aufgestockt. Im Detail zeigt sich, dass die Gesamtzahl der Betreuungsplätze für 0- bis 6-Jährige zwischen dem Betreuungsjahr 2005/2006

und 2011/2012 um fast 40.000 bzw. 20 Prozent gestiegen ist. Die stärksten Zunahmen sind bei den Krippenplätzen (+47 Prozent) und in den altersgemischten Gruppen gegeben (+87 Prozent). Die Betreuungsplätze bei den 3- bis 6-Jährigen haben um sieben Prozent zugenommen. Folglich sind auch die Netto-Ausgaben der Gemeinden in diesem Bereich stark gestiegen. Die laufenden Ausgaben haben um 488 Mio. Euro bzw. 56 Prozent zugenommen. Der Großteil davon entfällt auf den Personalbereich (+207 Mio. Euro, das entspricht rund 4900 zusätzlichen Vollzeitbeschäftigten). Weiters sind auch der Sachaufwand (+60 Mio. Euro) sowie die Zuschüsse an externe Leistungserbringer (+203 Mio. Euro) gestiegen. Die laufenden Einnahmen haben um 114 Mio. Euro bzw. 44 Prozent zugenommen. Die Leistungserlöse (das sind primär die Elternbeiträge) sind mit einem Plus von rund 9 Mio. Euro nahezu gleich geblieben, was insbesondere auf das beitragsfreie verpflichtende Kinderbetreuungsjahr der 5-Jährigen zurückzuführen ist. Die laufenden Transfers

von Bund und Ländern steigen um 111 Mio. Euro. In Summe haben die steigenden Zuschüsse die laufenden Mehrausgaben jedoch nur zu einem Viertel abgedeckt, sodass die Netto-Ausgaben im laufenden Betrieb (Saldo der laufenden Gebarung) um 373 Mio. Euro gestiegen sind. Im Investitionsbereich belaufen sich die Mehrausgaben auf 102 Mio. Euro, denen um 51 Mio. Euro höhere Investitionszuschüsse von Bund und Ländern gegenüber stehen. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass mit dem Ausbau der Kinderbetreuung der Zuschuss aus laufendem Betrieb und Investitionen um 422 Mio. Euro auf insgesamt 1061 Mio. Euro gestiegen ist.

Starke Unterschiede bei den Betreuungsquoten und Qualitätsstandards

Laut der Kindertagesheimstatistik der Statistik Austria gab es im Betreuungsjahr 2011/2012 in 2158 der insgesamt 2357 Gemeinden (91,6 Prozent) zumindest eine institutionelle Kinderbetreuungseinrichtung.

Entwicklung der Kinderbetreuungsplätze 2005/2006 bis 2011/2012



Quelle: Statistik Austria, KTH-Statistik 2012; eigene Berechnungen KDZ, 2012.

tung (Kindergarten, Hort, Krippe oder altergemischte Einrichtung). Jene 199 Gemeinden ohne Kinderbetreuungseinrichtung sind zum Großteil Klein- und Kleinstgemeinden in ländlichen Gebieten. Zu berücksichtigen ist auch, dass das Angebot der Kinderbetreuung durch Tagesmütter in dieser Statistik nicht enthalten ist.

Bei den 0- bis 2-Jährigen weist Wien mit 33 Prozent die höchste Betreuungsquote auf. Bei den 3- bis 5-Jährigen ist das Burgenland mit 99 Prozent Spitzenreiter. Demgegenüber liegt die Steiermark mit einer Betreuungsquote von nur 10 Prozent bei den 0- bis 2-jährigen Kindern und 84 Prozent bei den 3- bis 5-jährigen Kindern unter dem Durchschnitt. Zudem befinden sich von den 199 Gemeinden ohne institutionelle Kinderbetreuungseinrichtung 117 Gemeinden in der Steiermark.

Je größer eine Gemeinde ist, desto höher ist die Betreuungsquote. Die mittlere Betreuungsquote für alle Gemeinden Österreichs steigt mit der EinwohnerInnenklasse.

Demnach besteht gerade bei den kleineren Gemeinden ein zusätzlicher Bedarf an einem adäquaten Betreuungsangebot für Kinder im Vorschulalter, und damit verbunden ein hohes Potenzial, dieses Angebot durch Kooperationen zwischen Gemeinden vergleichsweise kostengünstig zu erweitern und zu verbessern. Insbesondere die Schaffung eines Betreuungsangebotes

Betreuungsquoten im Bundesländervergleich 2011/2012

Betreuungsquote für		
	0- bis 2-Jährige	3- bis 5-Jährige
Burgenland	29%	99%
Kärnten	16%	84%
Niederösterreich	21%	96%
Oberösterreich	11%	92%
Salzburg	14%	89%
Steiermark	10%	84%
Tirol	18%	91%
Vorarlberg	17%	91%
Wien	33%	88%
Österreich	20%	90%

Quelle: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik; eigene Darstellung KDZ, 2012.

für die Kleinsten (Krabbelstuben und Kinderkrippen) kann in weniger dicht besiedelten Gebieten wesentlich einfacher oder häufig nur durch eine gemeinschaftliche Vorgangsweise realisiert werden.

Bei zentralen Qualitätsparametern der Kinderbetreuung zeigen sich im Bundesländervergleich große Bandbreiten. Während in Wien die ganztägige Öffnung sowohl bei den Kinderkrippen wie auch Kindergärten Standard ist, verfügen in

Oberösterreich nur 85 Prozent der Kindergärten beziehungsweise in Tirol 83 Prozent der Kinderkrippen über eine Ganztagsöffnung. Ganzjahres-Öffnung bei Kindergärten ist in 95 Prozent der Wiener Einrichtungen Standard, in Niederösterreich ist in einem Fünftel der Einrichtungen dies nicht gegeben. Die Schließtage der Kindergärten pro Jahr schwanken zwischen 3 Tagen in Wien und bis zu 60 Tagen in der Steiermark. ■

Betreuungsquoten nach EinwohnerInnengrößenklassen 2011/2012

	Betreuungsquote Kinder von 0 bis 2 Jahren	Betreuungsquote Kinder von 3 bis 5 Jahren
bis 500 EW	11%	65%
501 bis 1.000 EW	9%	82%
1.001 bis 2.500 EW	12%	91%
2.501 bis 5.000 EW	16%	91%
5.001 bis 10.000 EW	17%	93%
10.001 bis 20.000 EW	18%	92%
20.001 bis 50.000 EW	19%	92%
über 50.000 EW	21%	94%
Österreich	13%	87%

Quelle: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik; eigene Darstellung KDZ, 2012.

Transfers belasten die oberösterreichischen Städte

Die oberösterreichischen Gemeinden¹ haben im Österreich-Vergleich die höchsten Transferzahlungen an das Land bzw. die Sozialhilfeverbände zu leisten. Sie erhalten vom Land die zweithöchsten Transfereinnahmen (nach Vorarlberg), weisen jedoch trotzdem den höchsten negativen Transfersaldo auf. Diese Ursache liegt in den überdurchschnittlich hohen Umlagen im Bereich der Krankenanstalten und der Sozialhilfe.

Mag. Peter Biwald, Geschäftsführer KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

So beliefen sich die Transferzahlungen der Gemeinden an das Land bzw. die SHV im Jahr 2011 auf 757,8 Mio. Euro (+24 Prozent gegenüber 2006), die Transfereinnahmen der Gemeinden vom Land waren 371,7 Mio. Euro (+20,9 Prozent gegenüber 2006), sodass sich ein Transfersaldo von minus 386,1 Mio. Euro (+27,2 Prozent gegenüber 2006) ergab.

Die OÖ Gemeinden haben mit 256,2 Euro je EW den durchschnittlich höchsten negativen Transfersaldo im Österreich-Vergleich.

Auch unter Berücksichtigung der hohen Transferzahlungen des Landes an die Gemeinden weisen die oberösterreichischen Gemeinden die höchste Netto-Transferlast

im Österreich-Vergleich auf. Im Gegensatz dazu haben die Gemeinden im Burgenland und in der Steiermark einen nahezu ausgeglichenen Transfersaldo.

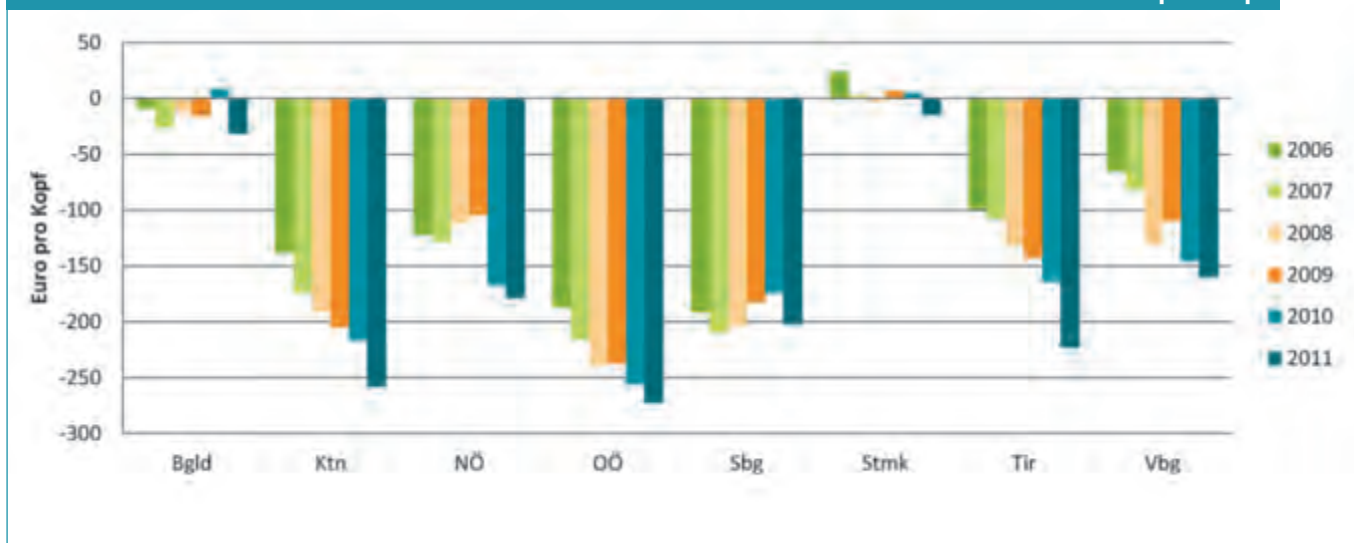
Nach Größenklassen zeigt sich, dass die Gemeinden bis 1000 EW mit 331 bis 371 Euro je EW drei- bis fünfmal so hohe Transfereinnahmen vom Land beziehen als die Gemeinden über 5000 EW. Auf der Seite der laufenden Transferausgaben sind die Gemeinden ab 10.000 EW um 250 Euro je EW höher belastet als die Gemeinden bis 1000 EW.

Der negative Transfersaldo steigt mit der Gemeindegröße und ist ab 10.000 EW fünf- bis siebenmal so groß wie bei den Gemeinden unter 1000 EW.

Massive Umverteilung durch Transfers zwischen den Gemeinden

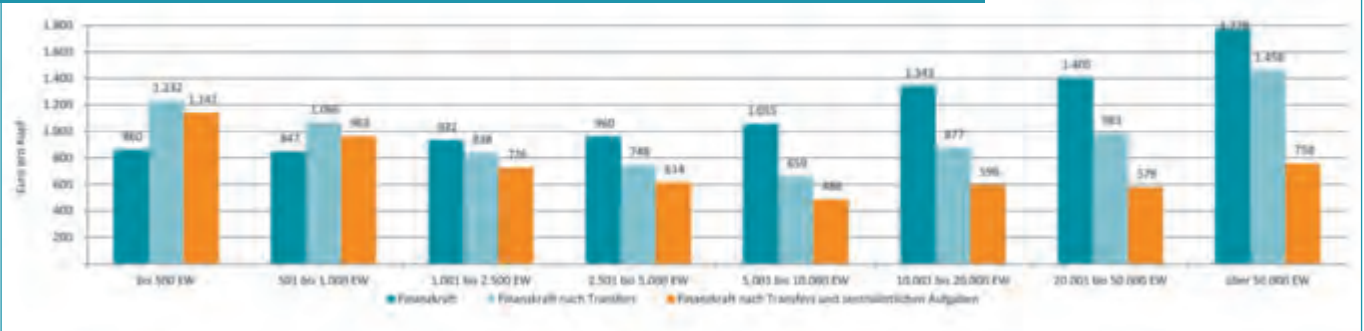
Die Transferpolitik führt auch zwischen den Gemeinden zu einer massiven Umverteilung. Die laufenden Transfers und Kapitaltransfers stellen die Finanzkraftausstattung auf den Kopf. Die Gemeinden bis 1000 EW verfügen mit 1066 Euro je EW (501 bis 1000 EW) bzw. 1232 Euro je EW (bis 500 EW) über 43 Prozent bzw. 26 Prozent mehr Mittel als vor der Transferumverteilung, sowie mehr Mittel als die Gemeinden zwischen 1001 und 50.000 EW. Die Gemeinden von 1001 bis 2500 EW liegen mit 838 Euro je EW knapp 10 Prozent unter der ursprünglichen Finanzkraft.

Transferlasten der Gemeinden nach Bundesland im Zeitverlauf 2006 bis 2011 in Euro pro Kopf



Quelle: Statistik Austria, Gebarungsdaten der Gemeinden; eigene Berechnungen KDZ, 2012.

Finanzkraft pro Kopf nach Transfers und zentralörtlichen Aufgaben 2010



Quelle: Statistik Austria – Geburgsdaten der Gemeinden, KDZ – eigene Berechnung 2012.

Die geringste verbleibende Finanzkraft haben die Gemeinden zwischen 2501 und 10.000 EW. Die größten Verluste von der ursprünglichen Finanzkraft weisen die Gemeinden ab 5001 EW auf, die jedenfalls um ein Drittel ihrer Finanzkraft verlieren. Am Ende des Finanzausgleichs verfügen die Gemeinden bis 1000 EW mit bis zu 1232 Euro je EW über wesentlich höhere Finanzmittel als die Gemeinden über 5001 EW (659 Euro je EW bis 1020 Euro je EW).

Davon sind neben den Kernaufgaben auch die zentralörtlichen Aufgaben zu finanzieren. Es handelt sich dabei um Leistungen, die von einer Gemeinde erbracht und finanziert werden, von denen aber auch BürgerInnen umliegender Gemeinden und sogar ganzer Regionen profitieren. In Summe ist dies in Oberösterreich am Beispiel des Jahres 2010 ein jährlicher Mehraufwand aus zentralörtlichen Aufgaben von 180 Euro je EW für Gemeinden zwischen 10.001 und 20.000 EW, 300 Euro je EW für Gemeinden zwischen 20.001 und 50.000 EW sowie 600 Euro je EW für Gemeinden über 50.000 EW (inkl. Mehraufwand für Sozialhilfe).

Finanzausgleich wird auf den Kopf gestellt

Die Mehrausgaben bei den Transfers sind nur teilweise durch die höhere Finanzkraft

gedeckt, wie nachfolgende Übersicht zeigt. Die Gemeinden bis 2500 EW verfügen nach Transfers und zentralörtlichen Aufgaben über teilweise wesentlich mehr Mittel als die Gemeinden zwischen 2500 und 50.000 EW für die Erfüllung der Kernaufgaben. Den Gemeinden ab 5000 EW verbleiben 40 bis 45 Prozent ihrer Finanzkraft, die Gemeinden bis 1000 EW haben nach Transfers und zentralörtlichen Aufgaben sogar mehr Mittel als davor. Der Finanzausgleich wird damit auf den Kopf gestellt.

Grundlegende Reform des Finanzausgleichs ist erforderlich

Im Mittelpunkt sollte dabei das Entflechten der Transfers zwischen Land und Gemeinden stehen, indem beispielsweise die Krankenanstaltenfinanzierung künftig vollständig das Land trägt, während beispielsweise die Kinderbetreuung vollständig von den Gemeinden finanziert wird. Damit soll in wichtigen Leistungsbereichen die Zusammenführung der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung vorangebracht werden. Zudem könnte die Landesumlage gegen Landesförderungen (z.B. Schulen, Feuerwehr, Kinderbetreuung, usw.) abgetauscht werden.

Auf der Ebene der Gemeinden sollten künftig nur ein bis zwei Transfers anstatt

der Vielzahl zum Finanzausgleich zwischen den Gemeinden dienen. Dieser Ressourcenausgleich sollte auch nicht – wie derzeit – zu einer Nivellierung oder sogar Überkompensierung führen, sondern finanzschwache Gemeinden auf rund 90 Prozent der durchschnittlichen Finanzkraft heranführen.

Mit einer Reform der Bedarfszuweisungsmittel sollten klare, transparente Richtlinien eingeführt werden, die von einem Beirat mit Einbeziehung des Österreichischen Gemeindebundes und Österreichischen Städtebundes vollzogen werden. Für den Lastenausgleich sollte die Zuweisung von Bedarfszuweisungsmitteln verstärkt nach objektiven Kriterien (sozio-demografische, geografisch-topografische Faktoren) erfolgen. Die Abgeltung von Leistungen, die auch von BürgerInnen anderer Gemeinden wahrgenommen werden, sollte durch finanzielle Entschädigung für zentralörtliche Aufgaben berücksichtigt werden.

Schließlich bedarf es eines jährlichen Transferberichts des Landes Oberösterreich, der über die Transferbeziehungen zwischen dem Land und den Gemeinden und deren Wirkungen Bericht erstattet. ■

Dieser Beitrag basiert auf der KDZ-Studie „Oberösterreichische Gemeindefinanzen aus Sicht der Städte und des künftigen FAG“, die 2012 im Auftrag der Landesgruppe Oberösterreich des Österreichischen Städtebundes erstellt wurde.

Österreichs Gemeindefinanzen: Kein Grund zur Euphorie

Die österreichischen Gemeindefinanzen liegen auf einem etwas besseren Niveau als 2009/2010. In realen Werten sind die Mittel, die für Investitionen und Schuldentilgungen zur Verfügung stehen, nachhaltig gesunken.

Die mittelfristige Finanzprognose zeigt, dass eine Stabilisierung auf geringem Niveau möglich ist. Das sind die wichtigsten Ergebnisse des Berichts „Österreichische Gemeindefinanzen 2011“, der im Auftrag des Österreichischen Städtebundes und der UniCredit Bank Austria AG durch das KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung berechnet und am 13. Dezember 2012 in einem Mediengespräch präsentiert wurde. Grundlage sind die neuesten Konjunkturdaten. Ein Schwerpunkt in der Finanzentwicklung widmet sich dem Thema Kinderbetreuung.

Die Ergebnisse im Überblick

Positives Maastricht-Ergebnis, steigende freie Finanzspitze, sinkende Schulden, Halbierung der Abgangsgemeinden: auf den ersten Blick scheint es bergauf zu gehen. Die österreichischen Gemeindefinanzen liegen derzeit zwar auf einem etwas besseren Niveau als 2010, inflationsbereinigt bietet sich jedoch ein anderes Bild: Der Überschuss der laufenden Gebarung (Saldo 1) ist 2011 wieder auf 1,5 Mrd. Euro gestiegen. Nach einem Tief von 0,9 Mrd. Euro im Jahr 2009 wurde somit der Vor-Krisen-Wert aus 2007 in Höhe von 1,6 Mrd. Euro wieder fast erreicht. Jedoch nur in absoluten Zahlen: inflationsbereinigt liegt der Saldo 1 2011 um ein Achtel unter dem Wert von 2007, im Zehn-Jahres-Vergleich sogar um ein Fünftel unter dem Wert von 2002. D.h. die Mittel, die für Investitionen und Schuldentilgungen zur Verfügung stehen, sind in realen Werten nachhaltig gesunken.

Unsicherheitsfaktor:

Transfers und Wirtschaftslage

Die Ertragsanteile sind seit 2007 um 660 Mio. Euro gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben die Transfers an die Träger öffentlichen Rechts (vor allem Kranken-

salten-, Landes- und Sozialhilfeumlage an die Länder) um 610 Mio. Euro zugenommen. D.h. die Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich mussten fast vollständig für zusätzliche Transferzahlungen ausgegeben werden. Der Anstieg für Personal- sowie Verwaltungs- und Betriebsaufwand um 680 Mio. Euro musste durch gemeindeeigene Steuern sowie höhere Gebühren- und Leistungserlöse abgedeckt werden. Der massive Ausbau der Kinderbetreuung ist eng mit dem Ausgabenanstieg verbunden.

Freie Finanzspitze ist deutlich positiv

Mit mehr als 500 Mio. Euro liegt die freie Finanzspitze, jenes Geld, das für zusätzliche Investitionen benötigt wird, deutlich über den Vorjahreswerten (2009 war sie sogar im Minus). Jedoch zeigen sich nach Gemeinde-Größenklassen handfeste Unterschiede: die freie Finanzspitze der Gemeinden bis 1000 EinwohnerInnen liegt bei null bzw. im Minusbereich – davon sind 26 Prozent der österreichischen Gemeinden betroffen. Ebenso liegt die freie Finanzspitze der Gemeinden über 20.000 EinwohnerInnen bei null.

Auswirkungen auf Investitionen

Die Investitionen der Gemeinden haben sich seit 2002 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) halbiert. In absoluten Werten sind sie von 2,1 Mrd. Euro auf 1,5 Mrd. Euro gesunken. Seit 2007 sind sie um rund 25 Prozent zurückgegangen. Unter Berücksichtigung der ausgegliederten Investitionen von rund 300 Mio. Euro p.a. sind die kommunalen Investitionen seit 2007 um zehn Prozent zurückgegangen.

Schulden und Haftungen

Von 2010 auf 2011 sind die Finanzschulden um 43,2 Mio. Euro bzw. 0,4 Prozent



zurückgegangen. Die Haftungen sind jedoch im gleichen Zeitraum um 499,9 Mio. Euro gestiegen. Es handelt sich dabei in hohem Maße um Investitionen in ausgegliederten Gesellschaften, deren Schulden de facto von den Gemeinden zu bedecken sind. Die faktischen Schulden der Gemeinden sind 2011 gegenüber dem Vorjahr um 456,7 Mio. Euro bzw. rund 3 Prozent gestiegen. Seit 2002 sind die Finanzschulden um 1,5 Mrd. Euro gestiegen, die Haftungen haben um 2,4 Mrd. Euro zugenommen. In Summe weisen die Gemeinden 2011 Schulden und Haftungen in Höhe von 17,3 Mrd. Euro auf. Gegenüber 2002 nahmen sie um 4 Mrd. Euro zu. In den letzten beiden Jahren sind die Schulden inkl. Haftungen der Gemeinden trotz sinkender Investitionen gestiegen. Die Schulden sind real gestiegen, obwohl substanziell weniger investiert wurde. Der Überschuss der laufenden Gebarung liegt in Form der „Öffentlichen Sparquote“ (ÖSQ) im Jahr 2011 mit 14,9 Prozent fühlbar unter dem Vor-Krisen-Wert von 2007.

AUS DEM STÄDTEBUND



Die Kinderbetreuung hat wichtige Auswirkungen auf die Gemeindefinanzentwicklung – trotz schlechter Rahmenbedingungen konnten 40.000 zusätzliche Betreuungsplätze angeboten werden.

27 Prozent der Gemeinden haben im Jahr 2011 einen Abgang im ordentlichen Haushalt ausgewiesen. Der Wert liegt zwar substantiell unter jenem aus 2009 von 70 Prozent. Trotzdem können auch 2011 mehr als 640 Gemeinden – das entspricht rund einem Viertel – ihre Gemeindehaushalte nicht ausgleichen. Von einer Entspannung bei den Gemeindefinanzen kann daher nicht gesprochen werden, da die Transfers weiterhin stärker steigen als die Ertragsanteile. „Eine Stabilisierung der Gemeindefinanzen auf niedrigem Niveau ist zu erwarten, jedoch sehe ich keinen Grund für Euphorie“, so Mag. Peter Bivald, Geschäftsführer des KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung.

„Die österreichischen Gemeinden haben die an sie gestellten Anforderungen mehr als erfüllt: Trotz hoher Einsparungen ist es den Kommunen gelungen, das hohe Niveau der Daseinsvorsorge zu erhalten“, meint Wolfgang Figl, Leiter des Public Sector der Bank Austria.

Handlungsfeld Kinderbetreuung

Trotz der schlechten Rahmenbedingungen konnten die Kinderbetreuungsplätze um 40.000 erhöht werden. Die Städte und Gemeinden (inkl. Wien) brachten für diese Mehrplätze im Jahr 2011 589 Mio. Euro auf, davon entfielen 427 Mio. Euro auf die Gemeinden. Bund und Länder zahlten davon weit weniger als ein Drittel. Trotz des erfreulichen Trends können bundesweit große Qualitätsunterschiede hinsichtlich Schließtage und Öffnungszeiten ausgemacht werden. Generell wächst das Angebot mit der Größe der Gemeinde.

Prognose: Gemeindefinanzen bis 2016

Mittelfristig wird davon ausgegangen, dass der Überschuss der laufenden Gebarung auf 1,5 Mrd. Euro bleiben wird. Dies setzt steigende Ertragsanteile von 3,2 bis 3,7 Prozent p.a. voraus. In realen Werten würde dadurch der Überschuss der laufenden Gebarung von 12,6 Prozent 2011 auf

10,8 Prozent zurückgehen. Die Ursache liegt in wieder leicht ansteigenden Transferzahlungen an die Länder (+5,4 Prozent p.a.). Um das Niveau des Jahres 2007 wieder zu erreichen, müssten in den nächsten Jahren die Ertragsanteile um 4,3 bis 4,9 Prozent bzw. dürften die Transfers nur mehr um 4 Prozent zunehmen. Werte, die aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung eher unwahrscheinlich sind. Bei einem Wirtschaftseinbruch ist – im Worst Case – ein Rückgang des Überschusses der laufenden Gebarung auf unter 7 Prozent zu erwarten: das entspricht dem Niveau von 2009/2010. „Aufgrund der stark steigenden Ausgaben sind mittelfristig echte Struktur-reformen notwendig: wie eine Entflechtung der Transferströme und ein aufgabenorientierter Finanzausgleich. Um kurzfristig zu Liquidität zu kommen, sollten Städte und Gemeinden Zugang zur Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) bekommen“, fordert Dr. Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes.

Energiezukunft für Kommunen

Am (Energie)Kostendruck, dem steigenden Umweltbewusstsein und letztendlich der politischen Verantwortung zukünftiger Generationen gegenüber gibt es kein Vorbeikommen. Das sehen unsere Städte und Gemeinden nicht erst seit gestern. Aber wie kann dabei vorgegangen werden – gibt es dabei einen „besten“ und allgemein gültigen Weg? Dieser Artikel hat es sich zum Ziel gesetzt, erfolgreiche Wege zu beleuchten und neue Denkanstöße aufzuzeigen.

Seit vielen Jahren wissen wir, dass die oben genannten Tatsachen nicht nur in die kostenmäßige Sackgasse führen, sondern ohne initiatives Vorgehen auf dem Sektor der Energieerzeugung und des Energiekonsums einschneidende globale Klimaveränderungen unausweichlich sind. Reduzierter Energiekonsum und die Umstellung auf erneuerbare Energie bedarf jedoch eines Umdenkprozesses, welcher sich durch alle Bevölkerungsschichten und durch alle Altersgruppen ziehen muss. Kommunen kommt dabei eine ganz entscheidende Rolle als Meinungsbildner, vor allem aber auch als Vorbilder zu.

Diese Erkenntnis war bereits in der Vergangenheit für zahlreiche Städte und Gemeinden der Anlass, aktiv zu werden. Diese Aktivitäten reichen von der Unterstützung privater Initiativen bis hin zum Bekenntnis, eine „energieautarke Gemeinde“ werden zu wollen. Jede dieser Maßnahmen ist ein wichtiger und richtiger erster Schritt zur Erreichung eines Zieles: der drohenden Klimakatastrophe Einhalt zu gebieten. Glücklicher Weise sind wir über die Phase der Schlagworte und Lippenbekenntnisse längst hinaus und die Anzahl jener Gemeinden, in welchen ein Umdenkprozess stattgefunden hat, nimmt nahezu täglich zu. So würde es auch den Rahmen dieser Zeilen bei weitem sprengen, im Detail auf alle Initiativen eingehen zu wollen. Erwähnt werden sollen an dieser Stelle lediglich zwei Beispiele, welche stellvertretend für die große Zahl von aktiven Bemühungen stehen sollen.

Energieautarke Gemeinde

Erwähnenswert erscheint dem Autor dabei der Prozess der „e5“-Gemeinden. Und dies nicht nur, weil es sich dabei um ein europaweites Projekt handelt. Beeindruckend sind dabei vor allem die relative Dichte und die große Zahl von Mitgliedsgemeinden sowie die Bewertbarkeit, die Vergleichbarkeit und die Transparenz dieses geeinten Vorgehens. Dabei werden interessierte Gemeinden von geschulten Fachleuten auf ihrem vorgegebenen Weg begleitet und unterstützt. Als äußeres Zeichen des Erfolgs ihrer Bemühungen können diesen je nach erreichtem Ziel ein bis maximal fünf „e“-s verliehen werden. Dabei werden vor allem Verbesserungspotenziale identifiziert, erfolgreiche Energieprojekte umgesetzt, aber auch Vernetzungsstrukturen aufgebaut und die Mitwirkung der Bevölkerung an diesen Projekten forciert.

Als zweites Beispiel sei hier kurz auf die Energieregion Güssing eingegangen. Das Modell Güssing hat es sich dabei zum Ziel gesetzt, Wertschöpfung durch regionale und erneuerbare Energie flächendeckend zu erreichen. Bereits 1990, also zu einem Zeitpunkt als der rigorose und kompromisslose Umstieg auf erneuerbare Energie absolut noch nicht allgemein gültiges Gedankengut war, hat man in einer der ärmsten Regionen Österreichs erkannt, dass reden und jammern alleine nicht zum Ziel führen wird. Nach eigenen Angaben ist die Modellregion Güssing bereits fast zu 100 Prozent eine energieautarke Gemeinde: sie ist also mit Fug und Recht als Pionierin auf diesem Sektor zu bezeichnen. Betriebsansiedlungen und ein durchaus bedeutsames Wohlstandswachstum belegen die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges ebenso, wie der Ökoenergie-Tourismus vieler anderer Gemeinden und Regionen.

Beispiele für strukturiertes Vorgehen

Auf die mir häufig in Kommunen gestellte Frage nach einem strukturierten Vorgehen, möchte ich im Folgenden anhand zweier unterschiedlicher, aber durchaus kreativer Beispiele näher eingehen. Das erste Beispiel befasst sich mit einer Kleinstadt in

Niederösterreich (Bezirk Bruck an der Leitha), welche zurzeit noch ganz am Anfang dieses Weges steht. Der erste Schritt war die Ausarbeitung eines Ressourcen-/Anforderungsprofils. Dabei gilt es, einerseits eine Erhebung aller zur Verfügung stehenden regionalen Ressourcen aufzustellen. Um die Versorgung mit nachwachsenden Rohstoffen und erneuerbaren Energien bestmöglich nutzen zu können, muss zuerst ein möglichst genauer Überblick über die vorhandenen natürlichen Energiequellen (Geothermie, Wind, Wasser, Holz, Bioenergie, Sonnenenergie, ...) in einem Kataster dargestellt werden. Demgegenüber gilt es danach, die möglichen VerbraucherInnen und AbnehmerInnen zu lokalisieren. Im ersten Schritt wurden die öffentlichen Gebäude (Gemeinde als Vorreiterin und in Vorbildfunktion) mit ihren derzeitigen Verbrauchswerten erfasst. Aber auch eine Inspektion dieser Objekte hinsichtlich ihrer thermischen Verbesserungsmöglichkeiten und ihrer lebenszyklischen Zukunftsperspektiven musste erfolgen. Als dritter Schritt wurde versucht, rund um diese Schlüsselobjekte den Bereich der privaten Haushalte auf dieselben Kriterien hin zu untersuchen. Dabei spielt es durchaus eine bedeutende Rolle, nicht nur visionäres Denken in den Vordergrund zu stellen, sondern über fundierte Wirtschaftlichkeitsberechnungen auch den Nachweis für die Umsetzbarkeit zu erbringen.

Dieses Konzept mit einer Grobkostenstruktur und einer Versorgung über einen Energiemix liegt derzeit vor. Nun steht dem Stadt- und Gemeinderat die schwierige Phase ins Haus, erste Schritte Richtung Umsetzung zu beschließen und zu beschreiten. Wesentliche Faktoren sind dabei: eine gewisse visionäre Sichtweise; das Vertrauen, mit den richtigen und kompetenten Partnern im Planungs-, Finanzierungs- und Umsetzungsbereich zusammenzuarbeiten; eine ordentliche Portion Mut; und vor allem auch das Geschick, die Bevölkerung mit ins Boot zu holen. Für 2013 ist in diesem Bereich also ein bedeutender, vielleicht sogar der bedeutendste Schritt der letzten hundert Jahre angesagt.

AUS DEM STÄDTEBUND



Der zweite Weg, welcher hier kurz skizziert werden soll, ist eher für Kommunen geeignet, welche sich schon seit einigen Jahren intensiv mit dem Thema Umwelt und Energie befassen.

Energie- und Umweltmasterplan

Das tägliche Brot von Städten und Gemeinden ist es, in einer Vielzahl von Aufgabenfeldern Einzelentscheidungen zu treffen, welche allesamt eine gewisse Nachhaltigkeit, vor allem aber eine Energie- und Umweltrelevanz haben. Die Vernetzung dieser Aufgaben zueinander – also die Feststellung der Wechselwirksamkeit der einzelnen Projekte aus den Bereichen

- Naturraum,
- Verkehr,
- Arbeit,
- Besiedelung und Wohnen,
- Jugend,
- Bildung,
- Senioren,
- Wirtschaft,
- Energie(Autarkie),
- Infrastruktur,
- Ver- und Entsorgung

sowie die Beurteilung der Umweltrelevanz und Dringlichkeit – ist dabei die Zielsetzung. Das bedeutet, dass laufende Projekte ebenso wie Visionen und bereits seit Jahren verworfene oder „vergessene“ Projekte

auf diese Aspekte hin untersucht werden und ein transparentes Instrument für die Kommunalverwaltung und die Politik daraus entsteht.

Die Erstellung eines solchen Energie- und Umweltmasterplans steht dabei in starker Abhängigkeit zu politischen EntscheidungsträgerInnen und wird im Regelfall nur dort zum Erfolg führen können, wo man bereit ist, eine neue und umfassende Sichtweise auf Wechselwirkungen zuzulassen. Auch sollte dieser Katalog nicht als Alibiaktion entstehen, sondern – wie beispielsweise in Neuhofen an der Krems oder in Wiener Neustadt – von PolitikerInnen als Steuerungsinstrument bzw. Leitfaden für eine Energie- und Umweltpolitik für die nächsten Jahrzehnte gesehen werden.

Deshalb ist es auch von entscheidender und umsetzungsrelevanter Bedeutung, dass dieses Instrument nicht in „einem Regal verstaubt“, sondern PolitikerInnen mit dem permanenten Controlling der Aufgabenstellungen betraut werden. Je höher entwickelt die kommunalen Strukturen in Richtung Energie- und Umweltmanagement bereits sind (aktive(r) Umweltstadtrat/-stadträtin, Stadtwerke, Energiemanagement, Energieberatung, ...), umso größer sind dabei im Regelfall die Verwirklichungschancen. Die daraus ableitbaren Erkenntnisse sind de facto mit einem Quantensprung gleichzusetzen. Ein für sich al-

leine betrachtet in Energie- und Umweltsicht positives Projekt kann durch seine Wechselwirksamkeit zu anderen kommunalen Aufgabenstellungen auch „kippen“ (Beispiel: Park- and Ride-Anlage beim Bahnhof grundsätzlich positiv; holt diese jedoch täglich zu den Hauptverkehrszeiten hunderte zusätzliche Fahrzeuge aus dem Umland ins Stadtzentrum, so wird dieser „Umwelterfolg“ für die betreffende Gemeinde schnell zum Bumerang).

Eine Lanze für strukturiertes Vorgehen


Anhand dieser wenigen aufgezeigten Beispiele wird klar, dass es durchaus Wege gibt, die die österreichischen Kommunen in eine energie- und umweltpolitisch nachhaltige Zukunft führen können. Als wesentliche Ansätze können dabei folgende Punkte dienen:

- Der Blick über den Tellerrand hinaus: was hat man anderswo bereits geschafft; welche ExpertInnen können uns dabei unterstützen und aus welchen Fehlern anderer können wir lernen und diese vermeiden?
- Reden alleine ist zu wenig. Auf Worte müssen Taten folgen, wollen wir unsere Umwelt an die nächsten Generationen besser (oder als Mindestanforderung nicht weiter verschlechternd) übergeben.
- Eine umgesetzte kleine Lösung ist allemal besser als ein kaputtgeredetes großes Ziel.
- Es bedarf immer motivierter und engagierter Menschen, um etwas zu bewegen.
- Wirtschaftlich umsetzbar planen und ausführen, sonst schlägt die Euphorie bald in Katzenjammer um.
- Reden, informieren und selbst ein gutes Beispiel abgeben, überzeugt auch andere: das gilt in besonderem Maße dort, wo Kommunen ihre BürgerInnen zum Mitmachen bewegen wollen.

AUSBLICK

In diesem Sinne sollten wir gemeinsam die sich uns bietenden Chancen nutzen, die durch den Generationenvertrag geltende Verantwortung annehmen und unseren Beitrag zu einer leistbaren und lebenswerten Zukunft leisten.

*Helmut Pimpl,
Yit Austria GmbH*



Smart Cities, Mobilität und Energieeffizienz waren Leitthemen beim ersten Österreichischen Forum für Stadtwerke und kommunale Versorgung.

Shutterstock

Strategieforum zur Zukunft der kommunalen Versorgung

Die neue österreichweite Plattform zum Fach- und Erfahrungsaustausch für EntscheidungsträgerInnen aus Stadtwerken und der kommunalen Versorgung stellt sich vor.

Wie soll sich ein Stadtwerk strategisch positionieren, um in der Zukunft im Markt erfolgreich aufgestellt zu sein? Wo liegen die Chancen und Herausforderungen der Energiewende? Welche nachhaltigen Geschäftsfelder und -modelle können Stadtwerke jenseits traditioneller Geschäftszweige entwickeln? Und wie können diese im Zusammenhang mit Liberalisierung und Regulierung sinnvoll umgesetzt werden?

Beim 1. Österreichischen Forum für Stadtwerke und kommunale Versorgung werden hochrangige EntscheidungsträgerInnen aus Österreich und Deutschland über die zentralen Zukunftsthemen diskutieren. So geben SpitzenvertreterInnen von Stadtwerken Einblick in ihre Strategien, Erfahrungen und konkreten Maßnahmen zu den Herausforderungen „Smart Cities, Mobilität und Energieeffizienz“.

Strategische Positionierung für Stadtwerke am Energiemarkt

Die Energiewirtschaft befindet sich in einem umfassenden Wandel, der durch europäische Rahmenbedingungen und durch nationale Richtungsentscheidungen geprägt wird. Der Weg in eine klimaverträg-

lichere, nachhaltigere und wettbewerbsfähige Energieversorgung führt über den Ausbau der erneuerbaren Energien, den Ausbau der Energieeffizienz und Energieeinsparungen sowie eine dezentrale Ausrichtung des Energiesystems. Damit erhalten Stadtwerke einen neuen Stellenwert in der modernen Energieversorgung der Zukunft. Für diesen Prozess müssen sich Stadtwerke vorbereiten: Es gilt, Neuerungen zu adaptieren, eigene Positionen zu überprüfen und nachhaltige Strategien für die mittel- und langfristige Perspektive abzuleiten. Die Erfahrungen aus zwei Jahren Energiewende in Deutschland bilden für die Diskussion hierzulande eine Orientierung. Prof. Dr. Andreas Löschel, Vorsitzender der Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ der deutschen Bundesregierung, präsentiert aktuelle Entwicklungen.

Finanzierung kommunaler Infrastruktur in der Zukunft

Der budgetäre Verteilungskampf um öffentliche Mittel wird immer mehr zunehmen. Umso mehr sind alternative Finanzierungsmodelle für kommunale Infra-

struktur – in Zeiten strenger EU-Vorgaben und Regulierungen sowie von Stabilitätsgesetz und Staatsverschuldung – gefragt.

Kundenstrategien der Zukunft

Die umfangreichen Veränderungen bieten für Stadtwerke und kommunale Dienstleistungsunternehmen große Chancen, zusätzliche Marktanteile zu gewinnen und mit neuen Produkten und Dienstleistungen voranzuschreiten. Es gilt, innovative Vertriebsmodelle mit intelligenten Technologien für die Bedürfnisse der KundInnen von Morgen zu entwickeln. Beim Strategie-Forum werden konkrete Lösungen und Prozesse präsentiert, die wertvolle Anregungen und Impulse für die Praxis liefern können.

INFOS:

Veranstaltungshinweis

1. Österreichisches Strategie-Forum
Stadtwerke und kommunale Versorgung
Wien, 25. und 26. April 2013

Rückfragehinweis: Mag. Manfred Buchner,
+43 1 522 58 20-65, buchner@businesscircle.at,
www.businesscircle.at



Foto: SchreinerKastler

SMART WOHNEN

DER WOHNBAU IST IN WIEN JETZT SMART

Für die neuen Wiener SMART-Wohnungen sind günstige Mieten und eine flexible Raumaufteilung charakteristisch. Im Jahr 2015 werden diese Wohnungen im Sonnwendviertel fertiggestellt.

DIE ERSTEN 316 SMART-Wohnungen entstehen im Süden des neuen Hauptbahnhofs. Diese wurden von zwei ArchitektInnen-Teams nach Vorgaben der Stadt Wien konzipiert und kürzlich von einer Jury zur Realisierung empfohlen. Die Bruttomiete ist mit 7,50 Euro pro Quadratmeter fixiert. Und auch die Eigenmittel, also der Baukosten- und Grundkostenbeitrag, sind mit maximal 60 Euro pro Quadratmeter begrenzt. Bei einer 40-Quadratmeter-Wohnung wird damit die monatliche Bruttomiete maximal 300 Euro und der Eigenmittelbeitrag höchstens 2.400 Euro betragen.

LEISTBARES & MODERNES WOHNEN

Das SMART-Wohnbauprogramm richtet sich vor allem an Jungfamilien, AlleinerzieherInnen und Singles, die über geringe Rücklagen verfügen und keinen Kredit aufnehmen wollen. Mit Varianten bei der Raumaufteilung und bei der Ausstattung werden individuelle Wünsche berücksichtigt. Große Gemeinschafts- und Freiräume, sehr gute ökologische Standards und CarSharing-Möglichkeiten vervollständigen den „smarten“ Charakter.

SMARTER GEFÖRDERTER WOHNBAU

Zunächst sollen rund 2.000 solcher Wohnungen über das neue SMART-Wohnbauprogramm errichtet werden. Insgesamt wird das hohe Niveau im Wiener Wohnungsneubau weiter fortgesetzt. So befinden sich aktuell rund 14.500 geförderte Wohnungen in Bau. Alleine im Jahr 2012 wurden 7.000 geförderte Wohnungen an die neuen BewohnerInnen übergeben. Im Jahr 2013 werden voraussichtlich rund 6.700 Wohnungen aus dem geförderten Wohnbau und aus den Projekten der Wohnbauinitiative fertiggestellt.

Info: www.wien.at

Wien wird Welthauptstadt des

Das Jahr 2013 steht in Wien ganz im Zeichen des Radverkehrs. Im Juni findet im Wiener Rathaus die Velo-city-Konferenz statt, die weltweit wichtigste Konferenz zum Radverkehr. Aus diesem Grund hat die Stadt das RadJahr 2013 ausgerufen. Ziel ist es, Wien zu einer Fahrrad-Stadt zu machen.

Beim traditionellen Silvesterpfad in der Wiener Innenstadt war klar, dass dieser Jahreswechsel etwas Besonderes ist: Am Heldenplatz fuhr eine Radfaherin spektakulär 40 Meter in die Höhe, das erste Lied in der ganzen Innenstadt nach dem Donauwalzer war „Bicycle Race“ der britischen Band Queen und die Wiener Philharmoniker fuhren zu den Proben des Neujahrskonzerts mit dem Rad. In Wien hatte das Radjahr begonnen.

Radfahren ist Lebensfreude

Die im November 2011 gegründete Radagentur Wien hat im Jahr 2012 eine groß angelegte Umfrage unter Radfahrenden in Wien gestartet. Daraus wurde der „Fahrrad Report Wien 2012“. Wichtigstes Merkmal der Studie: Die Menschen steigen aufs Rad, weil es „Spaß macht“ (17 Prozent der Befragten). Dann folgen „Bewegung machen“ und „Schneller sein als mit den Auto oder mit Öffis“. In ihrer Kommunikation wird die Radagentur nun diese Lebensfreude beim Radfahren in der Stadt ins Zentrum stellen.

Mehr Wienerinnen und Wiener sollen aufs Rad steigen.

Federführend mit der Umsetzung dieser Jahreskampagne für mehr Radverkehr in der Bundeshauptstadt betraut ist Wiens Radverkehrs-Beauftragter der Stadt und Geschäftsführer der Radagentur Wien, Martin Blum, der seit etwas mehr als einem Jahr im Amt ist. Die Stadtregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Radverkehrsanteil in Wien bis zum Jahr 2015 auf zehn Prozent zu heben. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, muss der Anteil derer, die ihre Wege mit den Rad zurück-



Citybike, Hammerschmid

legen, steigen. Das ist aber kein Selbstzweck. Städte, in denen viel Rad gefahren wird, haben eine höhere Lebensqualität: es gibt mehr Platz zum Leben; es ist ruhiger; es gibt weniger Schadstoffemissionen.

Service, Infos, Ausprobieren

Ganz wesentlich für die OrganisatorInnen des RadJahres 2013 ist, dass die Wienerinnen und Wiener die Vorteile des Radfahrens in der Stadt ganz bewusst erleben und vieles ausprobieren können. Die Menschen haben die Möglichkeit, verschiedene Radtypen wie E-Bikes, Lastenräder oder bequeme Stadträder auszuprobieren und auszuleihen. Zusätzlich zur Wiener Radkarte wird es 2013 auch eine „Fahrrad Wien Navigations“-App fürs Smartphone geben, die den Menschen den richtigen und bequemen Weg durch Wien anzeigen wird. Im Jahr 2012 gab es mit dem FahrRADhaus in der Wiener Planungswerkstatt ein offenes Haus fürs Radfahren. Mehr als 10.000 Besucherinnen und Besucher wurden gezählt. Heuer im Frühjahr wird das FahrRADhaus auf Tour in die Bezirke geschickt. Die Menschen sollen dort abgeholt werden, wo sie sind, dort, wo sie entscheiden, wie sie in die Arbeit, zum Einkaufen oder in die Schule fahren. Im Sommer sind weitere Servicestationen geplant: Wer mit dem Rad ins Freibad, zu Freiluftkinos oder zu coolen Treffpunkten fährt, kann sein Rad abgeben, die Freizeit genießen und mit einem neu servicierten Rad

wieder nach Hause fahren. Service und Informationen sollen motivieren, mit dem Rad zu fahren.

Radwoche im Juni als Höhepunkt

Im Juni, während die internationalen Expertinnen im Rathaus über die neuesten Trends im Radverkehr sprechen, wird es für die Wienerinnen und Wiener ein tolles Programm in ganz Wien geben. Am Wiener Rathausplatz erhalten alle Interessierten eine Woche lang Informationen, Workshops und Trainings rund ums Radfahren. Auch eine Bike-Wash-Anlage wird aufgestellt. Service und Informationen sind auch hier wesentliche Elemente. Darüber hinaus sind in der Radwoche im Juni eine Fahrrad-Fashion-Show am Karlsplatz, eine große Radparade, eine Fahrrad-Film-Nacht und viele weitere Veranstaltungen geplant. Mit unterschiedlichen Events sollen möglichst viele Menschen erreicht werden.

Radfahren ist an 365 Tagen im Jahr möglich

In Wien fahren rund 270.000 Menschen in der warmen Jahreszeit ein- oder mehrmals die Woche mit dem Rad. Im Winter sind es nur mehr 90.000 Radlerinnen und Radler, also ein Drittel. In anderen Radfahrstädten wie Kopenhagen oder Amsterdam fahren 80 Prozent der Radfahrenden das ganze Jahr über – auch bei Regen und Schnee. Wien hat hier Aufholbedarf. Im Herbst werden deshalb die Wienerinnen

Radfahrens

und Wiener mit ganz genauen Tipps ermutigt, auch in der kalten Jahreszeit weiterhin aufs Rad zu steigen. Auch die Kombination von Rad und Öffi wird einen Schwerpunkt einnehmen. Das ganze heurige Jahr steht im Zeichen des Radverkehrs – auch, weil Wien durch die Konferenz zum „Radnabel“ der Welt wird.

Velo-city 2013

Die Stadt Wien freut sich, 2013 Gastgeberin der Velo-city-Konferenz zu sein! Unter dem Motto „The Sound of Cycling - Urban Cycling Cultures“ wird Wien von 11. bis 14. Juni 2013 zum Ziel für RadexpertInnen und Radbegeisterte aus aller Welt. Die Velo-city-Konferenzen sind globale Kommunikations- und Informationsplattformen. Sie liefern EntscheidungsträgerInnen Ideen und Impulse für die Planung und Umsetzung der Radinfrastruktur im urbanen Lebensraum. Bei jeder Velo-city-Konferenz versammeln sich jährlich mehr als 1000 Delegierte – darunter PlanerInnen, ArchitektInnen, TechnikerInnen, Social-Marketing-ExpertInnen, VertreterInnen der Industrie, WissenschaftlerInnen, UmweltaktivistInnen, ManagerInnen und VerwaltungsbeamtenInnen –, die ihr Know-how miteinander austauschen und transnationale Partnerschaften aufbauen, um das Radfahren weltweit zu fördern.

Konferenzthemen

Aufbauend auf bereits etablierten Velo-city-Themen wie Mobilität, Umwelt und Klimaschutz, Gesundheit, Wirtschaft, Zeit und Raum sowie Sozialpolitik stellen wir bei der Velo-city 2013 in Wien einen neuen Aspekt des Radfahrens zur Diskussion: Fahrradkulturen.

Das Motto der Velo-city-Konferenz 2013 lautet daher: „The Sound of Cycling - Urban Cycling Cultures“. Die Hauptthemen der Konferenz sind „Fahrradkulturen“, „Fahrradfreundliche Städte“ und „Radfahren nützt uns allen“.

Konferenzprogramm

Das Konferenzprogramm der Velo-city 2013 wurde gemeinsam mit den beiden

VELO-CITY 2013
THE SOUND OF CYCLING
URBAN CYCLING CULTURES
VIENNA, JUNE 11 - 14



führenden österreichischen Fahrrad-NGOs ARGUS und IGF entworfen. Ebenso an diesem Entwicklungsprozess beteiligt waren österreichische Universitäten und zahlreiche kulturelle Institutionen in Wien. Die Konferenz wird eine Reihe an interdisziplinären Ansätzen bieten, wobei die Entwicklungen in Ost- und Südosteuropa einen speziellen Schwerpunkt darstellen. Die Vortragenden der Velo-city 2013 sind ExpertInnen aus aller Welt und reichen von PolitikerInnen über internationale NGO-ExpertInnen und StadtplanerInnen bis hin zu Marketingfachleuten. Das Rathaus und der Rathausplatz als Veranstaltungsorte mitten im historischen Zentrum lassen die KonferenzteilnehmerInnen voll und ganz in die Wiener Fahrradkultur eintauchen.

Demonstrationsvorhaben/ Website/Social Media

Im Rahmen der Velo-city-Konferenz können die TeilnehmerInnen viele Best-Practice-Projekte in Wien besichtigen. Seit Juni 2012, dem Zeitpunkt der Velo-city-Konferenz in Vancouver (Kanada), ist die Konferenz-Website der Velo-city 2013 online. Dort finden Sie folgende Informationen: Wien als Austragungsort der Velo-city, vorläufiges Konferenzprogramm, Organisationskomitees, Velo-city 2013 EXPO, Informationen für mögliche SponsorInnen, Informationen und Materialien für die Presse sowie Kontaktdaten.

Die Velo-city-Konferenz bietet eine einmalige Gelegenheit, die Stadt Wien international mit dem Thema Fahrrad zu verbinden und die Fortschritte rund um den Ausbau des Wiener Radverkehrs zu kommunizieren. Social Media bieten hier ideale Möglichkeiten für verschiedene Inhalte.

Cycling Visionaries Awards

Damit junge und engagierte, aber ökonomisch benachteiligte VertreterInnen der Fahrrad-Community auf der Velo-city zu Wort kommen, wurde ein spezielles Förderprogramm für die Teilnahme an der Velo-city 2013 entwickelt. Die „Cycling Visionaries Awards“ werden es VertreterInnen bestimmter Initiativen und Projekte aus dem Fahrradsektor ermöglichen, an der Velo-city-Konferenz in Wien teilzunehmen, indem die Kosten für die Konferenzteilnahme durch ein Stipendium getragen werden. Dadurch wird die Diversität der TeilnehmerInnen auf der Velo-city-Konferenz erhöht und die Debatte während der Konferenz um die wertvollen Einblicke der „Cycling Visionaries“ erweitert.

Wolfgang Dvorak,
Konferenzdirektor Velo-city 2013



INFOS:

www.fahrradwien.at
www.facebook.com/fahrradwien
[www.twitter.com/fahrradwien](https://twitter.com/fahrradwien)
<http://www.youtube.com/user/fahrradwien>
www.velo-city2013.com



Photocase

Risikomanagement: Ein Weg zur Klimawandel-Anpassung

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die technischen Möglichkeiten im Bereich der Modellierung von Risikoprozessen massiv weiterentwickelt. Diese neuen Verfahren wurden auch im Bundesland Tirol dazu genutzt, eine Vielzahl von entsprechenden Einrichtungen und Diensten zu implementieren.

So sind Wildbach- und Lawinengefahrenzonen für den Siedlungsraum berechnet worden und es wurde ein professioneller Lawinenwarndienst inkl. einem entsprechendem Warnsystem ins Leben gerufen. Flächendeckende Frühwarnsysteme für Hochwasserereignisse, Erdbeben oder radioaktive Strahlung wurden auch in Tirol installiert. Alle diese technischen Einrichtungen sind wichtige Hilfestellungen für Gemeindeeinsatzleitungen, Einsatzkräfte und Behörden. Zukünftig sollen diese Methoden noch mehr genutzt werden als bisher. Aufgrund des Klimawandels nehmen alpine Gefahren wie u.a. Steinschlag, Hangrutschungen und Muren zu. Auch

der klimabedingte Gletscherrückzug birgt erhöhte Risiken für Personen & Infrastrukturen im alpinen Gelände. Der Faktor Mensch spielt im Umgang mit Risiken schon immer eine entscheidende Rolle und das Risikobewusstsein wird zukünftig unter den sich verändernden Bedingungen mehr und mehr gefordert sein. Deswegen gilt es heute zu agieren, um nicht zukünftig nur reagieren zu können.

Lokales Wissen nutzen

Im Jahr 2010 hat die Abteilung Zivil- und Katastrophenschutz (Amt der Tiroler Landesregierung) daher das Interreg IV Projekt RiMaComm (Risiko- und Katastrophenmanagement auf Gemeinde- und Landesebene) initiiert. Lokales Wissen und lokale Erfahrungen, die oft über Jahrzehnte von einzelnen Personen oder Gruppen aufgebaut wurden, konnten so identifiziert, dokumentiert und mit bereits vorhandenen, technischen Analyseergebnissen verschnitten werden. Diese intensive Diskussion zu Risikothemen in der Gemeinde und die intensive und direkte Einbindung von lokalen Wissensträgern

veredelt somit nicht nur die Ergebnisse der Modellierungen und Analysen, sondern führt auch dazu, dass diese stärker akzeptiert und daher auch intensiver genutzt werden. Der aufgebaute Pool an Risikoinformationen wurde sowohl den Gemeindeeinsatzleitungen als auch den entsprechenden Gremien auf höherer Ebene bereitgestellt. In Verbindung mit bereits vorhandenen Analyse- und Modellierungsergebnissen, wie zum Beispiel dem Gefahrenzonenplan, steht den Verantwortlichen nun eine wesentlich präzisere und umfassendere Entscheidungsgrundlage für ihre Risikolandschaft zur Verfügung, da das gesamte Risikospektrum (Naturgefahren, Technische Risiken, Ausfall Infrastruktur, ...) gemeinsam betrachtet und erarbeitet wird.

Kooperation mit dem Wissenschaftsunternehmen alpS

Mit dem in Innsbruck ansässigen Wissenschaftsunternehmen alpS konnte ein lokaler Partner für das Projekt gewonnen werden, der sich seit Jahren mit der Entwicklung und Integration von Risikoma-

AUS DEM STÄDTEBUND

nagementsystemen bei Behörden sowie bei Betreibern kritischer Infrastrukturen (Krankenhäuser, Energieversorger) beschäftigt. Zudem verfügt alpS mit der ORTIS Produktfamilie über die notwendigen Werkzeuge zur Abbildung der „Risikolandschaft“, sowie die Erfahrung im Umgang mit lokalen ExpertInnen und Behörden.

Professionell moderierte Workshops

Um eine flächendeckende Risikoanalyse mit lokalen ExpertInnen durchzuführen und eine hohe Qualität der Ergebnisse und des Ablaufs zu garantieren, wurden professionell geleitete Workshops abgehalten. An über 300 Workshops in 279 Gemeinden haben mehr als 3700 lokale ExpertInnen teilgenommen. Bei den TeilnehmerInnen handelt es sich um Personen, welche auf Grund ihrer beruflichen, freiwilligen oder privaten Tätigkeiten über ein umfassendes Wissen über das Gemeindegebiet und die Auswirkungen potenzieller Risiken verfügen. Neben MitarbeiterInnen der kommunalen Behörden (BürgermeisterInnen, WaldaufseherInnen, WassermeisterInnen, usw.) waren auch Mitglieder von Freiwilligenorganisationen (Feuerwehr, Rotes Kreuz, Lawinenkommissionen, usw.), Heeresbedienstete, ExekutivbeamtInnen, sowie VertreterInnen von kritischen Infrastrukturbetreibern beteiligt.

Die Ergebnisse aus dem Workshop wurden direkt vor Ort in das ORTIS Risikoinformationssystem eingearbeitet und

räumlich verortet. Als Ergebnis steht den lokalen Behörden der Zugriff auf eine umfassende Wissensdatenbank (ORTIS), sowie eine entsprechende Gefahrenlagekarte zur Verfügung. Mit dieser Vorgehensweise konnten zwei Bereiche gleichzeitig abgedeckt werden: Zum einen wurde das implizit vorhandene Wissen der TeilnehmerInnen strukturiert niedergeschrieben und für die Nutzung bei den Gemeinde-, Bezirks- und Landeseinsatzleitungen aufbereitet. Zum anderen entsprechen die Ergebnisse den Anforderungen des Tiroler Katastrophenmanagementgesetzes bezüglich der Erhebung einer „Gefahrenlage und Gefahreinschätzung“.

RISIKOBEISPIEL:

Bei der Diskussion zum Thema Wärmever-sorgung wurde festgehalten, dass das lokale Fernwärmenetz vom Großteil der 4- und 5-Sterne-Hotellerie genutzt wird. Sowohl der Bürgermeister als auch der Vertreter der Fernwärme gehen im Falle einer längerfristigen Unterbrechung der Versorgung davon aus, dass die Hotels notfalls auf ihr früheres Heizsystem (meist Öl) zurückgreifen können. Ein Teilnehmer (Hotelier, 75 Jahre) macht darauf aufmerksam, dass sein Sohn, der das Wellnesshotel führt, die Ölheizung unmittelbar nach dem Anschluss an das Fernwärmenetz entfernt hat und diese Räumlichkeiten nun als Sauna genutzt werden. Somit wären die 350 Gäste des Hotels nicht mehr mit Wärme versorgt. Einige Telefonate später war klar, dass 90 Prozent aller Hotels ebenfalls über keine alternative Wärmeversorgung verfügen. Somit wurde errechnet, dass

bei einem Ausfall des Fernheizwerkes insgesamt 6.500 Gäste nicht mehr mit Wärme versorgt werden können. Somit stellt diese Thematik einen hochkritischen Bereich für die Gemeinde dar.

Wie geht's weiter in Tirol?

Risikomanagement ist ein Prozess, kein Ereignis! Daher wird in den nächsten Jahren auch in Tirol an einer weiteren Vertiefung und Stärkung dieses Themenbereichs auf lokaler Ebene gearbeitet werden. Aufgrund der äußerst positiven Erfahrungen mit dem Workshop-Konzept und dem damit einhergehenden gesteigerten Risikobewusstsein und der hohen Akzeptanz der Ergebnisse wird an dieser Methodik weiter festgehalten. Jedoch werden die Schwerpunkte in den nächsten Jahren andere sein: Aufbauend auf den Ergebnissen der ersten drei Jahre werden zukünftig flächendeckende Schulungen, Trainingseinheiten und Planspiele gemeinsam mit den Tiroler Gemeinden durchgeführt. Dabei gilt es, die Potenziale der lokalen Einsatzleitungen besser zu nutzen und etwaige Schwächen zu beseitigen. Auch Zukunftsthemen sollen verstärkt auf lokaler Ebene betrachtet werden: Welche Auswirkungen kann der Klimawandel auf die Risikolandschaft einer Gemeinde haben? Welche Risiken reagieren besonders sensibel auf solche Veränderungen?

Daher ist eine Schärfung des Risikobewusstseins in der Gegenwart vonnöten, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

Stefan Ortner, Andreas Koler (alpS)



alpS

AUS DEM STÄDTEBUND

ASTRAD & AustroKommunal – die größte Kommunalmesse Österreichs

Am 17. und 18. April 2013 ist es wieder so weit – die ASTRAD & AustroKommunal öffnet auf dem Welser Messegelände ihre Pforten! Auf mehrere tausend FachbesucherInnen aus Städten und Gemeinden, Bundesländern, Bauhöfen und Straßenmeistereien warten rund 200 Unternehmen aus dem gesamten Kommunalbereich, die ihre neuesten Produkte und Dienstleistungen vorstellen. Ganz neu ist auch ein Testgelände auf der Welser Messe, auf dem BesucherInnen die Möglichkeit haben, die neuesten Fahrzeuge und Geräteträger auch gleich auszuprobieren.



Über 3400 FachbesucherInnen kamen vor zwei Jahren nach Wels. Blick über das Freigelände in Wels.

Auf die BesucherInnen der ASTRAD & AustroKommunal 2013 wartet eine besondere Neuerung: Erstmals wird die Möglichkeit angeboten, auch Probefahrten zu unternehmen. Auf einem eigenen Testgelände neben der Halle 20 können FachbesucherInnen mit Fahrzeugen und Geräteträgern eine Runde fahren, um sich selbst von den Produkten zu überzeugen.

Bewährtes Konzept & neue Ideen

Neben FachausstellerInnen zu Straßenerhaltung und Winterdienst werden auch Banken und viele andere Unternehmen, die Produkte und Dienstleistungen für Städte und Gemeinden anbieten, in Wels vertreten sein. Auch der Österreichische Städtebund, langjähriger Partner von EuroKommunal, wird sich bei der ASTRAD & AustroKommunal wieder mit einer interessanten Eigenveranstaltung einbringen. Generalsekretär Thomas Weninger wird ebenfalls vor Ort sein und die Messe eröffnen.

Spannende Fachvorträge

Die ASTRAD & AustroKommunal 2013 findet am 17. und 18. April bereits zum neunten Mal statt und bringt dabei Anbie-

terInnen und NutzerInnen zu einem Erfahrungsaustausch zusammen. Dazu findet auch im Rahmen der Messe ein Symposium mit dem Titel „Straßenerhaltung, Ausrüstung und Straßenwinterdienst“ statt, das vom österreichischen Nationalkomitee des Welt-Straßenverbandes AIPCR/PIARC veranstaltet wird. Das Symposium soll den TeilnehmerInnen von Gemeinden und Straßenverwaltungen einen kompetenten Überblick über den aktuellen Stand der Technik auf dem gesamten Ausrüstungs- und Winterdienstsektor bieten. Die Vorträge von international anerkannten ExpertInnen aus ganz Europa umfassen auch Fragen der Verkehrssicherheit, des Baustellenmanagements sowie spezielle Fragen des Straßenbetriebs- und Erhaltungsdienstes im Kommunalbereich. Erwartet werden Expertinnen und Experten aus der kommunalen Praxis, aber auch aus der Wissenschaft.

Über 3.400 BesucherInnen aus ganz Europa

Für viele BesucherInnen aus Ländern und Gemeinden sowie von Straßenmeistereien ist die alle zwei Jahre stattfindende AST-

RAD schon zu einem Fixpunkt geworden. Manche BürgermeisterInnen fahren mit ihrem gesamten Team für zwei Tage nach Wels, um sich über innovative Produkte und den neuesten Stand der Forschung und Technik zu informieren. Auch die ausstellenden Firmen – sämtliche Top-Unternehmen der Kommunalbranche – sind zufrieden: schließlich kommt ausschließlich Fachpublikum zur ASTRAD nach Wels. „Es freut mich, dass die ASTRAD & AustroKommunal bei allen Unternehmen – egal ob Klein- oder Mittelunternehmen oder Großkonzern – so gut ankommt“, so der Veranstalter Richard Wawricka: „Ich hoffe, dass wir damit auch den Besucherrekord von 3400 aus dem Jahr 2011 übertreffen.“

FachbesucherInnen, die zur ASTRAD & AustroKommunal kommen möchten und das jetzt schon wissen, können sich bereits über die Website www.kommunalmesse.at unter dem Menüpunkt „Für Besucher“ anmelden. Selbstverständlich ist auch im Jahr 2013 der Eintritt wieder frei.

Nähere Informationen finden Sie auch unter: www.kommunalmesse.at



Foto: schneierkastler.at/wien 34/20

SMART LEBEN

SMART CITY IST DIE INTELLIGENTE STADT

Bereits heute leben mehr Menschen in Städten als auf dem Land, und dieser Trend wird sich fortsetzen.

Warum wir gerade jetzt handeln müssen, liegt auf der Hand: Weltweit nehmen Städte nur zwei Prozent der Fläche ein, benötigen aber mehr als 75 Prozent der Ressourcen. Ein Umdenken ist notwendig.

DIE DREI WICHTIGSTEN ELEMENTE IN einer funktionierenden Smart City sind Energie, Wohnen und Mobilität. Es stellt sich schon heute die Frage, wie wir in Zukunft wohnen sollen. Netto-Null-Energie-Gebäude scheinen heute noch Zukunftsvision zu sein. Solche sind aber bereits in Planung und werden nicht mehr Energie verbrauchen als sie generieren. Auch die Mobilität wird sich verändern. Der Anteil des Individualverkehrs wird sinken. Für RadfahrerInnen und FußgängerInnen wird es gut vernetzte Wege und mehr Freiraum geben. Dazu kommen neue kompakte Siedlungsformen.

SMARTER ALLTAG

In Zukunft wird es mehr Möglichkeiten geben, unseren Alltag positiv zu organisieren. Am Bei-

spiel CarSharing sieht man das bereits heute. Im Bereich der Energie gibt es die Vision einer nachhaltigen Lebensführung in der Smart City: z.B., dass technische Systeme erkennen können, was gerade von den BewohnerInnen benötigt wird. Kompaktere Siedlungsformen bedeuten kürzere Wege und haben auch bautechnisch einen großen Vorteil. Weniger Außenflächen führen zu weniger Energieverbrauch. Zudem wird es intelligente Energiemodelle, wie Photovoltaikanlagen, geben, die Energie auch speichern können.

REALISIERUNG DER SMART CITY

Die Seestadt Aspern wird bereits als Smart City Musterstadt (siehe Visualisierung) aufgebaut. Aber auch die Verbesserungsmöglichkeiten in der bereits dicht besiedelten Stadt sind ein großes Thema. Hier geht es um die optimierte Nutzung von bestehenden Gebäuden. Die Stadt Wien arbeitet eng mit der Smart City Agentur TINA VIENNA zusammen. Diese unterstützt bei allen „smarten“ Aktivitäten.

Info: www.wien.at

Generationenwechsel in Gmünd

Altbürgermeister Otto Opelka übergibt sein Amt an Andreas Beer, der die Bezirkshauptstadt als Tourismusstandort positionieren möchte und vorhandene Potenziale im Handel und Gewerbe ausbauen möchte.

Herr Altbürgermeister, Sie haben ja im Sommer noch als Stadtoberhaupt im NÖN-Interview gesagt, Sie wären bereits etwas müde. Jetzt sind drei Monate seit der Amtsübergabe vergangen: Sie wirken locker und entspannt. Ist eine Last von Ihren Schultern abgefallen?

Otto Opelka: Auf der einen Seite ist eine Last abgefallen, das ist keine Frage. Ich glaube aber, am besten kann man den Findungsprozess, in dem ich mich befinde, so umschreiben: Wenn man etwas so lange gemacht hat, so lange mit Herzblut und aller Kraft und allem Können, dann fehlt einem nachher natürlich etwas. Ich war ein Leben lang nie ausgeschlafen, jetzt bin ich ausgeschlafen – und unterfordert. Die

Ruhe des Pensionistendaseins, die habe ich noch nicht gefunden.

Andreas Beer: Was bei Otto an Last abgefallen ist, ist bei mir an Last dazugekommen (lacht). Mein größter Druck ist der Termindruck von 8 Uhr bis zum Abend. Es gibt von Montag bis Freitag keinen Tag, an dem ich nicht voll bin mit Terminen und wo zwischendurch Zeit bleibt, etwas anderes zu tun. Und am Wochenende kommen Veranstaltungen. Ich bin noch dazu in einer Zeit eingestiegen, in der wirklich viel los war – mit Kennenlernen und Weihnachtsterminen, Vorarbeiten für Volksbefragung und Landtagswahl, einigen Neubesetzungen im Gemeinderat, und im Dezember gleich mit der ersten Sitzung

mit dem Voranschlag. Das war ein Einstieg bei 120 Prozent. Es war eine Zeit, in der viel los war. Es hat aber gut funktioniert.

Opelka: Im Jahresablauf einer Kommune ist die ruhige Vorweihnachtszeit die anspruchsvollste des ganzen Jahres. Ich glaube aber, dass der Wechsel sehr harmonisch und gelungen über die Bühne gegangen ist. Und eine hundertprozentige Zustimmung bei der Wahl ist auch hervorzuheben. Es ist der Beweis dafür, dass das Klima und die Zusammenarbeit passen.

Was ändert sich, wenn jetzt nicht mehr ein Arrivierter vorne steht, sondern ein Junger?

Opelka: Mir fällt die Kraft ein, dann die modernen Kommunikationsmöglichkei-



Altbürgermeister Otto Opelka übergibt nach 17 Jahren das Ruder an Andreas Beer (re).

AUS DEM STÄDTEBUND

ten, die ich mir nicht mehr angetan habe. Und natürlich – wenn ein Generationensprung besteht – ein anderer Freundes- und Bekanntenkreis. Mir kommt das vor wie ein Neustart. Wie ein unbedingt notwendiger Wechsel.

Beer: Man sieht, wenn man wo neu dazu kommt, wahrscheinlich Dinge anders, als wenn man schon lange dabei ist und wenn sich die Dinge bereits eingespielt haben. Jeder hat einen anderen Blickwinkel bei gewissen Themen.

Opelka: Die Zwänge, die es zur Kenntnis zu nehmen gilt, erkennt man mit der Zeit. Man kann nicht das Rad neu erfinden – wir bewegen uns in einem steuerlichen Korsett, in einem finanziellen Korsett, in einem gesetzgebenden Korsett.

Inwiefern kann man als Bürgermeister auf die Zukunft seiner Gemeinde einwirken?

Opelka: Es gibt Leitbilder, derzeit das Leitbild 2020, wo man sich vorstellt, wie soll sich die Stadt in Richtung Wirtschaft entwickeln, oder wie zuletzt, wie soll sie sich im Bereich Tourismus entwickeln. Da beschäftigen wir uns laufend mit der Infrastruktur: Wir brauchen eine vernünftige Straße in die Hauptstädte. Die Franz-Josefs-Bahn fällt mir da ein, ein permanenter Kampf. Die Bewerbung für die Landesausstellung 2017. Klar, der Bürgermeister kann die Richtung beeinflussen, er kann fordern, er gibt den Takt vor und die Grundstimmung.

Beer: Genau. Und natürlich, etwa in Hinblick auf die Landesausstellung, ist ganz klar, dass sich die Bevölkerung auch daran orientiert, was die Gemeinde sagt. Und ihr Sprachorgan ist nun einmal der Bürgermeister. Als solcher kann man sehr wohl die Bevölkerung für gewisse Themen sensibilisieren oder, wie Otto gesagt hat, sich auch einsetzen für den Standort, wenn es zum Beispiel um die Verkehrsinfrastruktur geht. Wie es mit der Stadt weitergeht, das obliegt auch dem Gemeinderat und dem Stadtrat, aber es hat ein anderes Gewicht, wenn man als Bürgermeister eine Idee einbringt und sagt: Das ist meine Vision, die will ich umsetzen.

Mit 27 Jahren Bürgermeister ...

Beer: ... es gibt einen Jüngeren inzwischen (lacht). Mich hat, glaube ich, ein 24-Jähri-

ger in einer kleinen steirischen Gemeinde überholt. Sagen wir den Gmündern: das ist nicht mehr der Jüngste, es gibt noch einen Jüngeren. Dann wird mein Alter kein Thema mehr sein.

Trotzdem ist Ihre Jugend für einen Bürgermeister einer Bezirkshauptstadt ungewöhnlich. Macht man sich da auch Gedanken über höhere politische Weihen?

Beer: In der momentanen Situation wäre es schwer vorstellbar, auf Bundes- oder Landesebene tätig zu werden. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist ja berechtigt. Wir sind auf der untersten politischen Ebene, und da fragt man schon auch oft selber, was passiert weiter oben und warum passiert das? Da müsste sich schon etwas Gravierendes ändern, damit ich mir vorstellen könnte, auf einer anderen politischen Ebene einzusteigen.

Was müsste sich ändern?

Beer: Grundlegend müsste Politik wieder für die Bevölkerung da sein. Wenn ich mir ansehe, was auf Bundesebene entschieden wird und mit welchen Themen man sich dort auseinandersetzt ... da steht ja die Sache nicht im Vordergrund. Es ist ein parteipolitisches Hickhack ...

... um Wehrpflicht oder Wasser ...

Beer: ... ja, aber Wasser ist etwas, was wir uns als Gemeinde sicher nicht wegnehmen lassen. Es ist in Europa oft so, dass irgendeine Lobby, die gut zahlt, es schafft, von Brüssel aus ihre Interessen gesetzlich zu verankern. Und das passiert. Genau darum geht es: dass dann Vorgaben kommen, die wir umsetzen müssen, deren Sinn aber nicht nachvollziehbar ist. Wasser ist die wichtigste Ressource, und man sieht, was in Entwicklungsländern passierte, nachdem es privatisiert worden ist. Aber ich habe keine Angst. Wenn es sein muss, beschließen wir im Gemeinderat eine Resolution, dass wir unser Wasser nie verkaufen werden. Bei der Wehrpflicht ist es dasselbe. Man muss es sich einmal vorstellen: Am Freitag vor der Volksbefragung gehen Grundwehrdiener in die „schwarzen“ Innenstädte zum Schneeschaukeln. Das ist ja absurd. Das sind Dinge, die zurecht niemand nachvollziehen kann.

Für Sie wäre es tendenziell nicht die Frage nach der zusätzlichen Belastung, sondern nach der Sinnhaftigkeit Ihres Einsatzes?

Opelka: Eigentlich ist das alles ja derzeit noch hypothetisch.

Naja, er steht am dritten Platz der Bezirksliste für die Landtagswahl, beim nächsten Mal könnte es der erste sein.

Beer: Es ist eine berechtigte Frage, aber momentan nicht. Momentan muss zuerst der Vertrauensvorschuss zurückgegeben werden, und ich hätte derzeit auch gar nicht die Ressourcen dazu, das gebe ich zu. Jetzt geht es darum, mich einzuarbeiten und das eine oder andere umzusetzen.

Wenn wir schon bei globalen politischen Dingen sind: Es haben ja Teile der ÖVP im Zuge des Bürgermeisterwechsels angedeutet, dass der politische Wind jetzt schärfer werden könnte. Dass der Herr Beer eher ein Vertreter der Leitner-Linie ist als der Herr Opelka.

Beer: Das waren Wahlkampföne, die da der Gemeinderatskollege Hofbauer angestimmt hat, für die es aber nach den ersten zehn Wochen in der Praxis keine Bestätigung gibt. Ich glaube, dass man den Wahlkampf aus der Gemeindestube draußen halten sollte. Was nicht heißt, dass man sich nicht gleichzeitig mit sinnvollen Forderungen für die Stadt einbringen kann.

Opelka: Auf kommunaler Ebene ist es unsere Aufgabe, immer das Beste für unsere Stadt und unsere Region zu erreichen und nicht tages- oder parteipolitische Dogmen zu verfolgen. Das ist der Weg, der uns gut begleitet hat. Ich würde mir wünschen, dass er so fortgesetzt wird.

Die Befürchtung des Koalitionspartners, der Leitner-Jünger würde häufiger die Absolute der SP ausspielen, war unbegründet?

Opelka: Gewisse Befürchtungen habe ich im Vorfeld auch gespürt, wie das so weitergeht nach dem Opelka. Der Andy hat aber bewiesen, dass da nichts zu fürchten ist.

Ich spreche die Bildung eines Kulturmanagements an, bei der sich die ÖVP übergangen fühlte.

Beer: Da sage ich ganz klar, dass es auf Klubobmann-Ebene ein Gespräch gegeben hat, in dem man den Vorschlag an die ÖVP herangetragen hat und in dem von

AUS DEM STÄDTEBUND

der ÖVP Begeisterung signalisiert wurde. Wir haben danach nichts mehr gehört, ich bin mir daher keiner Schuld bewusst.

Sie suchen schon gezielt den Zugang zur ÖVP?

Beer: Natürlich. Es gibt jeden Montag einen Jour fixe mit dem Vizebürgermeister, wo wir uns über diverse politische Themen in der Gemeinde austauschen. Es gibt bestes Einvernehmen und bestes Verständnis.

Opelka: Es gibt weiterhin im Vorhinein sämtliche Anträge in schriftlicher Form. Das muss man mir einmal im umgekehrten Sinn irgendwo zeigen.

Politikverdrossenheit wird im Regelfall mit jungen Menschen verbunden. Gibt es das bei Älteren auch?

Opelka: Ich denke, dass die ältere Generation einen anderen Lebensweg hinter sich hat und erkennen musste, dass Politik auf jeden Fall passiert – ob ich jetzt mitgestalte oder nicht – und viele der älteren Generation zur Kenntnis nehmen mussten, dass sie ausgeschlossen waren von gewissen Rechten. Das hat die Generation geprägt.

Man wusste, dass etwas geändert werden konnte ...

Opelka: ... man muss auch etwas einbringen in die Gesellschaft. Ich bin allerdings der Meinung, dass es keine Politikverdrossenheit gibt: Es gibt eine Parteipolitikverdrossenheit. Das hat der Herr Bürgermeister schon gesagt. Diese können wir an der Basis zum Teil nachvollziehen.

Beer: Ich glaube trotz alledem, dass es schon eine gewisse Politikverdrossenheit gibt, weil in den letzten Jahren und Monaten immer mehr Skandale ans Tageslicht gekommen sind, die wirklich nicht in Ordnung waren. Das Image der Politik ist meiner Meinung nach so schlecht wie noch nie. Das Tragische ist, dass das quer durch alle Parteien geht – es ist niemand ausgeschlossen.

Trotzdem brauchen wir Politiker. Wie können junge Leute in die Politik geholt werden?

Beer: Das ist genau der Schritt, den Otto als amtierender Bürgermeister mit seinem Team gesetzt hat, indem er gesagt hat: Okay, es kann genauso ein Junger Bürgermeister werden. Das Feedback der letzten

Monaten war gewaltig. Die 15-, 16- oder 17-Jährigen finden das auf einmal cool und interessieren sich für Politik. Mir hat zum Beispiel unsere Bezirksgeschäftsführerin erzählt, dass eine Gruppe 15-, 16-Jähriger nachgefragt hat: Wie kann man jetzt den Andy wählen und wie ist das eigentlich? Plötzlich ist das Interesse der jungen Leute da. Ich meine, das ist schon auch eine Generationenfrage ...

Opelka: ... weil sie sich angesprochen fühlen ...

Beer: ... genau. Schauen wir uns einmal das Durchschnittsalter an. Eine Option,



Maximilian Köpfer

um Jugendliche mehr für Politik zu interessieren, wären zeitliche Obergrenzen bei Funktionen. Wenn man sich die Dinosaurier ansieht, wie z.B. Günter Stummvoll, der seit 30 Jahren im Nationalrat sitzt, frage ich mich: Warum und wieso? Ich würde Funktionen unabhängig vom Alter auf 20 bis 25 Jahre beschränken. Einem Stummvoll glaube ich nicht mehr, dass er motiviert ist und daher glaube ich auch nicht, dass er noch irgendwas für die Allgemeinheit tun will. Sogar der Rudi (*Parnigoni, Anm.*) hat es irgendwann eingesehen.

Opelka: Das waren die zwei Dinos.

Der Rudi hätte seine Stimmen sogar noch gekriegt ... und Energie hat er auch noch.

Beer: Der läuft noch immer von Pontius zu Pilatus. Er kann nicht aufhören und ist auch immer noch engagiert. Aber es steht ja jedem frei, sich zu engagieren, auch wenn man kein Mandat hat. Dann ist das nämlich auch ehrlich: da ist der Rudi und genauso der Otto für mich ein Paradebei-

spiel. Daran können sich manche in die Jahre gekommenen VPLer ein Beispiel nehmen. Wenn junge Leute in einer Gemeinde in die Politik kommen, wo teilweise Leute mit 70, 75 Jahren sitzen – was sollen sie denn mit denen reden? Da liegen ja Welten dazwischen. Natürlich soll im Gemeinderat auch die ältere Bevölkerung vertreten sein, aber es kann nicht sein, dass ausschließlich die Generation 40+ drin sitzt.

In welche Richtung kann sich Gmünd künftig entwickeln?

Beer: Man muss sich die Nächtigungsstatistik ansehen: Wir sind ein Tourismusstandort. Als solcher gilt es, sich auch in Zukunft weiter zu entwickeln, zu verbessern und zu verkaufen. Es gibt Potenzial auch in Handel oder Gewerbe, um den einen oder anderen innovativen Betrieb nach Gmünd zu bringen.

Tourismus ist eine Schiene, die man aber erst in den Köpfen der Menschen verankern muss.

Beer: Gmünd hat in den Jahren 2006/2007 und von 2010 auf 2011 (*Eröffnung des Sole-Felsen-Bads bzw. eines Hotels, größter Tourismusbetrieb des Waldviertels, Anm.*) große Sprünge gemacht. Fairerweise muss man den Leuten, die da wohnen, die Chance geben, sich an die neue Situation anzupassen.

Opelka: Es muss ihnen bewusst werden, dass da Arbeitsplätze und Wertschöpfung und die wirtschaftliche Entwicklung dranhängen. Wenn sich die Leute, durch das Bad als ersten Kontakt, wohlfühlen, dann kommen sie immer wieder und lernen das Waldviertel mit seinen Juwelen erst wirklich kennen.

Beer: Vor zwölf Jahren waren es noch 14.000 Nächtigungen, jetzt sprechen wir von 52.000. Dass das Bewusstsein kommt, dazu braucht es eine gewisse Zeit und man muss sicher auch die eine oder andere Maßnahme setzen, um die Entwicklung weiter ins Bewusstsein zu rufen. Dass wir unattraktiv sind, kann man jedenfalls nicht sagen, im Gegenteil. Ich bin überzeugt davon, dass noch einige interessante Projekte auf uns zukommen.

Das Interview führte NÖN-Redaktionsleiter Markus Lohninger.

AUS DEM STÄDTEBUND

Städtebund-Sitzung in Mattersburg

In der Bauermühle in Mattersburg fand seitens des Österreichischen Städtebundes die Landesgruppenkonferenz der Landesgruppe Burgenland statt.

Dabei wurde die Mattersburger Bürgermeisterin Ingrid Salamon wieder zur Obfrau gewählt, zu ihren Stellvertretern der Eisenstädter Bgm. Mag. Thomas Steiner und der Güssinger Bgm. Vinzenz Knor. Zum Kassier wurde Kurt Lentsch, Bürgermeister von Neusiedl am See, gewählt, zum Landesgeschäftsführer der Mattersburger Amtsleiter Karl Aufner. Als neue Mitglieder wurden Bruckneudorf und Neufeld an der Leitha aufgenommen, als außerordentliche Mitglieder der WLV (Wasserleitungsverband nördliches Burgenland) und der Burgenländische Müllverband.



Der neue Vorstand des Österreichischen Städtebundes, Landesgruppe Burgenland: (v.l.) OAR Karl Aufner (Geschäftsführer), OAR Franz Renghofer (Neusiedl), OAR Werner Gilschwert (Oberwart), Bgm. Vinzenz Knor (Güssing), Bgm. Dieter Posch (Neudorf), Bgm. Josef Ziniel (Frauenkirchen), Obfrau Bgm. Ingrid Salamon, Bgm. Mag. Thomas Steiner (Eisenstadt), Bgm. Kurt Lentsch (Neusiedl), Bgm. Georg Rosner (Oberwart), Bgm. Rudolf Geissler (Oberpullendorf), Vizebgm. Günter Kovacs (Eisenstadt).

VERKEHRSVERBUND OST-REGION (VOR):

Mit dem VOR besser unterwegs

Der Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) vereint als ältester und größter Verkehrsverbund Österreichs seit 1984 Schienen- und Busverkehrsunternehmen in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland zu einer Tarifgemeinschaft für rund 2,7 Mio. Einwohner. Täglich können die Fahrgäste mit einem einzigen Ticket preiswert und bequem ein Mobilitätsangebot bestehend aus rund 900 Linien, die ca. 11.500 Haltestellen bedienen im Berufsverkehr und Freizeitverkehr nutzen.

Das Leistungsspektrum des VOR reicht von der Fahrplaninformation und der Tarifkoordination, der Planung von Verkehrskonzepten für Ge-

meinden und der Ausschreibung von Verkehrsdienstleistungen bis zur Beauftragung von Verkehrsunternehmen. Die Fahrgastzufriedenheit steht dabei stets im Fokus des Verkehrsverbundes und seiner Partnerunternehmen. Qualitativ hochwertige Verkehrsdienstleistungen bedeuten auch ein Maximum an Kundenorientierung – die Fahrgäste können sich darauf verlassen, jederzeit und bequem alle wichtigen Informationen rund um den öffentlichen Verkehr in der Ostregion zu erhalten.

TIPP:

In der VOR-Fahrplanauskunft auf www.vor.at werden sämtliche Öffis in Wien, Niederösterreich und Burgen-

land berücksichtigt. Gemeinden können ebenso wie Betreiber von eigenen Internetseiten die Fahrplanauskunft einfach und kostenlos mit dem VOR-Fahrplan Widget auf der eigenen Website integrieren. Gemeinden können mit dem Widget ein zusätzliches Service anbieten und den Bürgerinnen und Bürgern rasch Auskunft und Informationen zu allen öffentlichen Verbindungen in den Städten und Gemeinden der Ostregion geben.



BUM Media: Vielfalt ist selbstverständlich

Wien-Alsergrund: In der Redaktion von BUM Media wird an *noch mehr* als dem meistgelesenen österreichischen Magazin in serbokroatischer Sprache gearbeitet. Das Team rund um Geschäftsführer Dino Šošć bietet ein breites Spektrum an Projekten im Zeichen der Vielfalt.

Das BUM-Team folgt dem Motto: Vielfalt ist selbstverständlich und muss sichtbar gemacht werden. Aus diesem Grunde gibt das BUM Media-Haus zwei österreichische Magazine heraus (in serbokroatischer bzw. türkischer Sprache) und betreibt drei Online-Portale (deutsch, serbokroatisch, türkisch) sowie die ÖMPA: die erste dreisprachige österreichische Migrantenmedien-Presseagentur. Daneben organisiert es die Wiener Integrationswoche und den „MigAward“, ist Mediensponsor zahlreicher Kulturveranstaltungen und produziert zwei TV-Sendungen auf OKTO (in serbokroatischer und türkischer Sprache).

140 Veranstaltungen in einer Woche

Während die einen noch über Integration und Partizipation diskutieren, organisiert BUM Media einmal im Jahr die „Wiener Integrationswoche“ mit über 100 Veranstaltungen in ganz Wien. „Grundgedanke des Projekts ‚Wiener Integrationswoche‘ ist es, die Wiener

Vielfalt aufzuzeigen und eine Plattform für interkulturellen Austausch zu bieten. Denn wir sind der Meinung, dass die Partizipation der Migrantinnen und Migranten eine der wichtigsten Voraussetzungen für gelungene Integration ist“, so Šošć. Anklang findet die Integrationswoche nicht nur bei Kooperationspartnern, auch die BesucherInnenzahlen zeugen von einem deutlichen Erfolg: über 12.000 Menschen besuchten die 140 Veranstaltungen der 2. Wiener Integrationswoche im Mai 2012.

Partizipation im Vordergrund: MigAward

Der Preis der österreichischen MigrantInnen ist das neueste Projekt von BUM Media. Initiiert wurde der MigAward, um

die Partizipation in den Vordergrund zu stellen. So entscheidet im April 2013 eine Jury, bestehend aus mehreren hundert erfolgreichen MigrantInnen, welche Projekte, Initiativen oder Organisationen sie für ihre Integration als hilfreich erachten. Auch einen Negativpreis wird es geben: den „Sackgasse“-Award. „Integration ist ein wechselseitiger Prozess“, ist sich das BUM-Team sicher: „Deswegen müssen Migrantinnen und Migranten auch die Möglichkeit haben, mitzusprechen und mitzuentcheiden.“

Zielgruppe: Eine Million Österreicher

Mit den beiden Magazinen „BUM Magazin“ (Serbokroatisch) und „Gazete BUM“ (Türkisch) erreicht BUM über eine Million Menschen in Österreich, die Serbokroatisch bzw. Türkisch sprechen. Betont werden muss, dass es sich dabei nicht um sogenannte Integrationsmagazine handelt: „Der größte Teil unserer Leserschaft ist zur Gänze in Österreich integriert. Unsere Leserinnen und Leser genießen und leben ihre Mehrsprachigkeit, indem sie Medien auch in ihrer Muttersprache konsumieren“, hebt Šošć hervor. Ebenso dienen die Sendungen BUM TV Balkan und BUM TV Türk zur Information und Unterhaltung. Geboten werden u.a. österreichische News und Musik in den Muttersprachen.

Tatjana Pantelić, Redakteurin, BUM Media



Das mehrsprachige Magazin mit einer Gesamtauflage von 140.000 Exemplaren ist Sprachrohr der österreichischen MigrantInnen.

INFOS zu den Projekten von BUM Media:

www.integrationswoche.at
www.migaward.at
www.bumzeitung.com
www.bummagazin.com
www.gazetebum.com
www.oempa.at
www.bummedia.com

AUS DEM STÄDTEBUND



MigAward 2013

MIGAWARD 2013: Auszeichnung für Integration

Der „MigAward“ ist eine Auszeichnung für jene Projekte, Initiativen oder Persönlichkeiten, die die Integration von MigrantInnen in Österreich fördern. Dino Šoš, Initiator des MigAwards und Geschäftsführer von BUM Media, spricht im Interview über die Idee hinter dem Projekt und warum Österreich so eine Preisverleihung benötigt.

Was genau ist der MigAward?

Šoš: Der MigAward ist eine Preisveranstaltung, bei der Projekte, Persönlichkeiten, Vereine und Initiativen ausgezeichnet werden, die den Migrantinnen und Migranten in Österreich bei der Integration und Partizipation hilfreich sind und diese begünstigen und fördern. Die Preise werden in fünf Kategorien verliehen und sollen verdeutlichen, welche Möglichkeiten Medien, Persönlichkeiten, Bildungs- und Sozialeinrichtungen, Wirtschafts- und Arbeitseinrichtungen und welche Projekte bzw. Initiativen (*in diesen Kategorien wird der MigAward verliehen, Anm.*) zur Integration und Partizipation von MigrantInnen bieten. Es wird aber auch einen Negativpreis geben, den sogenannten „Sackgasse“-Award, der genau das Gegenteil auszeichnet.

Warum wird ein weiterer Award initiiert, wenn es schon einen Integrationspreis und eine Reihe anderer Auszeichnungen in diesem Bereich gibt?

Šoš: In den letzten Jahren hat sich zwar viel getan im Bereich der Integration, aber es wird immer noch mehr geredet als getan. Und es wird fast nur *über* Migrantinnen und Migranten geredet statt *mit* ihnen. Gerade deswegen steht beim MigAward die Partizipation im Fokus. Unsere Idee ist es, dass eine Jury, die aus vielen Menschen mit Migrationshintergrund besteht, entscheidet. Nach dem Motto „Migrantinnen und Migranten leben nicht nur in Österreich, sie wollen auch mitbe-

stimmen!“ können sie aktiv am gesamten Ablauf des MigAwards teilnehmen und damit mitentscheiden, wer ausgezeichnet wird.

Wie kann mitgemacht werden?

Šoš: Nominierungen einbringen kann jeder. Und jeder kann nominiert werden, der einen Beitrag zur Integration und Partizipation leistet. Bei den Nominierungen spielt der Migrationshintergrund keine Rolle. Die Jury setzt sich aber aus vielen erfolgreichen Migrantinnen und Migranten in Österreich zusammen. Jeder mit Migrationshintergrund, der mitbestimmen und seine Meinung äußern will, kann sich auf unserer Website „www.migaward.at“ als Jurymitglied registrieren lassen. Die Registrierung und die Abstimmung, welche im Frühjahr 2013 ablaufen wird, werden keine zehn Minuten Zeit kosten.

Wie läuft das Projekt eigentlich ab?

Šoš: Das Projekt teilt sich in drei Phasen: In der ersten Phase werden Nominierungen gesammelt: das heißt, alle eingehenden Nominierungen werden registriert und einer Expertenjury vorgelegt. Diese wählt in der nächsten Phase aus jeder Kategorie die Top 5. Phase 3 ist die Abstimmung durch unsere Jury. Alle Jurymitglieder werden per Mail eine PDF-Wahlkarte bekommen und können damit für ihren Favoriten stimmen. In der Endphase werden die Ergebnisse ausgewertet und am 2. Mai 2013 wird dann der MigAward im

Rahmen der Eröffnungsfeier der „3. Integrationswoche“ verliehen. Wichtig zu erwähnen ist noch, dass sich während aller drei Phasen alle Migrantinnen und Migranten als Jurymitglieder registrieren lassen können.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Migrantinnen und Migranten in Österreich?

Šoš: Gerade stehen wir auf dem Level 1: „Okay, Migrantinnen und Migranten sind da, anscheinend sind sie nicht das Problem, sondern haben auch Probleme.“ Aber wir müssen uns weiterbewegen in Richtung Level 2: „Okay, wir wollen die Probleme lösen, und sie an Entscheidungsprozessen teilnehmen lassen.“ Was aber unbedingt notwendig ist, und das bezieht sich auf die österreichische Politik und die Institutionen: weniger reden und gemeinsam arbeiten in Richtung Vielfalt, Mehrsprachigkeit und Gleichberechtigung aller in Österreich lebender Menschen. Ich wünsche mir, dass der Migrationshintergrund nicht mehr in den Vordergrund gestellt wird.

Der Migrationshintergrund eines Menschen sollte ihn nicht an der Partizipation in Österreich hindern und ihn von der Gesellschaft und dem Arbeitsmarkt ausschließen. Der MigAward bietet eine Möglichkeit zum Mitgestalten und Mitbestimmen. Migrantinnen und Migranten haben damit die Chance, ihre Meinung zu Integrationsmaßnahmen und anderen Bereichen zu äußern und somit ein Zeichen zu setzen.

Optimierung von Energie- und Betriebskosten bei Großgebäuden

In der Sitzung des Arbeitskreises Energiekonzepte in Leibnitz wurden unter anderem die Möglichkeiten zur Optimierung von Energie- und Betriebskosten mittels Drehzahlregelung für Lüfter, Pumpen und Verdichter behandelt.

Eine elektronische Drehzahlregelung kann im Vergleich zu mechanischen Lösungen viel Energie einsparen und den Materialverschleiß erheblich verringern. Dies reduziert die Betriebskosten deutlich. Je häufiger Antriebssysteme im Teillastbetrieb arbeiten, desto höher ist das Einsparpotenzial bei Energie- und Wartungskosten. Aufgrund des hohen Energieeinsparpotenzials amortisieren sich die Mehrkosten für eine elektronische Drehzahlregelung bereits innerhalb weniger Monate. Die Rege-

lung des Durchflusses, Drucks oder Differenzdrucks erfolgt bei einer elektronischen Drehzahlregelung angepasst an den tatsächlich benötigten Bedarf, sodass der Energieverbrauch um 15 bis 40 Prozent gesenkt werden kann.

In bestehenden Pumpensystemen schlummern also meist erhebliche Potenziale zur Energieeinsparung. Das kommt daher, dass der Großteil aller Pumpenantriebe überdimensioniert ist. Bei einer Volumenströmänderung über Drosselventile laufen

die Pumpen immer mit voller Leistung und verbrauchen somit unnötige Energie. Das ist mit einem Auto vergleichbar, das ständig Vollgas fährt und die fahrende Person die Geschwindigkeit über das Bremsen anpasst.

Weitere Themen der Sitzung waren die EU-Energieeffizienz-Richtlinie, die Richtlinie Energieeffizienz am Baudenkmal, Anforderungen an Niedrigenergie-Häuser, das Bauen mit Stroh sowie ein Kosten-Nutzen-Tool zur Gebäudebewertung.



Bgm. Helmut Leitenberger aus Leibnitz und Bgm. Kurt Kada aus St. Nikolai im Sausal bei der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Arbeitskreises.



Heuer dreht sich in Wien alles rund ums Fahrrad. Tipps, Events zum Mitmachen und Serviceaktionen machen die intelligente Alternative zum Auto noch attraktiver. Radfahren bringt mehr Lebensfreude.

IN ZWEI JAHREN sollen in Wien zehn Prozent aller Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Um diesem Ziel ein gutes Stück näher zu kommen, startet die Stadt Wien heuer das erste „Radjahr“ in der Geschichte der Stadt: Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen Serviceaktionen rund ums Fahrrad, Schulungen für NeuradlerInnen und Tipps und Tricks für alle. Städte mit einem hohen Radanteil sind Städte mit hoher Lebensqualität. Wien setzt sich mit dem Radjahr an die Spitze eines internationalen Megatrends. In nahezu allen Großstädten der Welt steigt der Anteil des Radverkehrs stark an. Wien setzt dabei voll auf Service und Motivation. Die Menschen werden erleben können, wie einfach, sicher und unterhaltsam es ist, die Stadt mit dem Fahrrad zu erleben.

FAHRRADKONFERENZ VELO-CITY

Im Radjahr 2013 findet in Wien auch die weltgrößte internationale Fahrrad-Konferenz „Velo-city“ im Wiener Rathaus statt. Wien wird im Juni 2013 in den Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt: zumindest was das Radfahren betrifft. Daran können auch die Wienerinnen und Wiener teilhaben: Am Rathausplatz etwa wird es im Juni während der „Velo-city“-Konferenz zahlreiche Aktionen, Tipps und Serviceeinrichtungen geben, um noch mehr Menschen Lust aufs Radfahren zu machen. Darüber hinaus wird es zahlreiche Veranstaltungen, Kurse und Informationen in allen Bezirken Wiens geben.

Info: www.fahrradwien.at/radjahr-2013

Foto: Fahrrad Wien/Wolfgang Zaic

JETZT RAD!

2013 IST DAS ERSTE WIENER RADJAHR

AUS DEM STÄDTEBUND

Umweltausschuss wählt neuen Vorsitz

Bei der letzten Sitzung des Umweltausschusses des Städtebundes am 6. Dezember 2012 wurde einstimmig folgender neuer Vorsitz gewählt:



Klubobfrau Mag.^a Uschi Schwarzl mit Vizebürgermeister Bernd Sengseis aus Innsbruck.

Den Vorsitz übernahm Bernd SENGSEIS, Vizebürgermeister von Spittal an der Drau, zuständig für Umwelt und Energie, Wohn- und Siedlungsbau, Wohnungsvergaben sowie Sport und Städtepartnerschaften.

Die erste Vorsitzstellvertretung hat nun Mag.^a Sonja PITSCHEIDER, Vizebürgermeisterin von Innsbruck, inne. Sie ist in Innsbruck zuständig für Umwelt, Energie und Mobilität, Tiefbau sowie Frauenförderung.

Die zweite Vorsitzstellvertretung übernahm Ing.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Karin BÜCHL-KRAMMERSTÄTTER, Leiterin der Wiener Umweltschutzabteilung.

Thematisch hatte die Sitzung den Wasserbereich als Schwerpunkt. So wurden einerseits die Ergebnisse der „Investitionskostenhebung 2012 - Siedlungswasserwirtschaft“ und die Kampagne „Vorsorgen! Für den Erhalt unserer Trinkwasser- und Abwassernetze“ vorgestellt, andererseits der Bereich der Kostendeckung für Wasserdienstleistungen thematisiert. Die Auswirkungen von prioritären Stoffen sowie Quecksilber und Cadmium auf die menschliche Gesundheit waren ebenso Thema der Sitzung.

Gerade die Frage der Kostendeckung für Wasserdienstleistungen wird Österreich noch intensiv beschäftigen, da diesbezüglich ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich läuft.

Die seit dem Jahr 2000 geltende EU-Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet in Artikel 9 die Mitgliedstaaten dazu, Entgelte für Wasserdienstleistungen (einschließlich Umwelt- und Ressourcenkosten) am Verursacherprinzip und an der Kostendeckung auszurichten, um so Anreize für die effizientere Nutzung der Wasserressourcen zu setzen. Über die korrekte Anwendung dieser Prinzipien gibt es seit Jahren Differenzen zwischen der EU-Kommission und mehreren Mitgliedstaaten, wie z.B. Österreich. Dabei ist letztlich auch die Frage zu klären, ob bestimmte Dienstleistungen (wie die Aufstauung für die Stromerzeugung aus Wasserkraft, die Schifffahrt, der Hochwasserschutz, die Entnahme für Bewässerungs- und industrielle Zwecke sowie der Eigenverbrauch) erfasst sind. Mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs in dieser Angelegenheit ist noch heuer zu rechnen.

Jetzt Abo bestellen!

- Finanzen • Gesellschaft • Kultur
- Umwelt • Europa • Politik • Sport
- Sicherheit • Mobilität • Bildung

Wir verbinden Städte in einem Magazin

Der Österreichische Städtebund verbindet rund 250 Städte und Gemeinden. Er gibt 10 Mal jährlich die Österreichische Gemeindezeitung (ÖGZ) heraus. Schwerpunkte sind aktuelle kommunalpolitische Themen. Das Einzelheft kostet 4,50 Euro, das Jahresabo 42 Euro. Abo-Anfragen an Frau Angelika Stola, Bohmann-Verlag, 1110 Wien, Leberstraße 122, Tel.: (01) 740 32/462, E-Mail: a.stola@bohmann.at

www.staedtebund.gv.at



Einfach besser unterwegs



Mobil in der Ostregion

Unser Angebot umfasst die besten Verbindungen mit Straßenbahn, U-Bahn, Bus und Bahn: Holen Sie sich alle Infos rund um Mobilität in der Ostregion aus erster Hand. Tagesaktuelle Fahrpläne, zahlreiche kostenlose Downloads, sowie Infos zu Fahrrad und Park+Ride bzw. Bike+Ride. Nähere Informationen erhalten Sie auf www.vor.at oder unter der Hotline **0810 22 23 24**.

Besser unterwegs



Ertragsanteilszuschüsse für Februar 2013 (Beträge in 1.000 EURO ohne Zwischenabrechnung)

a) Berechnungsbasis für die Zuschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)

	Ertrag für 02/2013 ¹⁾	Veränderung ggü. 02/2012	Ertrag für 01–02/2013	Veränderung ggü. 01–02/2012
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	5.948.318	3,4%	13.730.997	4,4%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	61.100	-1,7%	1.033.295	3,6%
Lohnsteuer	2.381.159	8,3%	4.425.194	7,5%
Körperschaftsteuer	-40.190	-2694,1%	1.380.589	4,7%
Umsatzsteuer	2.245.654	8,8%	4.300.729	7,3%
Mineralölsteuer	493.593	-14,1%	933.056	-1,2%
GBA mit speziellen Schlüsseln	152.912	1,2%	306.654	0,2%
davon:				
Bodenwertabgabe	36	5,7%	1.325	-0,2%
Werbeabgabe	10.825	-9,7%	22.072	-1,9%
Grunderwerbsteuer	67.544	0,2%	135.087	-2,9%
GBA gesamt	6.101.230	3,3%	14.037.651	4,3%

¹⁾ i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats.

b) Gemeindertragsanteile

	Vorschuss für 02/2013	Veränderung ggü. 02/2012	Vorschuss für 01–02/2013	Veränderung ggü. 01–02/2012
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
Burgenland	18.641	1,3%	42.588	2,5%
Kärnten	46.398	2,5%	105.389	4,2%
Niederösterreich	119.223	2,7%	272.526	3,8%
Oberösterreich	113.513	1,3%	260.299	2,7%
Salzburg	50.194	4,3%	114.090	4,4%
Steiermark	93.088	3,7%	212.157	4,6%
Tirol	62.715	-0,1%	142.034	1,9%
Vorarlberg	33.140	0,0%	75.796	2,3%
Wien	190.610	2,8%	435.020	3,5%
Summe	727.521	2,3%	1.659.899	3,5%

¹⁾ i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweitvorangegangenen Monats

Die größte Kommunalmesse Österreichs

ASTRAD & AUSTROKOMMUNAL 2013

Messe Wels 17. und 18. April 2013



BEZAHLTE ANZEIGE



Besuchermanmeldung ab sofort auf
www.kommunalmesse.at
Wir freuen uns auf Ihren Besuch!



DIE ECHTEN ÖSTERREICHER



WERKSAUSSTELLUNG: 14. – 19. März 2013, Kundl/Tirol



KOMMUNALTAG // 16. März 2013

EPP
efficient power program

Lindner

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH
Ing.-Hermann-Lindner-Str. 4, 6250 Kundl/Tirol
Tel. +43 5338 74 20-0, Fax-DW 333
www.lindner-traktoren.at